

Ercheint täglich außer Montags. Abonnements-Preis primum: Vierteljährlich 3.30 Mk., monatlich 1.10 Mark, wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-Nummer mit Illustration Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3.30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband für Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Regulierungs-Verordnung für 1896 unter Nr. 7277.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgepostete Zeitschrift oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Verlagspreis: Amt 1, Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Vozaldemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Bentz-Straße 2.

Mittwoch, den 25. November 1896.

Expedition: SW. 19, Bentz-Straße 3.

Preussische Eisenbahn-Politik.

Aus Hessen wird uns geschrieben: „In aller Stille und fast unbemerkt“ hat die preussische Bahnverwaltung „einen großen und folgenschweren Schritt vorwärts getan“, schrieb kürzlich der Silbermann Dr. Arendt in seinem „Deutschen Wochenblatt“. Der Weg zur Vereinheitlichung der deutschen Eisenbahnen ist frei, die Erreichung des Zieles ist nur noch eine Frage der Zeit. Das klingt ja recht hübsch. Die Sache hat aber auch ihre Rehrseite, die eine nähere Beleuchtung verdient.

Es handelt sich um die Verstaatlichung der Hessischen Ludwigsbahn und den damit zusammenhängenden Staatsvertrag zwischen Preußen und Hessen, der kürzlich von den hessischen Landständen unter heftigen Kämpfen genehmigt worden ist, und der in diesen Tagen vom preussischen Landtag, wahrscheinlich ohne jeden Kampf, sanktioniert werden wird. Das preussische Eisenbahn-Ministerium und sein spiritus rector, der Finanzminister Miquel, feiern damit einen Triumph. Es ist ihnen so ganz unter der Hand gelungen, von der partikularen Selbständigkeit Hessens ein sehr gewichtiges Stück abzuhacken. Daß das den Partikularisten im Hessenland ebenso wehe thut, wie es den preussischen Partikularisten wohl thut, ist selbstverständlich. Aber das ist es nicht, was uns interessiert; die Sache ist von schwerwiegender allgemeiner Bedeutung für das Reich.

Das gesammte Eisenbahnnetz der Hessischen Ludwigsbahn-Gesellschaft (zu dem u. a. die wichtigen Verkehrsstrecken Bingen—Mainz—Frankfurt a. M.; Mainz—Worms—Ludwigshafen; Mainz—Groß-Gerau—Rauheim; Frankfurt a. M.—Hanau—Aschaffenburg; Frankfurt—Weßlar—Mannheim gehören) ist zunächst gemeinsam vom hessischen und preussischen Staat angekauft worden. Sodann ist durch einen Staatsvertrag der gesammte Eisenbahnbefitz beider Staaten zu einer preussisch-hessischen Eisenbahn-Gemeinschaft vereinigt worden.

Beim Ankauf der Ludwigsbahn ist es so hergegangen, wie es herzugehen pflegt, wenn Großkapitalisten und Regierungsvorsteher ein Geschäft mit einander abwickeln. Die letzteren wurden gründlich über's Ohr gehauen und die Steuerzahler müssen die Suppe ausessen. Jahrzehntelang haben die Aktionäre der Hessischen Ludwigsbahn mit ihrem Verkehrsmonopol Publikum und Arbeiterchaft ausgebeutet; erdärmliches Material und elende Löhne verhalten ihnen zu hohen Dividenden. Die hessische Regierung hatte jedoch konfessionsmäßig Enteignungsrechte, die für die wichtigsten Strecken zur Zeit bereits fällig waren. Statt nun kurzer-

hand von diesen Rechten Gebrauch zu machen und die Bahnen gegen die konfessionsmäßige Entschädigung in Staatsbesitz zu überführen, ließ man sich in ein langwieriges Hin- und Herüberhandeln ein. Endlich erklärte der hessische Finanzminister Weber auf eine Interpellation im Landtage, die Geduld der Regierung sei erschöpft, ihr letztes Gebot für die Aktie im Nennwerthe von 500 M. seien 730 1/2 M., wenn die Aktionäre das nicht akzeptirten, dann werde sie die älteren Linien vom 31. Dezember 1896 ab einfach für Staatsbahnen erklären und auf Staatskosten verwalten lassen. Wie aber ging der Handel aus? — Unter Führung der Berlin-Hamburger Gruppe (Kronz und Walter-Berlin, Dr. Blumenfeld-Hamburg) gelang es der Thätigkeit und rücksichtslosen Profitgier der Aktionäre, die hessische Regierung trotz ihrer offiziellen Erklärung im Landtag zur nochmaligen Erhöhung des Preises zu bestimmen. Mit 741 M. pro Aktie und 870 000 M. Abfindungsgelder an die 5 Direktoren wurde das Geschäft perfekt. Herr Miquel soll das Streben der Aktionäre unterstützt haben.

Und nun folgte der zweite Streich: der Eisenbahn-Vertrag zwischen Preußen und Hessen, wonach für einige Zeiten der neuerworbenen wie auch der ganze übrige hessische Eisenbahn-Befitz in preussische Verwaltung übergeht. Dieser Vertrag ist ein Meisterstück Miquel'scher Staatskunst. Unter Verzicht auf einen Theil ihres Einflusses auf die Eisenbahn-Angelegenheiten hat die hessische Regierung, wie sie selber in der dem Vertrag beigegebenen Denkschrift sagt, den Vertrag zu stande gebracht. In Wahrheit ihren Einfluß so gut wie ganz aus der Hand gegeben.

Freilich die „Hohheitsrechte“ sind gerettet; die Schlagbäume und Fahnenstangen sollen auch in Zukunft in den weiß-rothen Landesfarben prangen. Aber die Aufstellung des Stats, die Rechnungslegung, die Feststellung der Tarife und Fahrpläne, der Gehälter und Löhne sind dem preussischen Eisenbahn-Ministerium unterstellt. Hessen darf nur „Wünsche“ aussprechen, die Preußen „thunlichst“ berücksichtigen zu wollen verpflichtet. Um diese Wünsche vorzutragen, entscheidet es einen Rath im preussischen Eisenbahn-Ministerium. Selbst beim Bau neuer Strecken, die ganz auf hessischen Boden laufen, ist Hessen an die Einwilligung und Oberleitung Preußens gebunden. Umgekehrt darf Preußen so viele und so unrentable neue Eisenbahnen bauen wie es will; Hessen steht keinerlei Einsprache zu. Wird der Gesamtvertrag der preussisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft dadurch geringer und somit auch der auf Hessen fallende Ertragsanteil, so haben die „blinden Hessen“ das ruhig als höhere Schickung hinzunehmen.

Ein Theil der hessischen Strecken wird der preussischen Eisenbahn-Direktion in Frankfurt a. M. unterstellt; für den größeren Theil wird eine „Königlich Preussische-Großherzoglich Hessische Eisenbahn-Direktion in Mainz“ errichtet. Die Ernennung des Präsidenten dieser Direktion bleibt der preussischen Regierung vorbehalten. Für die Anstellung der Beamten sind für hessische Beamte zwar eine bestimmte Anzahl Stellen reservirt. Im allgemeinen aber gilt die Vertragsbestimmung: „Die Annahme, Ernennung und Pensionirung der Beamten und des sonstigen Dienstpersonals der Betriebsgemeinschaft bleibt auch bezüglich der hessischen Beamten der Gemeinschafts-Verwaltung vorbehalten“, das heißt also dem preussischen Eisenbahn-Ministerium.

Das mag genügen, um diesen Vertrag zwischen einem Löwen und einem Hasen zu kennzeichnen. Die „gemeinschaftliche Verwaltung des beiderseitigen Eisenbahnbefizes“ läuft in allen wichtigen Punkten darauf hinaus, daß Hessen überall mitbezahlen, nirgends aber miteitscheiden darf. Der Vertrag bedeutet nichts anderes als daß Hühörner der Selbständigkeit Hessens in Eisenbahn-Angelegenheiten. Den hessischen Landständen ist jedes Finanzrecht und jede Gelegenheit der Kritik in Eisenbahnsachen entzogen. Der preussische Landtag ist hinfür das Forum, vor dem die „gemeinschaftliche Verwaltung“ über die hessischen Eisenbahn-Verhältnisse zur Rechenschaft gezogen wird, oder auch nicht.

Diese Erweiterung des Machtbereiches der preussischen Bahnverwaltung mit ihrer „berühmten“ Spartan-Leitspolitik und ihrem reaktionären Widerstreben gegen eine vernünftige Umgestaltung des Tarifwesens bedeutet für Süddeutschland keinen Fortschritt. Statt einer weiteren Verbilligung der Fahrpreise, wird in Hessen voraussichtlich der höhere preussische Tarif alsbald Platz greifen. Auf den hessischen Bahnen betrug, wie auf den badischen, württembergischen und bayerischen Bahnen, der Fahrpreis für 1 Kilometer Fahrt dritter Klasse 3.40 Pf., für 1 Kilometer Fahrt zweiter Klasse 5.80 Pf. (auf der Main-Neckar-Bahn sogar nur 3 und 4.60 Pf.) gegen 4 und 6 Pf. auf den preussischen Staatsbahnen. Es wäre zu wünschen gewesen, wenn Hessen den in Baden und Württemberg bereits eingeführten Tarifreformen (verlängerte Rückfahrkarten, Kilometer-Fahrscheinste) gefolgt wäre, und dadurch auf die preussische Eisenbahn-Politik einen Druck ausgeübt hätte. Diese Hoffnung ist mit dem Eisenbahn-Vertrag geschwunden.

Das Terrain, das die preussische Eisenbahn-Politik sich neu erobert hat, bildet den Schlüssel für den südwestdeutschen Großverkehr. Die Rhein-

127]

Rienzi.

Der letzte der römischen Volkstribunen.

Roman von Edward Lytton Bulwer.

„Das Glück zeigt sich mir immer günstiger,“ sagte er. „Gestern eriparten mir die Florentiner die Mähe einer Belagerung; heute, eben seitdem ich Euch gesehen, vor wenigen Minuten, fällt Euer römischer Senator in meine Gewalt.“

„Wie? Habt Ihr den Rienzi zum Gefangenen gemacht?“

„Nicht so — noch besser! Der Tribun veränderte seinen Plan und ging nach Perugia, wo jetzt meine Brüder verweilen; er suchte sie auf, sie haben ihm Geld verschafft und Soldaten genug, den Gefahren des Weges und den Schwermtern der Barone zu trotzen. So schreibt mir mein guter Bruder Arimbardo, ein Gelehrter, den der Tribun durch alte Sagen von römischer Größe und mächtige Versprechungen getäuscht zu haben glaubt. Meine Brüder selbst begleiten den Senator-Tribunen zu den Mauern des Kapitols.“

„Doch sehe ich noch nicht ein, wie Rienzi dadurch in Eurer Gewalt ist.“

„Nicht? Seine Soldaten sind meine Geschöpfe, seine Kameraden meine Brüder, sein Gläubiger ich selbst! Laßt ihn nur Rom beherrschen, die Zeit kommt bald, wann der Vizeregent weicht vor —“

„Dem Anführer der großen Kompagnie,“ unterbrach ihn Adrian mit einem Schaudern, das der lähne Montreal nicht bemerkte, der zu sehr durch seine eigenen Gedanken beschäftigt war. „Nein, Ritter der Provence, wir haben uns gebeugt unter unsere eigenen Tyrannen, doch nie, hoffe ich, werden Römer so entartet sein, das Joch eines fremden Usurpators zu tragen.“

„Montreal sah erst auf Adrian und lächelte bitter.“

„Ihr verkennt mich,“ sagte er, „Ihr habt noch Zeit genug, den Brutus zu spielen, wenn ich Cäsar's Rolle übernehme. Einstweilen sind wir nur Wirth und Gast. Von etwas anderem.“

Doch diese letzte Unterhaltung störte die Vertraulichkeit der Ritter für die kurze Zeit, während der sie noch zusammen-

blieben, und sie schieden mit einer Feierlichkeit, die ihrem freundlichen Zwiegespräch in der vergangenen Nacht wenig entsprach. Montreal fühlte, er sei unvorsichtig gewesen, doch an Vorzicht war er nicht gewöhnt, besonders wenn er sich an der Spitze eines Heeres, im vollsten Glücke wußte. In diesem Augenblicke baute er so fest auf das Gelingen seiner kühnsten Pläne, daß es ihn wenig kümmerte, wen er beleidigte, wen er beunruhigte.

Langsam setzte Adrian mit seinem wilden Geleite den Weg fort. Eine steile Anhöhe führte sie von der Ebene hinauf, und auf dem Gipfel zeigte ihm die Krümmung des Weges das ganze Heer im Marsch. Die Fahnen wehten, die Waffen glänzten in der Sonne, Reihe nach Reihe, gleich einem Strom von Stahl, die ganze Ebene war voll vom Zuge, indes der feierliche Tritt der tausende von Bewaffneten durch kriegerische und frohlockende Musik überdünnt wurde. Wie sie weiter zogen, sah Adrian endlich die hohe, hervorragende Gestalt Montreal's auf einem schwarzen Streitrosse, selbst in dieser Entfernung von den übrigen zu unterscheiden, nicht sowohl durch seine Bewaffnung, als durch seine hervorragende Gestalt. So ritt er vorüber als der Stolz seines Heeres, in der Fülle seiner Hoffnungen, als Anführer einer mächtigen Schaar, als Schrecken Italiens, der Held, der er war, der Monarch, der er werden konnte.

Neuntes Buch. Die Rückkehr.

Erstes Kapitel.

Der Siegeszug.

Von Sant Angelo bis an das Kapitol waren Fenster, Balkone, Dächer mit tausenden von Menschen besetzt. Nur hier und da, in den Palästen der Colonna, der Orsini und der Savelli herrschte Todesstille. Verschlossene Thore und Fensterläden, Stillschweigen ringsum deuteten die Abwesenheit der Bewohner an. Sobald sie Rienzi's Annäherung erfuhren, hatten sie Rom sogleich verlassen. Zu den Dörfern und Schlössern der Campagna, von ihren Soldnern umgeben, harrten sie der Stunde, wenn das Volk, seines Abgottes überdrüssig, sie selbst zurückrufen würde.

Im übrigen war ganz Rom in Bewegung. Herrliche Triumphbögen, mit Gold und Silber gestickte Draperien waren mit Inschriften des Willkommens und der Freude geschmückt. In Zwischenräumen standen Jünglinge und Mädchen mit Blumen und Lorbeeren. Hoch über der versammelten Menge, von dem Grabmal Hadrians, von den Thürmen des Kapitols und von den Spitzen aller Kirchen wehten Fahnen und Paniere, als sei ein Sieg erfochten worden. Rom öffnete nochmals seine Arme, um seinen Tribunen zu empfangen.

In seinen großen Mantel gehüllt, selbst von den Meisten vergessen und in der Verwirrung des Augenblicks von keinem beachtet, stand Adrian Colonna. Er konnte seine Theilnahme an dem Schicksal des Bruders Rienzi nicht verleugnen. Einmal stand er unter seinen Mitbürgern, der einzige des stolzen Geschlechts Colonna, welcher Zeuge des Triumphes des Volkslieblings war.

„Er soll im Gefängniß korpulent geworden sein,“ sagte einer der ihm Nahestehenden, „er war mager, als er bei Tagesanbruch aus der Kirche von Sant Angelo kam!“

„Ja,“ sagte ein anderer, ein kleiner Mann mit einem klugen, unruhigen Auge, „das ist wahr, ich sah ihn vom Legaten Abschied nehmen.“

Alle sahen den letzten Redner an; er war auf einmal ein wichtiger Mann geworden.

„Ja,“ fuhr der kleine Mann mit prahlerischer Miene fort, „sobald er die Herren Brettone und Arimbardo, Brüder des Fra Moreale, überredet hatte, ihn von Perugia nach Montefiascone zu begleiten, ging er zum Legaten Adorno, der mit seinen Kapitänen sich unter freiem Himmel unterhielt. Eine Menge folgte ihm. Ich war dabei, und der Tribun winkte mir zu — ja, das that er — und mit seinem Scharlachmantel und mit seiner Scharlachmähre trat er dem stolzen Kardinal mit noch größerem Stolze entgegen. „Obgleich,“ sagte er, „Eure Eminenz mir weber Gold noch Waffen giebt, den Gefahren des Weges zu trotzen und den Hinterhalt der Barone zu vermeiden, so bin ich doch zur Abreise bereit. Seine Heiligkeit hat mich zum Senator von Rom ernannt; der Sitte gemäß fordere

straße, der Verkehr zwischen England, Belgien, Holland nach Süddeutschland, der Schweiz und Italien ist nunmehr der Vorherrschast der preussischen Verwaltung ausgeliefert. Der Vertrag bedeutet aber nur eine Etappe zu einem noch höheren Ziel.

Dr. Arentz spricht sich über die weitere Gestaltung der Dinge in dem schon erwähnten Artikel mit anerkennenswerther Offenheit in folgenden Sätzen aus:

„Mit der Hessischen Ludwigsbahn greift die preussische Staatsbahn nach Süddeutschland hinein. Ihr nächstes Ziel muß es sein, die elsass-lothringischen Reichsbahnen sich anzugliedern. Gelingt dies, so wird Baden den größten Teil des Durchgangsverkehrs vom Norden nach der Schweiz verlieren. Eine empfindliche Schmälerung der badischen Eisenbahn muß die Folge sein, bis schließlich Baden es vorzieht, die Vereinigung an stelle der vernichtenden Konkurrenz (1) zu sehen. Mit jedem Zuwachs wird naturgemäß das Übergewicht der preussischen den noch übrigen deutschen Staatsbahnen gegenüber umso unerträglicher. Es vollzieht sich demnach durch einen unwillkürlichen wirtschaftlichen Prozeß in der Praxis derselbe Uebergang zum Reichsbahn-System, der in der Theorie so endgiltig beseitigt schien.

Der scheinbar so einfache Vorgang der Verstaatlichung der hessischen Ludwigsbahn ist also von außerordentlicher Tragweite. Das Prinzip ist gefunden und wird hier zuerst verwirklicht, welches uns die Einheit des Eisenbahnwesens in Deutschland schließlich bringen wird.“

Die Idee des Reichsbahn-Systems ist schön und erfreut sich unserer vollen Sympathie. Die Natur dieses großen Verkehrsmittels drängt nach Vereinheitlichung und darum muß und wird diese Vereinheitlichung kommen. Aber der Weg, auf dem sie hier erstrebt wird, führt nicht zu dem Reichsbahn-System, das wir wünschen und das den Interessen des Volkes dient. Für dessen wäre der Anschluß an die süddeutschen Staaten das naturgemäße gewesen. Auf der Basis einer süddeutschen Eisenbahn-Gemeinschaft wäre dann vielleicht mit Preußen ein der Entwicklung förderlicherer Vertrag zu erreichen gewesen, als der mit Hessen allein geschlossene. Durch die „Verpreußung“ des süddeutschen Eisenbahnwesens mit Hilfe schmerzlicher Verträge und „vernichtender Konkurrenz“ wird die Hoffnung auf eine gesunde Reform des Tarifwesens, wie der Arbeiterverhältnisse immer aussichtsloser.

Eine Reichs-Eisenbahngemeinschaft kann nur auf der Grundlage der Gleichberechtigung der Vertragschließenden gedeihen; die leitende Behörde müßte ein Reichs-Eisenbahnministerium und die aufsichtsberechtigte Instanz müßte der Reichstag sein.

Politische Uebersicht.

Berlin, 24. November.

Aus dem Reichstage. Die Verhandlungen wurden heute bei dem § 152 der Novelle zur Strafprozess-Ordnung fortgesetzt, über welchen gestern die Debatte bereits begonnen hatte. Dieser Paragraph ist auf Initiative der Kommission eingefügt und bezweckt derselbe, der Staatsanwaltschaft die Ermächtigung zu geben, in einer Reihe von Fällen (Hausfriedensbruch, Bedrohung, Sachbeschädigung u.) von der Verfolgung abzugehen, wenn das öffentliche Interesse dadurch nicht verletzt wird. Die Rechte vor gegen diese Erneuerung, da die Staatsbesitzer fürchten, dann zu oft den Privatlageweg beschreiten zu müssen. Unser Genosse Stadthagen sprach ebenfalls gegen den Paragraphen, weil er Mißbrauch desselben zu ungunsten der kleinen Leute befürchtet. Der Paragraph wird nach langer Debatte gegen die Stimmen der Rechten und unserer Genossen angenommen.

Die Verhandlungen nahmen dann ein etwas lebhafteres Tempo an bis zum § 211, durch den ein beschleunigtes Verfahren in den Fällen zugelassen werden soll, in denen der Angeklagte auf frischer That ercappt oder verfolgt und vorläufig festgenommen ist. Nach Annahme mehrerer Änderungsanträge aus dem Hause, welche einen weiteren Schutz des Angeklagten bezweckten, wurde der Paragraph angenommen und dann die Verathung beim § 244 auf morgen vertagt. Man befürchtet, daß die ganze laufende Woche noch für die Justiznovelle drauf gehen wird. —

Das preussische Abgeordnetenhause überwies am Dienstag den Gesuchentwurf betreffend die Verstaatlichung der Hessischen Ludwigsbahn nebst dem dazu gehörigen Nachtrags-Gesetz nach kurzer Verathung an die Budget-Kommission. In der Debatte wurde von allen Seiten die Notwendigkeit

ich von Eurax Eminenz jetzt die Bestätigung meines Ranges.“ Ich wollte, Ihr hättet sehen können, wie der stolze Spanier staunte und erröthete und zürnte; doch er biß sich auf die Lippen und sagte wenig.

„Und er bestätigte Rienz als Senator?“

„Ja, und segnete ihn und hieß ihn weiter ziehen.“

„Senator!“ sagte ein finster blickender Riese mit über einander geschlagenen Armen, „ich kann den Titel nicht leiden, den ein Patrizier getragen hat. Ich fürchte, er vergrüßt den alten über dem neuen Titel.“

„Pui, Cecco del Vecchio, Du bist immer mißlaunig.“ sagte ein Tuchhändler, dessen Laden durch die Vorbereitungen zum Triumpheinzuge sehr viel abgesetzt hatte, „pui, ich halte den Senatortitel für einen weniger abgenutzten, als den eines Tribunen. Jetzt wird es endlich wieder Feste geben! Rom ist lange genug still gewesen. Es war eine schlechte Zeit für den Handel, das muß ich sagen!“

Zener grinst höhnisch. Er gehörte zu denen, die den Mittelstand von den arbeitenden Klassen trennen, und die damals den Kaufmann so sehr als den Adligen haßten. „Der Tag geht vorüber“, sagte der kleine Mann, „er muß bald antommen. Die Frau des Senators und sein ganzes Gefolge sind ihm schon vor zwei Stunden entgegen.“

Raum hatte er dieses gesagt, als die Menge zur Rechten unruhig herbeidrang und ein Reiter durch die Straßen sprenge. „Platz da, zurück! Platz! Macht Platz für den Senator Roms!“

Die Menge schwieg, murmelte, schwieg darauf wieder. Von Balkonen und Fenstern bog sich jeder heraus. In der Ferne hörte man Pferdetritte, den Schall von Trompeten und Hörnern. Bald erglänzten in der Ferne Fahnen und Speere, endlich schrie die ganze Menge wie in einem Tone: „Er kommt! Er kommt!“

Adrian zog sich noch mehr in die Menge zurück, lehnte sich gegen die Mauer eines Hauses und betrachtete den sich nähernden Zug.

Zuerst kamen, zu sechs, die römischen Reiter, die dem Senator entgegen gezogen waren, mit Delzweigen in den

wendigkeit des Erwerbs dieser Bahn für den preussischen Staat betont und darauf hingewiesen, daß alle Beteiligten bei dem Vertrag gut weg kommen. Darüber, daß Preußen hierbei ein gutes Geschäft macht, dürfte kein Zweifel herrschen. Sind doch die Staats-Eisenbahnen aus einem reinen Verkehrsmittel mehr und mehr zu einer bloßen Einnahmequelle für den Staat geworden! Auch die Aktionäre werden reichlich abgefunden; für eine Aktie im Werthe von 600 M. erhalten sie prozentige preussische Konzession im Betrage von 700 M., also immerhin eine recht beträchtliche Entschädigung für ihre anstrengende Thätigkeit. Es fragt sich nur, welche Rolle Hessen dabei spielt, denn es ist kaum anzunehmen, daß unser Finanzminister bei Abschluß des Geschäfts seinem finanziellen Geschick entsprechend der hessischen Finanzverwaltung besondere Vortheile zugesagt haben sollte. Die in der hessischen Kammer erhobenen Klagen, daß Hessen sich hierbei Preußen gegenüber in der Lage des Schwächeren befunden hat, werden wohl nicht ganz unberechtigt sein. Vom Interesse der Aktionäre wurde in der Debatte viel gesprochen, von dem weit berechtigteren Interesse der schlecht gestellten Unterbeamten hörte man kein Wort. Die Segnungen des preussischen Regimes werden sich nunmehr auch den hessischen Eisenbahnarbeitern fühlbar machen, die jetzt merken werden, daß zwischen einer Ausbeutung von Staatswegen und einer Ausbeutung vom Privatkapital kein wesentlicher Unterschied ist. In einer Ovation für Herrn Miquel gestattete sich die Debatte über die Konvertirungsvorlage. Für den unbedingten Beobachter — und wer ist an dieser Frage weniger betheilt als die Arbeiter — war es ein erheitender Anblick, mit welchem Gesicht Herr Miquel sich alle die Gründe eigen zu machen verstand, die seit Jahren von anderer Seite ins Feld geführt worden sind. Selbst der Finanzminister mußte zugeben, daß die Konvertirung eine wirtschaftliche Nothwendigkeit sei, der sich der preussische Staat nicht länger entziehen könne. Freilich werden die armen Kapitalisten recht schonend behandelt, denn abgesehen davon, daß sie noch ein Jahr lang ihre vierprozentige Rente beziehen, wird ihnen ihr Besitzstand auf weitere fünf Jahre gesichert. Von Wichtigkeit ist das Zugeständnis des Ministers, daß sich die vierprozentigen Konzession zum überwiegenden Theile nicht im Besitz von kleinen Renten oder im Auslande, sondern in „großen Händen“ befinden. Mit Ausnahme des konservativen Freiherren v. Billigen, der es beklagte, daß die Inhaber von Konzessionen durch einen Federstrich um den achten Theil ihres Einkommens geschmälert werden, erklärten sich alle Redner im großen Ganzen mit der Vorlage einverstanden, die schließlich der Budget-Kommission überwiegen wurde. Am Mittwoch steht das Gesetz betreffend die Tilgung von Staatsschulden und die Bildung eines Ausgleichs-Fonds auf der Tagesordnung. —

Die Deutsch-Konservativen in der Manserung.

Die wilde Insurrektion, die Hals über Kopf gegen den Feind treibt, scheint unter den Konservativen wenig Freunde mehr zu haben. Wer die Verhandlungen des letzten konservativen Delegationstages liest, muß zu dieser Ansicht kommen. In den angenommenen Resolutionen steht freilich nichts davon, aber aus den Referaten und Diskussionsreden tritt die neue, eigentlich uralt konservative Taktik zum Greifen deutlich hervor. Was nach oben hin Anstoß erregen könnte, muß künftighin wieder ängstlich vermieden werden. Darum soll die „Demagogie“ verpönt sein; die zu Zeiten des Livolitages so gehässhelten Antisemiten werden abgeschüttelt, und den Plögen wird gesagt: Ja, gut und schön, Ihr seid willkommen, aber nur, wenn Ihr gehorcht. Nicht der Generaloberst der Bänder wurde mit dem Referat über die Landwirtschaft betraut, auch nicht Ranitz, der das stärkste Agitationsmittel der letzten Jahre geliefert, sondern der glatte Hofmann Mirbach. Und dieser stand nicht an, zu erklären, daß der Ranitz-Antrag „sich gegenwärtig nicht realisiren lasse“. Und die Zuhörer spendeten ihm Beifall, ebenso wie dem Korreferenten, der derselben Meinung war. Und wie man hier jonglirte, daß es nur so schmalzte, ebenso ging es bei der Besprechung der anderen Fragen. Die neue Handwerksorganisations-Vorlage habe zwar schwere Mängel, aber man werde sie doch akzeptiren. Der Beschäftigungsnachweis sei zwar kein Alibi-Mittel, aber etwas helfen könne er vielleicht doch. Man erklärte, einen Stillstand der Sozialreform wüßte man nicht; doch keiner der Redner berief sich auf die kaiserliche Botschaft vom 4. Februar 1890 u. s. w. u. s. w. Wie butterweich die Konservativen wieder geworden, daß jetzt am besten die Umredigirung der Resolution II. Zuerst konstatarie man, daß im Volksleben vielfache Schäden hervorgetreten seien. Aber sogleich wurde man stutzig. Da hätte ja einer denken können, es sei von wirtschaftlichen Schäden, Schäden des Militarismus und anderem mehr die Rede. Flugs stürzte man vor Schäden das Wort „sittliche“ ein. Und die Sittlichkeit des Volkes kümmert sich ja heute jeder, der etwas werden will. Nun hielt man die Sache gelungen und hofft dies heute noch. An eine Possirlichkeit scheint man dabei

Händen; vor jedem Hunderte wechten Paniere mit der Inschrift: „Freiheit und Friede kehren zurück!“ Als sie an der Gruppe neben Adrian vorbeikamen, wurde jeder unter dem Walle beliebige Reiter des Juges erkannt und mit lautem Beifall begrüßt. In ihrer Kleidung und Ausrüstung sah Adrian, daß sie meist zu den römischen Handelsleuten gehörten, ein Geschlecht, das, wie er wohl wußte, wenn es sich nicht sehr geändert hatte, die Freiheit nur als Handelspekulation betrachtete. „Das ist ein unzuverlässiger Schutz!“ dachte Colonna, „was kommt nun?“ Nun kamen in glänzenden Waffen die deutschen Soldner, angeworben durch das Gold der provenzalischen Räuber, zweihundertundfünfzig an der Zahl, früher von Malatesta di Rimini besoldet, ernst, geordnet, ruhig — sie betrachteten die Menge mit einem Blicke, der halb Erstaunen, halb freche Verhöhnung ausdrückte. Kein Bewillkommungsgruß empfing diese kräftigen Fremdlinge; es war nicht zu verkennen, daß ihr Anblick die versammelte Menge mit Schauer erfüllte.

„Es ist eine Schande“, brumnte Cecco del Vecchio hörbar. „Bedarf der Freund des Volkes der Schwert, die einen Drini oder einen Malatesta beschützen müssen? O, der Schande!“

Keine Stimme gebot diesmal dem riesenhaften Unzufriedenen Stillschweigen.

„Dies ist kein einziger wirklicher Schutz gegen die Barone“, dachte Adrian, „wenn er sie gut besoldet. Aber ihre Zahl genügt nicht.“

Darauf kamen zweihundert Mann zu Fuß aus Toscana, schwer bewaffnet und gerüstet, deren freundliche Blicke mit der Menge zu sympathisiren schienen. Und dieses geschah auch, denn sie waren Toscaner und liebten deshalb die Freiheit. Auch schienen die Römer natürliche Verbündete in ihnen zu erkennen, und ein allgemeines Viva empfing die braven Toscaner.

„Ein ungenügender Schutz“, dachte der erfahrene Colonna, „die Barone können diese kleine Anzahl überwältigen, und der Pöbel kann sie verführen.“ (Fortf. folgt.)

aber nicht gedacht zu haben. Der Resolution hat auch ein Mann zugestimmt, der im Reichstag erklärt hatte, es gebe Fälle, die in die Familie, die Ehe hineinreichen, wo es nicht möglich sei, den Geboten der Religion zu folgen. Ist die Duell- und Manie kein sittlicher Schaden, Herr Graf von Mirbach? —

Vom „Rock des Königs“. In Frey Renter's Werken findet sich auch ein Gedicht, das sich mit der jetzt wieder modern gewordenen Theorie von der Unverletzlichkeit des „Rocks des Königs“ befaßt. Das „Läuschen“ lautet:

Respekt vor'n Großherzog sinen Rock.
Al Stein lau Bassow hadd so'n schönen Klever (Klee)
Doch ein verdammte Postillon
Die führt em immer lang's heräwer.
Bei ward un up den Rint mal luren (lauren)
Un richtig! kriegt of den Patron.
Un as he'n bi den Bidel hett
Un em nu in den Bussen (Busen) sött (saßt)
Un mit den Stock em will traktiren,
Dann seggt de Rint: „Beg mit den Stock!
Dit is den Großherzog sin Rock,
Den möien S' an mi respektiren.“
Dann seggt ol Stein: „Entsamte Sankel!
Meinst, id wir so eu dummen Fiel,
Dat Du mi bringst in Schickel? (Einschicklerung)
Ne, in de S'unt kriegt ein's von mi,
Un dei härt Dil!“ (Die gehöret Dir!)

Ein sehr schlechtes Zeugniß stellt die „Kreuz-Zeitung“ unserer Reichsregierung aus. Sie meint, die Reichstagsmajorität, welche in die Justiznovelle liberale Bestimmungen hineinzubringen suche, überhöhete den Grad des Werthes, den die verbündeten Regierungen auf das Zustandekommen der Novelle legen. Das Junkerorgan ist also der Ansicht, daß die verbündeten Regierungen der von ihnen eingebrachten Gesetzesmaßregel nicht genug Werth beilegen, um ihr zu Liebe ein paar Konzessionen an den Liberalismus zu machen. Und die „Kreuz-Zeitung“ kennt ihre bundesrätlichen Pappeneimer.

Wie dem sei — wenn der Reichstag die Lösung befolgt: bange machen gilt nicht! und wenn die Justiznovelle an den reaktionären Gelüsten der Reichsregierung scheitert, so weiß das deutsche Volk, wem die Verantwortlichkeit trifft. —

Duell-Chronik. Der Hauptmann J. D. v. Gontard schreibt uns do dato Schloß Hachenburg, 23. November 1890:

In Ihrem Blatte ist die Nachricht erschienen von einem zwischen zwei auswärtigen Offizieren am Büttage stattgehabten Pistolenduell. Diese enthält insofern eine unrichtige und den Charakter der Beleidigung involvirende Thatsache, als dem Einsender dieses die Beleidigung einer Dame zum Vorwurf gemacht und diese als Anlaß zum Duell bezeichnet ist.

Auf Grund des § 11 des Preßgesetzes ersuche ich, ohne Verzug Ihre lediglich für ein sensationslästernes Publitum gebrachte Mittheilung dahin zu berichtigen, daß der Anlaß zum Duell durch eine ganz interne Familien-Angelegenheit hervorgerufen und mit der Frau des nichtgenannten Gegners in keinerlei Beziehungen zu bringen ist.

Welchen Zweck es hat, meinen Namen der breiten Öffentlichkeit, wie geschehen, preiszugeben, vermag ich nicht einzusehen, für taktvoll kann ich es nicht erachten.

Ich ersuche um ein Belegblatt.

von Gontard, Hauptmann J. D.

Wir bringen diese sog. Berichtigung des schneidigen Herrn Hauptmanns zum Abdruck, aber nicht weil dieselbe ihrem Inhalt nach sich dazu eignete, sondern nur um unsere Unparteilichkeit zu beweisen und um dem Herrn Hauptmann zu zeigen, daß er am 23. d. M. von seinem Schlosse Hachenburg aus etwas berichtete, das der „Vorwärts“ erst am 24. November mittheilte, dem Herrn Hauptmann also unwilliglich zuvor bekannt sein konnte.

Die einzige Notiz, die wir bis zum 24. d. M. in bezug auf das stattgehabte Duell brachten, das, wie Herr v. Gontard selbst zugiebt, statthat, war unsere Depesche im „Vorwärts“ vom 20. November, die lautete:

Am Büttage soll ein Pistolenduell in der Nähe Hachburgs zwischen Kaffeler Offizieren stattgefunden haben. Die Ursache soll die Beleidigung einer Dame sein.

Gestern, am 24. November, brachten wir alsdann aus der „Hessischen Landes-Zeitung“ die Angabe, die Herr v. Gontard im Glauben, der „Vorwärts“ habe sie zuerst gebracht, durch den oben abgedruckten Brief vom 23. d. M. „berichtigte“. Diese Angabe der „Hessischen Landes-Zeitung“ lautet mit der von uns verfaßten Einleitung:

Wir berichteten auf Grund einer Privatdepesche aus Hachburg a. S. von einem Duell, das am Büttage stattgefunden hat. In Verfertigung unserer Meldung schreibt die in Hachburg erscheinende „Hessische Landes-Zeitung“: „Das Duell hat in der That am Nachmittage des Büttages in der Nähe der Schießstände stattgefunden und verlief, soweit wir unterrichtet sind, unblutig. Auch die Polizei soll bereits benachrichtigt sein. Den Anlaß zu dem Duell hat eine Beleidigung gegeben, die von seiner früheren diesem Wirkfamkeit bekannte Hauptmann v. Gontard, der Schwiegersohn des Hachburger Professors der Philosophie Bergmann, der Frau eines Kameraden zugesagt hat. v. Gontard hatte überdies den Kameraden auf eine falsche Anschuldigung hin beim Ehrenrath für satisfaktionsunfähig erklärt. Deshalb kam es zwischen den beiden Hauptleuten zu dem erwähnten Duell am Büttage.“

Herr v. Gontard hätte also seine sogenannte Berichtigung an die „Hessische Landes-Zeitung“ nicht an uns richten sollen. Damit aber Herr v. Gontard einseht, daß er in blinder Leidenschaft sich an die falsche Adresse gewandt hat, haben wir ihm ein Exemplar dieser Nummer nach Schloß Hachburg übersandt und nicht weil er uns darum ersuchte. —

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Am 19. d. M. hat die Strafkammer von Nürnberg i. G. den 46jährigen Bäckergehilfen Ludwig Göb wegen Beleidigung des deutschen Kaisers zu 4 Monaten Gefängniß verurtheilt. Göb hat in der Trunkenheit einige ehrenrührende Ausdrücke über den deutschen Kaiser geäußert.

Durch die Gendarmen in St. Ludwig i. G. wurde am Donnerstag Mittag ein aus der Schweiz gebürtiger Bergarbeiter, der von der Staatsanwaltschaft in Freiburg i. B. beschuldigt war, wegen Majestätsbeleidigung verhaftet.

Gegen den Verhafteten soll außerdem noch ein Verfahren wegen Beamtenbeleidigung anhängig sein. Er wurde am Freitag Morgen in das Amtsgefängniß Mülhausen eingeliefert. Das wegen Majestätsbeleidigung gegen den Redakteur der Magdeburger „Volksstimme“, Genossen John, schwebende Verfahren ist eingestellt worden.

Deutsches Reich.

— Zu den Bismarck'schen Enthüllungen schreibt Herr v. Fechenbach-Laudenbach im „Mainzer Journal“: Mit Bestimmtheit kann nun angenommen werden, daß der Rath Bismarck's ganz denselben Impuls entsprang, als sein Interview in Wien, die Marktplay-Rede in Jena und seine darauf folgenden in Rissingen vom Jahre 1892. Der Schleier ist nun gänzlich weggezogen und unwillkürlich richtet man die Frage nach Friedrichshagen: Für was die Umstände, die Präkudien und der Aufwand in Scheingründen, wenn man mit ein paar

Worten die Wahrheit sagen kann, die ohne Umstand auch geglaubt wird? Hatte der tolle Jörn in Wien seinen Grund in der vereitelten „Aufsichtung in der Hofburg“, so hat ihn der jehige durch die Vereitelung des Jären-Besuches in Friedrichshagen für beide Enttäuschungen macht Bismarck den Kaiser verantwortlich. Durch die Veröffentlichung des strengen Staatsgeheimnisses rächt er sich an beiden Kaisern. Die Vorgänge vom Jahre 1892 und von 1896 beruhen auf reinen Nachgefühlen, die selbst vor dem Staatsvertrage nicht zurückschrecken. Der „Deras des Jahrhunderts“, der „getreue Gerd“, der „große Deutsche und Patriot“ erbt als „ein Reichsfeind“; er wurde in Wirklichkeit, was er anderen so oft frivol und unwahrer Weise vorwarf. Gute, alte deutsche Sprichwörter erfüllen sich bei ihm vollständig: „Der Krug geht so lange zum Brunnen, bis er bricht“, „Ehrlich währt am längsten“, „Wer einem andern eine Grube gräbt, fällt selbst hinein“ und — „Alter schützt vor Thoreheit nicht“. Der „große Mann“ ist zu einem „politischen Buschklepper“ herabgesunken, der aus dem Hinterhalte seine Pfeile sendet und bei der allgemeinen Verachtung über ein solches Treiben sagt: „Das über laß ich nur“. Ein fröhliches Lachen ist es aber ganz sicher nicht. —

In die Novelle zum preußischen Vereinsgesetz wünscht die Mittelpartei die Bestimmung aufgenommen, daß nur deutsche Vereine und deutsche Versammlungen gestattet werden. Jede polnische oder dänische Volksversammlung soll verboten werden. „Ginge dies durch“, bemerkt die „Alln. Volksztg.“ mit recht, „so würden wir den zweifelhaften Ruhm besitzen, in dieser Beziehung mit der reaktionärsten Vorschritt unter allen zivilisierten Ländern ausgehtattet zu sein. Sogar in Rußland dürfen deutsche und polnische Versammlungen stattfinden, und in Ungarn hat der magyarische Thronerbgang eines Banffy sich auch noch nicht so weit verhängt.“

Der ambulante Gerichtsstand der Presse. Wie gegen eine Reihe anderer Blätter, so hat der Margarine-Fabrikant Mohr auch gegen die „Germania“ und gegen die „Katholische Volkszeitung“ die Verleumdungsklage angestrengt. Beide Blätter erscheinen in demselben Verlage und haben denselben Verantwortlichen. Nun ist gegen die „Germania“ unter ausdrücklicher Berufung auf die bestimmte Entscheidung des Reichsgerichts bei dem Schöffengericht in Hamburg, gegen die „Katholische Volkszeitung“ dagegen bei dem Schöffengericht in Berlin Klage erhoben worden, und beide Privatklagen richteten sich gegen denselben verantwortlichen Redakteur in derselben Sache! — Höher geht's wohl nimmer! —

Die Hauptverhandlung im Prozeß Lühow-Bedert und Genossen findet am 2. Dezember statt. Es scheint dem Wunsche der Angeklagten zu entsprechen, daß die Verhandlungen unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfinden. Eine von beteiligter Seite den Zeitungen zugehende Mitteilung deutet darauf hin. Wie wir erfahren, wird aber gerade im Staatsinteresse die Verhandlung in voller Öffentlichkeit stattfinden. —

Zum Kapitel Erhöhte Dampfersubvention für die ostasiatische Linie. In den „Hamb. Nachr.“ wird darauf hingewiesen, daß von den im Jahre 1894 auf der ostasiatischen Linie verladenen Gütern auf der Ausreise nur ca. 35 pSt. des Gesamtverkehres deutscher Herkunft seien, bei der Heimreise waren sogar nur ca. 21 pSt. des Gesamtverkehres für Deutschland bestimmt. Ihren Hauptverkehre müsse die betreffende Linie sich in ausländischen Häfen suchen. Der deutsche Güterverkehr nach Ostasien gehe unbedenklich um die Lloydlinie nach wie vor hauptsächlich über Hamburg. —

Der Delegiertentag der deutsch-konservativen Partei hielt am 20. November seine zweite (Schluß-) Sitzung ab. Nachstehende Resolutions wurden angenommen:

Der Delegiertentag erkennt gern an, daß im Rahmen der Kompetenz der Einzelstaaten die Fürsorge für die Landwirtschaft eine thatkräftigere geworden ist. Eine gleiche Fürsorge aber seitens der Reichsregierung ist noch immer zu vermessen; insonderheit ist die Ablehnung des Margarinegesetzes und des Quebrachholzgesetzes durch den Bundesrath und die abweisende Haltung gegenüber den Wünschen auf Gleichstellung der landwirtschaftlichen Pfandbriefe im Reichsbankverkehre zu beklagen.

Die Abwehr der ausländischen, unter den inländischen Produktionskosten erzeugenden Konkurrenz, insonderheit in Getreide und Vieh, ist das einzige durchgreifende Mittel, um die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse zu heben und damit der Noth der Landwirtschaft abzuwehren. Es ist darum Hauptaufgabe ebenso der konservativen Partei wie der Regierungen, unablässig auf Wege bedacht sein, um dieses Mittel in Anwendung zu bringen. Auch die internationale Regelung der Währungsfrage ist fortgesetzt im Auge zu behalten, und die auf Erreichung dieses Zieles gerichteten Bestrebungen sind wirksam zu fördern.

Die Erhaltung des ländlichen Grundbestandes, insonderheit auch des Kleinbestandes liegt der konservativen Partei besonders am Herzen. Darum ist eine größere Anpassung unseres privaten Rechts an die Interessen der Landwirtschaft in die Wege zu leiten und das Genossenschaftswesen auch zu Gunsten der Landwirtschaft und des Handwerks in möglicher Ausdehnung zu fördern.

Der Delegiertentag etc. giebt seiner Genugthuung darüber Ausdruck, daß die Gesetzgebung zum Schutze von Handwerk und Kleingewerbe in den letzten Jahren versucht hat, fortzuschreiten. Dieser Beginn eines Fortschritts ist in erster Linie der beharrlichen Initiative der konservativen Partei zu verdanken. In dem von der königl. preußischen Staatsregierung dem Bundesrathe vorgelegten Gesetzentwurf betr. die Organisation des Handwerks erblickt der Delegiertentag einen bedeutungsvollen Schritt auf diesem Wege. Erfüllt dieser Entwurf auch nicht alle berechtigten Forderungen der Handwerker, so giebt er ihnen doch eine feste Organisation und damit die Möglichkeit, besser als bisher die Interessen ihres Standes wahrzunehmen. Bei der großen Bedeutung, die der Handwerkerstand auch heute noch als Kern des gewerblichen Mittelstandes hat, wird die konservatieve Partei für seine Erhaltung, wie für den Schutz der nationalen Arbeit überhaupt, auch in Zukunft eintreten. Sie wird insonderheit darauf bestehen, daß die weitergehenden programmatifischen Forderungen: Einführung des Befähigungs-Nachweises, Beseitigung der Wandauctionen, Befestigung der Vorzugungen des großen Handelskapitals, erfüllt werden.

Die Darstellungen, als ob die Bestrebungen der konservativen Partei hinsichtlich eines genügenden Schutzes für Landwirtschaft, Handwerk und Kleinhandel einen gegen die Industrie gerichteten feindlichen Akt bedeuten, ist unrichtig und tendenziös. Den Fortschritt, dem die Industrie ihre günstige Stellung zuschreiben hat, verdankt sie namentlich dem selbstlosen Eintritte der konservativen Partei, und in dieser Hinsicht hat sich die Stellungnahme der Partei nicht im geringsten geändert. Was aber verlangt werden muß, ist, daß nicht wie beim Abschluß der geltenden Handelsverträge Vortheile für die Industrie durch Preisgabe wesentlicher Interessen der Landwirtschaft erzielt werden. — An der Gleichstellung der übrigen nationalen Produktionsweige mit der Industrie in Bezug auf einen wirksamen Schutz ist festzuhalten und dieses Bestreben sollte die deutsche Industrie nicht bekämpfen, sondern unterstützen.

In der zweiten Versammlung wurde auch an der Resolution II, die man am Vortage gefaßt, eine Korrektur vorgenommen. Die

neue Fassung — das Hingekommene ist durch gesperrten Druck hervorgehoben — lautet folgendermaßen:

In Erwägung, daß von verschiedenen Seiten versucht worden ist, über die sozialpolitische Haltung der konservativen Partei Mißverständnisse und Mißdeutungen öffentlich hervorzurufen, erklärt der Delegiertentag u. s. w.:

1. Die konservative Partei erachtet es für geboten, den in unserem Volksleben hervorgetretenen vielfachen sittlichen Schäden energisch entgegenzutreten. Sie sieht nach wie vor auf dem Boden der Nächsthöfsten Botschaft von 1891. Demgemäß wünscht sie nicht den Stillstand der Sozialreform, sondern die planvolle Weiterführung derselben.

2. Die Sozialreform ist nicht ausschließlich oder wesentlich als eine Angelegenheit der Lohnarbeiter zu erachten; sie hat sich vielmehr gleichmäßig auf Arbeitnehmer und Arbeitgeber und auf alle Produktionsstände zu erstrecken.

3. Die Arbeiterversicherungs-Gesetze bedürfen der Vereinfachung und Verbesserung. Der vor kurzem im „Reichs-Anzeiger“ veröffentlichte Entwurf einer Abänderung der erwähnten Gesetze genügt in keiner Hinsicht.

Die „Königsberger Hartung'sche Zeitung“ will das Beispiel der „Frankfurter Zeitung“ nachahmen. Sie schreibt: Die „Hartung'sche Zeitung“, gegen deren Chefredakteur bekanntlich um einer ähnlichen Vapalle willen wie gegen die „Frankfurter Zeitung“ ein Zeugniszwangs-Verfahren eingeleitet worden ist, wird nunmehr vor die Frage gestellt, ob sie sich nicht dem Vorgehen ihrer Frankfurter Kollegin anschließen will, und sie wird eventuell kein Bedenken tragen, diese Frage zu bejahen. —

Die Landtagswahl für den dritten Wahlkreis der Stadt Gera ist laut amtlicher Bekanntmachung am Dienstag den 5. Januar 1897 abgeraumt worden. Das Mandat hatte unser verstorbenen Genosse Ernst Dahn inne.

Die Landtags-Stichwahl in Rannstatt findet am 3. Dezember statt. —

Siegen, 28. November. (Sig. Ver.) Das Resultat der hiesigen Reichstagswahl (rund 9700 Antisemiten, 5300 Sozialdemokraten) sieht auf den ersten Blick wie ein glänzender Sieg Köhler's aus, in Wirklichkeit ist es etwas ganz anderes, wie nachstehende Zahlen beweisen werden:

1893 erhielt Köhler in der engeren Wahl	8168 Stimmen
Reinert (nack.)	6987

Damals standen die Antisemiten den Freisinnigen und Nationalliberalen allein gegenüber, da wir uns der Abstimmung enthielten. Bei der diesjährigen Stichwahl standen aber die Nationalliberalen und der größte Theil der Freisinnigen auf Seiten der Antisemiten und trotzdem hatte der ganze bürgerliche Mischnasch gegen 1893 nur einen Zuwachs von ca. 1800 Stimmen.

1893 erhielten Nationalliberale und Antisemiten als Gegner zusammen über 15 000 Stimmen, diesmal als Freunde vereint 9700; wie man unter solchen Verhältnissen von einem glänzenden Sieg sagen kann, ist unverständlich.

Und wie haben unsere Gegner gearbeitet? Beamte, Pfarrer, Großgrundbesitzer, Lehrer, überhaupt alles hat uns mit allen Mitteln, auch den verlogenen und schmutzigen, bekämpft. Das hiesige Amtsblatt nahm noch einen Tag vor der Wahl eine uns beschimpfende Erklärung Köhler's auf, wies aber unsere einfache Aufforderung zur Wahl zurück. Ein hiesiger Geistlicher hat sich den Sonntag vor der Wahl auf der Kanzel für die Antisemiten ins Zeug gelegt u. s. w. In Siegen mögen für Genossen Scheidemann einige Freisinnige gestimmt haben, auf dem Lande sind sie geschlossen für Köhler eingetreten.

Unser Erfolg ist ein durch eigene Kraft errungener und können wir den Gegnern heute schon die Versicherung geben: Wir sehen uns 1898 wieder.

Verfahren gegen unbekannt. In Sachen der bekannten Veröffentlichung der „Amberger Volkszeitung“ über die Aufhebung eines militärgerichtlichen Urtheiles des durch den Regenten ist eine Untersuchung gegen den unbekanntem Offizier, der die Sache zur Kenntniß Dritter gebracht hat, angestellt worden. In Amberg ist der „Amberger Abend-zeitung“ zufolge der Redakteur der dortigen „Volkszeitung“, Herr Boes, als Zeuge vorgeladen und nach dem Einsenden des Artikels befragt worden, er hat aber, wie man hört, die Angabe verweigert. In München wurde der Centrumsjournalist Herr Dr. Kaufen, von dem bekannt ist, daß er u. a. auch für die „Amberger Volkszeitung“ arbeitet, bei der Kommandantur geugenschaftlich vernommen. —

Mex, 22. November. (Hoff. Jtg.) Der Redakteur Petry und zwei Gefangenenmörder wurden verhaftet. Ihre Verhaftung soll nach einer hiesigen französischen Zeitung mit dem wieder aufgenommenen Landebsvertrags-Prozeß zusammenhängen. Der verurtheilte Hanne soll angegeben haben, daß seinerzeit, als er hier in Untersuchung lag, die beiden Gefangenenmörder und Petry Verbindungen mit Personen vermittelt hätten, die zur Folge hatten, daß diese rechtzeitig die französische Grenze gewinnen konnten. Die Untersuchung wird sehr geheim geführt. Die Beteiligten sind in den nächsten Amtsgerichts-Gefängnissen Kemlitz und Kees untergebracht. Ferner wurde der Hausier Bernhard Holzsch aus Basel unter der Anschuldigung, mit dem wegen Landebsvertrages bestrafte Schmidkorn in Verbindung gestanden zu haben, in Haft genommen. —

Frankreich.

Die Meldung des „Figaro“, die „Pettit Republicaine“ werde durch Verkauf demnächst in die Hände der Radikalen übergehen, wird von Millerand, dem bisherigen Chefredakteur, für absolut unbegründet erklärt. Das Blatt werde bleiben, was es ist. —

Belgien.

Brüssel, 24. November. In der Kammer wurde heute die Interpellation Vorand, betreffend den Rücktritt des Kriegsministers und betreffend das Heeresreformprojekt beraten. Der Interpellant warf der Regierung Wortbrüchigkeit vor; er sagte, sie habe den Minister über Bord geworfen, obgleich man ihm versprochen, das Projekt in der Kammer einzubringen. Die Regierung habe nicht den Muth, ihre internationalen Verpflichtungen zu erfüllen. Der Ministerpräsident antwortete, der Plan betreffend das Loskaufsystem habe Zwiespalt unter der katholischen Mehrheit verursacht. Die Regierung würde gekürzt und das Land der Anarchie verfallen sein. (Lebige Protestrufe links.) Die Regierung werde einen Gesetzentwurf einbringen, wenn die Zeit dazu günstig sei.

England.

London, 22. November. Zur Zuckerfrage. Wie amtlich mitgetheilt wird, haben die westindischen Kolonten dringendes Vorkstellungen bei der britischen Regierung betreffend die kritische Lage der Zuckerindustrie erhoben und die Nothwendigkeit von Abhilfemaßnahmen betont. Die Regierung erwägt den Rath, die Frage durch eine Kommission an Ort und Stelle untersuchen zu lassen. — „Daily Chronicle“ bemängelt die Maßregeln, welche die von der Regierung eingesetzte Kommission für die Zuckerkrise in Indien aufgearbeitet hat. „Morning Post“ meint, England möge eine Konferenz der europäischen Mächte einberufen, um England aus der Zuckerkrise herauszuhefen, was durch Abschaffung der Zuckerprämien geschehen könnte. —

Italien.

Rom, 21. November. (Sig. Ver.) Die Friedenspräliminarien mit Aeffynien, welche im zweiten Artikel von der Freilassung der italienischen Gefangenen handeln, sind dem geschickerten Versuche des Papstes, die Freilassung jener Gefangenen zu erlangen, auf dem Fuße gefolgt. Man wird

deshalb mit recht annehmen können, daß die Begründung der dem Papste ertheilten abschlägigen Antwort durch den Hinweis auf die fortdauernd feindselige Haltung Italiens nichts anderes war als ein Vorwand. In Wirklichkeit dürfte der Einfluß Rußlands auf die abessynische Geftlichkeit es zu Wege gebracht haben, daß man dem Papste dasjenige verweigerte, was man wenige Tage später dem italienischen Regierungsbevollmächtigten einräumte. Russischer und französischer Einfluß dürfte auch bei der Abfassung der Friedensbedingungen, die man Italien gewährte, maßgebend gewesen sein. Italien erhielt seinen Wunsch, die Gefangenen endlich frei zu sehen, erfüllt, und trotzdem eine der Feststellung der künftigen Grenze zwischen der italienischen Kolonie und Aeffynien noch nicht vorgenommen ist. Daß diese Grenze in dem Vertragsentwurfe auch nicht einmal in allgemeinen Ausdrücken bezeichnet worden ist, beweist, wie geringen Werth beide Theile mit recht auf die Territorialfrage legen. Dagegen ist von sehr wesentlicher Bedeutung die Bestimmung des Artikels 5 des Vertragsentwurfs, daß Italien keinen Theil seiner Besigungen am Rothen Meere an eine andere Macht als Aeffynien abtreten darf. Der Zweck dieser Bestimmung ist nur dann klar, wenn sie sich auf das von Italien dem Mahdi abgenommene Kassalah bezieht. Bekanntlich soll Italien über diese Stadt mit England ein Abkommen getroffen haben, welches die Abtretung Kassalah's an England in Aussicht nimmt. Diesem Abkommen würde also die Bestimmung der Friedenspräliminarien mit Aeffynien sich entgegenstellen und dies gerade zu einer Zeit, wo England sich im Kriege mit dem Mahdi und im Vorrücken am oberen Nil befindet. Es ist ohne weiteres klar, daß es französischer Einfluß ist, der diesen Artikel in den italienisch-abessynischen Friedensvertrag hineingebracht hat; und man vermutet, daß Frankreich sich Aeffyniens auch fernerhin bedienen werde, um dem englischen Vordringen im Sudan Einhalt zu thun. Von Italien erwartet man augenscheinlich, daß es, durch die Niederlage von Abua gewarnt, auf ein gemeinsames Vorgehen mit England verzichten werde. —

Türkei.

In Konstantinopel dauern die Verhaftungen von Türken fort. Unter den in Haft Genommenen sind viele Geistliche. —

Griechenland.

Das Gleichgewicht im Staatshaushalt kündigte der Finanzminister in der eben zusammengetretenen Deputirtenkammer an. Glauben wird dieses griechische Märchen nitrgends finden. —

Patras. Der sozialistische Arbeiterverein erließ eine Bekanntmachung, worin er erklärte, der Mörder Mazalis habe in keinerlei Beziehung zu dem Verein gestanden. Dieser sei schon seit Jahren infolge seiner überspannten Ideen von den übrigen Sozialisten gemieden worden. Vor einigen Wochen aber habe er dem Verein vorgeschlagen, ihn nach Athen zu entsenden, damit er dort entweder den König ermorde, oder in die lagende Abgeordnetenkammer eine Sprengbombe werfen könne. Der Verein sollte ihm hierzu das erforderliche Reisegeld, sowie die Mittel zur Beschaffung der Sprengstoffe geben. Diesen Antrag wies jedoch der Verein zurück, worauf Mazalis auf eigene Faust vorging und mit einem scharf geschliffenen Schustermesser den Mordanschlag gegen die beiden Bankiers in Patras ausführte. — Mazalis hat sich bekanntlich im Gefängniß mit einer Dynamitpatrone getödtet.

Affen.

Auf den Philippinen gehen die Dinge augenscheinlich denselben Gang wie auf Kuba. Nicht einmal in den Regierungspeschen zeigt sich eine Verschiedenheit. Aus Madrid liegt folgende Meldung vom 23. November vor: Die Verbindung mit den Philippinen, welche unterbrochen war, ist wieder hergestellt. In der Provinz Sambales ist eine Schaar Aufständischer erschienen. Die Aufständischen bemächtigten sich der Stadt Mayamo. Einzelnen sehten. Major Arteaga schlug mit 700 Mann eine Abtheilung Aufständischer, welche 20 Tode und zahlreiche Verwundete hatte. General Blanco ist nach Manila zurückgekehrt. —

Eine weitere Meldung vom 21. November besagt: Nach amtlichen Depeschen aus Manila sind die Aufständischen in mehreren Geseften, besonders bei Santa Cruz in der Provinz Laguna und in der Provinz Bataan geschlagen worden. Zahlreiche Aufständische sind in diesen Geseften gefallen. Die Truppen haben nach heftigem Widerlande die Stadt Pasaganjan mit dem Bayonett genommen. —

Amerika.

Der Kongreß der Vereinigten Staaten ist für den 15. Dezember zu einer außerordentlichen Session einberufen worden. —

Die Vereinigten Staaten und die kubanischen Aufständischen. Der „Frankf. Zeitung“ wird aus New-York gemeldet: Pitt, der Vorsitzende des Komitees auswärtiger Angelegenheiten im Repräsentantenhause, erklärte, der Kongreß werde sofort eine Resolution annehmen, Kuba als kriegsführende Macht anzuerkennen. Senator Lindsay, welcher früher Cleveland's Haltung unterstützt, befürwortete jetzt die Intervention. —

Kuba. Der Bürgerkrieg richtet das Land zu grunde. Zwanzig englische Meilen in der Runde von Havana sind sämmtliche Tabak- und Zuckerpflanzungen zerstört. Amerikanische Pflanzler haben in Washington Entschädigungsanprüche in der Höhe von 50 Millionen Dollar erhoben. Das ist natürlich übertrieben, dient aber dazu, die Regierung der Vereinigten Staaten mehr und mehr aus der Neutralität herauszubringen. —

Parlamentarisches.

Im Reichstoge soll nach Abschluß der zweiten Berathung der Justinovelle und nach Erledigung der Interpellation Auer, betreffend die Besteuerung der Konsumvereine im Königreich Sachsen, die erste Lesung des Etats erfolgen, damit die Budgetkommission ihre Arbeiten beginnen kann. Demnächst sollen die Novellen zu den Unfallversicherungs-Gesetzen und zu den Gesetzen über die Post-Dampfschiffverbindungen mit überseeischen Ländern zur Verhandlung kommen, alsdann die Justinovelle zur dritten Berathung gestellt werden. Die Weihnachtsseszen sollen vom 18. Dezember bis 8. Januar dauern. Nach Neujahr soll, abgesehen von den Schwerristagen, ununterbrochen die zweite Lesung des Etats gefördert werden.

Im Abgeordnetenhanse machte sich der Seniorenkonvent über die Besetzung der Kommissionen schlüssig. Die Verteilung bleibt wie in der vorigen Sesszen, doch wurde den Deutschfreisinnigen für die Agrar- und Wahlprüfungs-Kommission, wo sie nicht vertreten waren, ein Platz zugestanden. — Die eingegangenen Vorlagen sollen hinter einander zur ersten Lesung kommen. Alsdann sollen einige Tage für die Kommissionen frei bleiben, um sodann noch möglichst viel in zweiter und dritter Lesung zu erledigen und ans Herrenhanse zu bringen. Die Ferien sollen auch im Landtag am 18. Dezember beginnen und sich bis zum 8. Januar erstrecken.

Im preussischen Abgeordnetenhanse ist die offizielle Fraktionsliste ausgegeben worden. Die konservative Partei zählt 189, die Zentrum's. Partei 94, die nationale liberale Partei 82, die Polen 18, die freisinnige Volkspartei 13, die freisinnige Vereinigung 6 Mitglieder; bei keiner Partei sind 9. Erledigt sind 5 Mandate.

Partei-Nachrichten.

Unsere Hamburger Parteigenossen haben zum Schrecken aller braven „Ordnungsmänner“ sofort, nachdem das winzige Büchlein „Verfassungsreform“, zu dem Hamburgs Krämerseelen und Hausarbeiters sich auffchwangen konnten, Gesetzeskraft erlangt hatte, eine energische Agitation zur Erwerbung des Bürgerrechtes und der hampburger Staatsangehörigkeit aufgenommen. Die Leitung der hampburger Partei-Organisation hat ein Bureau eingerichtet, das in allen Angelegenheiten, die die Erwerbung dieser beiden Rechte betreffen, unentgeltliche Auskunft und Schreibhilfe gewährt. Ueber das gesammte hampburgische Staatsgebiet sind am Sonntag Morgen viele tausende von Flugblättern verbreitet worden und am Montag, Dienstag und Mittwoch wurden und werden 16 öffentliche Volksversammlungen abgehalten. Diese eifrige und systematische Agitation wird voraussichtlich gute Früchte tragen. Die Zahl der hampburger Bürger, die auf dem Boden der sozialdemokratischen Partei stehen oder doch wenigstens mit ihr sympathisiren, wird sich trotz aller Verbarrikadirungsversuche des hampburger Pfahlbürgerthums zweifelsohne nicht unerheblich vermehren. Das erwähnte Bureau der Partei wird bereits fleißig in Anspruch genommen. Nach einer Schätzung des hampburgischen statistischen Bureau's giebt es hier noch etwa 28 000 Personen, die die von dem neuen Gesetz geforderten Bedingungen zur Erwerbung des Bürgerrechtes erfüllen, respektive mit außerordentlich geringer Müheverwaltung erfüllen können, die bisher aber noch nicht Bürger geworden sind, weil ihnen der Kaufpreis für das Bürgerrecht — 30 M. — zu hoch war oder weil sie den Kauf eines politischen Rechtes verschmähten. Ein großer Prozentsatz davon gehört uns und wird gegebenen Falles, wenn jetzt dafür gesorgt wird, daß er seine Rechte geltend macht, dafür sorgen können, daß die Sozialdemokratie ins hampburgische Parlament einzieht. Freilich hat das aus anderen Gründen noch immer ein Weichen Zeit. Die hampburger Bürgerschaft setzt sich zusammen aus Notabeln, die von Mitgliedern der Verwaltungsbehörden, Gerichte u. s. w. gewählt werden, weitens einem Theil, der nur von Grundeigentümern gewählt wird, und einem dritten Theil, der aus allgemeinen Wahlen hervorgeht. Alle drei Jahre erfolgt eine halbschichtige Erneuerung der Bürgerschaft. Und erst im Jahre 1898 wird die nächste Erneuerung stattfinden. Dann erst wäre es also möglich, daß einige unserer Parteigenossen auf Grund der allgemeinen Wahlen in das vielleicht bis dahin fertige gestellte neue Rathhaus der alten Hansstadt einzögen und den Statthaltern, die jetzt jeden Mittwoch im Patriotischen Hause an der Trostbrücke tagen, etwas in die Karten sähen.

Von der Agitation. In Magdeburg sprach Reichstags-Abgeordneter Schoenlank aus Leipzig vor einer von Tausenden besuchten Volksversammlung über die Stellung unserer Partei zu den Unternehmer-Kartellen.

In einer ebenfalls sehr stark besuchten Versammlung des sozialdemokratischen Vereins in dem Dresdener Vorort Pieschen hielt Reichstags-Abgeordneter Schippel aus Berlin einen Vortrag über die Farmer-Bewegung in den Vereinigten Staaten.

Die Genossen im L. badischen Wahlkreise Konstanz haben die Einrichtung getroffen, daß sie alle vier Wochen mit den bekannteren ländlichen Genossen einmal da und ein andermal dort gemüthliche Zusammenkünfte vereinbaren, denen der Vertrauensmann beivohnt. Zweck dieser Zusammenkünfte ist die stete persönliche Fühlung mit den Genossen, die sich wegen ihres abgelegenen Wohnsitzes nicht an den Parteilösungen betheiligen können. Die bürgerliche Presse verfolgt mit Argusaugen diese neue Erscheinung.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Der Stettiner „Volksbote“ schreibt in eigener Sache: Die Staatsanwaltschaft hat gegen den Einfließungsbeschluss der hiesigen Polizeikammer am Landgericht in Sachen der Beleidigung des Direktors Bachaus Beschwerde erhoben und das Ober-Landesgericht hat, wie dies regelmäßig zu geschehen pflegt, das Hauptverfahren angeordnet. Wie das Frühlingswochen einer besseren Zeit wurde von der unabhängigen Presse der Beschluss gegen uns, weil er von prinzipieller Tragweite war, begrüßt, aber schon hat ein anderes Gericht an demselben Orte gleich einem rauhen Nachtroste den ersten Anlauf vernichtet. Die Verhandlung findet am 1. Dezember statt. Dagegen ist das Verfahren wegen vorzeitiger Veröffentlichung des Beschlusses eingestellt worden.

Eine Beleidigungsklage ist gegen den Genossen Brandt, den verantwortlichen Redakteur des „Volksblatts für Halle“, angestrengt. Das Vergehen soll in einem Artikel liegen, der die Spitzmarke trug: „Das besondere Ehrgefühl von Offizieren“ und unter Quellenangabe einem konservativen Blatte entnommen war.

Das Schöffengericht in Halle a. S. verurtheilte den Genossen Ehr. Fischer wegen unbefugten Haltens einer Grabrede zu 30 M. Geldstrafe. Der als Zeuge geladene Pfarrer Knuth sagte aus, er habe nicht gehört, was Fischer gesagt hat, lang sei die Rede auch nicht gewesen, aber sie habe auf ihn und den Friedhofs-Inspektor „einen peinlichen Eindruck“ gemacht. Wie das „Volksblatt für Halle“ mittheilt, bestand die ganze Rede in den Worten: „Ruhe ja nicht, Genosse!“ Ob das Landgericht, dessen Entscheid angereufen ist, in diesen paar Worten ebenfalls etwas Strafbares finden wird?

Das sächsische Ministerium hat sich bekanntlich durch den Inhalt eines gegen die Verschlechterung des Landtags-Wahlrechts gerichteten Flugblattes „An Sachsen's Volk“ beleidigt gefühlt und seinerzeit Strafantrag gegen dessen Urheber gestellt. Es wurden deshalb vom Leipziger Landgericht am 29. Juni Genosse Paul Schiemann als Verleger und Genosse Louis Bodenmann als Verbreiter zu je 4 Monaten Gefängnis verurtheilt. Genosse Karl Hermann Apitz, der auch als Verbreiter in Frage kam, hatte sich jetzt wegen des gleichen Flugblattes zu verantworten, weil er zur Zeit der gegen Schiemann und Bodenmann geführten Verhandlung eine Landwehrübung abzumachen hatte. Der Verteidiger glaubte, daß Verjährung eingetreten sei, da zwischen dem Erlass des Eröffnungsbeschlusses am 18. Mai und der Verhandlung mehr als sechs Monate lagen, und meinte, die gegen Apitz am 29. Juni geführte Verhandlung könne nicht gelten, da er damals zur Fahne einberufen war und für die Zeit der Uebung das Gericht nicht zuständig wäre. Das Gericht verurtheilte jedoch Apitz zu zwei Monaten Gefängnis.

Das sächsische „Volksblatt“ schreibt: Wie wir hören, soll sich Genosse August Diehl, der seine 11 Monate zur Zeit im Landesgefängnis abschaubt, gesundheitlich übel befinden, wogegen aber den Gesundheitszustand des Genossen Reichstags-Abgeordneter Georg Horn besseres berichtet wird. Beiden hat man das Forttragen des Vollbartes gestattet.

Gewerkchaftliches.

Der Ausstand der Berliner Lithographen und Stein-drucker, an dem gegen 3000 Personen theilgenommen, ist, wie wir bereits gemeldet haben, nach fünfwöchentlicher Dauer beendet; die Streikenden haben in einer Versammlung am Montag Abend zu den von ihren Vertretern mit den Fabrikanten getroffenen Vereinbarungen ihre Zustimmung gegeben.

Der Kampf hat auf beiden Seiten große Opfer gefordert, wobei schließlich das kapitalistische Unternehmertum den Sieg davon trug. Fraglich erscheint es uns aber, ob in den Kreisen der Fabrikanten überall eine freudige Stimmung über ihren Erfolg herrscht, denn mancher von ihnen dürfte die Schäden, die der Kampf ihm brachte, nicht so bald verschmerzen; und wenn nicht die großen Fabrikanten den bedrängten kleinen hilfreich zur Seite gestanden hätten, so wäre mancher entgegenkommender gegen die Ausständigen gewesen. Aber noch in anderer Hinsicht war die Position der Fabrikanten günstiger, als die der Arbeiter.

Der Streik brach zu einem Zeitpunkt aus, wo bereits die Mehrzahl dringender Aufträge erledigt war, der Abschluss der Saison bevorstand. Deshalb waren gerade die großen Firmen in der Lage, länger, als man erwarten konnte, den Betrieb mit nur mäßiger Beschäftigung fortzuführen, wenn auch hier und da bedeutende Ausfälle eingetreten sind. Die Streikenden haben sich die Geschäftsstille zu irrtümlich günstiger dargestellt, als sie war. Für die Arbeiter wird es mithin eine Lehre sein, künftig ihre Kämpfe so einzurichten, daß sie nicht von vornherein in eine ungünstige Position gedrängt werden. Denn daß es den Fabrikanten darauf ankam, eine Kraftprobe herbeizuführen, erhellt aus dem Umstand, daß seinerzeit auf die Geltendmachung der sehr bescheidenen Forderungen der Arbeiter von den Fabrikanten überhaupt keine Antwort eintraf, mithin jede gütliche Verständigung abgelehnt wurde. Ein Standpunkt, der während des Streiks fortwährend innegehalten worden ist. Durch Berichte, die von den Ringfabrikanten in die bürgerliche Presse lancirt wurden, suchten sich die Herren der Deffentlichkeit gegenüber natürlich noch als die unschuldigen Lämmer hinzustellen, die niemandem etwas zu leide thun.

Die Arbeiter sind in anerkennenswerther Ausdauer für ihre Sache eingetreten und schließlich hat ihnen die große Zahl der Streikbrecher die Ausschließigkeit eines weiteren Kampfes eingelegt. Gerade deswegen wird aber der Eifer der Einzeligen und derjenigen, die treu und fest“ zur Sache gestanden haben, nicht erlahmen dürfen, diese indifferenten Arbeiter über ihre Interessen aufzuklären, sie für die Organisation zu gewinnen. Die Scharte kann nur ausgeweitet werden, wenn alle unermüdlich mitarbeiten, die Organisation zu kräftigen und eine Schaar zuverlässiger, opferwilliger Berufsgenossen zu ergeben, die den Verlockungen der Fabrikanten unzugänglich sind und es verschmähnen, ihren Kollegen, die um bessere Arbeitsverhältnisse kämpfen, in den Rücken zu fallen. Bis dahin mag das Unternehmertum triumphiren, aber ungestört wird es sich des Errungenen nicht freuen können.

Achtung, Porzellan- und Galanteriemaler! Die Kollegen bei Herrn Preußler in Berlin, Wasserhorstrasse 78, haben die Arbeit niedergelegt, weil an einige von ihnen, entgegen der vor 3 Wochen getroffenen Vereinbarung, das Anstehen gestellt wurde, die Arbeit unter den alten Affordalöhnen herzustellen. Zutrag ist einzuhalten. Die Zahlstellenverwaltung.

Achtung, Kaufleute, Handlungsgehilfen, Handlungsgehilfinnen, sowie alle in kaufmännischen Betrieben Beruhten Angestellte! In den ersten Tagen des Dezembers spricht Reichstags-Abgeordneter August Bebel über das Thema: „Wie steht's mit der Sozialreform??“ Zeitpunkt und Ort der Versammlung wird in den nächsten Tagen bekannt gegeben. Kollegen und Kolleginnen, agitiert auf das eifrige für diese Versammlung. Der Vertrauensmann der Handlungsgehilfen: Hermann Lesser.

Der Vorstand des Berliner Vereins der Hilfsarbeiterinnen an Buchdruck-Schnelldruckern hat den Buchdruckerbesitzern einen Tarif zugesandt, der folgende Lohnforderungen enthält: für Tiegeldruckerinnen wöchentlich 12—15 M., Bogensängerinnen 8—9,50 M., Anlegerinnen 13,50—17 M., Punktirerinnen 16—19 M. Aushilfe unter 2 Wochen ist nach diesen Sätzen mit 1 M. Zuschlag pro Woche zu bezahlen. Dagegen hat der Vorstand des Bundes der Berliner Buchdruckerbesitzer den Mitgliedern dieses Vereins einen Tarif gestellt, worin die Löhne wie folgt normirt werden: Lehrmädchen 6 M., nach je 4 Wochen 1 M. Zulage bis 8 M., Bogensängerinnen 8 M., Anlegerinnen 12—13 M., Punktirerinnen 15—16 M., Hilfsarbeiterinnen pro Woche 50 Pf. mehr, für Extrastunden ein Lohnzuschlag von 5 Pf. Die nächste Versammlung des Bundes soll sich über diesen Tarif schlüssig machen.

Eine Schauerndeicht bringt das Wollfische Telegraphenbureau aus Lübeck. Die Nachricht lautet: Am Dienstag früh wurden die nichtausständigen Arbeiter des Thiel'schen Emailwerkzeuges von Ausständigen unterwegs überfallen. Es kam zu einer sehr heftigen Schlägerei, in deren Verlauf, wie mehrfach behauptet wird, auch Schiffe gefallen sein sollen. Mehrere Arbeiter sind schwer verletzt. Die Polizei nahm verschiedene Verhaftungen vor.

Es ist ja möglich, daß einige unorganisierbare Elemente von den Streikenden ein paar Pässe bekommen haben, aber wahr-scheinlich haben sie sich so provokatorisch benommen, daß die geschilberte Vergeltung begründet, wenn auch natürlich nicht weniger als ungut ist. Daß das Telegraphenbureau aber in Beziehung auf die angebliche Schieberei eine Nachricht verbreitet, von der es selber nicht weiß, ob sie zutrifft, das kennzeichnet zu recht die arbeiterefeindliche Tendenz des genannten Bureau's. Wenn es sich um eine Nachricht über Unternehmer handelt, informiert es sich genauer.

Die deutschen Binnenschiffer werden von den organisirten Gewerführern Hamburgs dringend ersucht, sich nicht nach Hamburg verlocken zu lassen. Die Arbeitsverhältnisse der Gewerführer und Leichterbesitzer sind ohnehin schlecht genug. Durch Zutrag nach Hamburg würden die auswärtigen Binnenschiffer, vorausgesetzt, daß sie überhaupt Arbeit bekommen, lediglich dazu beitragen, daß die Verhältnisse noch schlechter werden. Näheres ist zu erfahren vom Bevollmächtigten des Hafenarbeiter-Verbandes: J. Will, per Adresse O. Rogal, Hamburg, Reichstrasse 19.

Der Streik der Schauerleute Hamburgs hat noch an Umfang zugenommen. Laut Mittheilung der Streikkommission streikten am Dienstag 6000 Schauerleute, während 40 Schauerleute die Arbeit nicht niedergelegt haben. Etwa 200 bis 300 See-Feuerleute und andere Arbeiter sind zu Streikbrechern geworden. Von den Streikenden sind 1162 ledig, während der Rest 7025 Kinder zu ernähren hat. Organisiert sind circa 4000 Mann. Streikkarten haben gelöst 4300 Mann. 4500 Mann der Streikenden sind sogenannte Städtgut-Arbeiter. Die Korn-Affordarbeiter haben sämmtlich und die Kohlenarbeiter (schwarze Schauerleute) bis auf etwa 50 Mann bei der Importfirma W. Heilmann, die Arbeit niedergelegt. Letztere 50 haben aber am Dienstag alle gelündigt. Wären sie kontrakt-brüchig geworden, so hätten sie ihre Spareinlagen auf Spiel gesetzt. Die organisirten Seeleute und Gewerführer haben je eine Lohnkommission gewählt und werden, falls die Unternehmer nicht bewilligen, Mittwoch früh ebenfalls in den Streik eintreten. Um 10 Uhr morgens legten am Dienstag sämmtliche Quai-Arbeiter und Krahnführer (H) der Hamburg-Amerika-Linie die Arbeit nieder, nur 19 ältere Leute blieben in Arbeit. Die Stauerleute der Hamburg-Amerika-Linie haben bis auf drei schon am Montag die Arbeit niedergelegt und agitiiren jetzt eifrig im Hafen unter ihren Kollegen bei anderen Stauern. Die Streikenden verhalten sich musterhaft und sind voller Begeisterung. Am Altonaer Bahnhof wurden von Polizeibeamten 8 Streikende, die Zettel vertheilten, verhaftet und zur Wache geschleppt. Die Beamten zogen blank und verwundeten einen Verhafteten, ohne besondere Veranlassung.

Diese Mittheilung bestätigt unsere gestern geküßerte Vermuthung, daß die Nachricht des Berliner „Sokal-Anzeiger“, die Streikenden hätten am Altonaer Bahnhof „Gezesse“ begangen, eine kräftige Reporter-Pluntererei war.

Die Schauerleute Hamburgs beschloßen ebenfalls die Arbeit niederzuliegen.

Das Unternehmertum giebt sich die erbitterteste Mühe, auswärts Arbeitskräfte aufzutreiben. In Berlin soll ein Agent namens Lange zu diesem Zwecke thätig gewesen sein. Viel Glück scheint er nicht gehabt zu haben. Das „Hampburger Echo“ weiß nur von zwei Berliner Arbeitern zu berichten, die in Hamburg Streikbrecherdienste verrichten sollten, aber sofort

wieder kehrt machten, als sie über die Situation informiert worden waren. Die hampburger Stauer und Ueberer stellen die Lohnverhältnisse der Hafenarbeiter in den Zeitungen natürlich im glänzendsten Lichte dar. Möge kein deutscher Arbeiter und vor allem kein Berliner darauf hereinfallen, sondern möge jeder den hampburger Klassen-genossen die treue Solidarität bewahren, die der Arbeiter dem Arbeiter schuldig ist!

Die Vermeidung des Zutrags ist um so nötiger, als die ausständigen hampburger Hafenarbeiter noch mit den Nachmitteln zu rechnen haben, die dem Unternehmertum das Kartellwesen gewährt. In dieser Beziehung ist folgendes Wollfische Telegramm von Interesse: Die „Hamburg-Amerika-Linie“ hat auf Anfragen ihren Kunden empfohlen, ihre Güter über Bremen, Antwerpen und Rotterdam zur Verladung zu bringen. Die dortigen dem „Nordatlantischen Dampferlinien-Verbande“ angehörenden Gesellschaften übernehmen alle bezüglichen Verbindlichkeiten und Kontrolle der „Hamburg-Amerika-Linie“. In derselben Weise erfolge auch die Beförderung der Reisenden über die Nachbarhäfen. Die „Hamburgische Börsenhalle“ fügt hinzu: Durch den sogenannten Pool-Vertrag, den die „Hamburg-Amerika-Linie“ mit den übrigen großen Kompagnien unterhält, ist der Gesellschaft ihr voller vereinbarter Antheil am Gesamtverkehr gesichert, auch wenn sie in Zeiten, wie den gegenwärtigen, nicht in der Lage ist, ihren Verkehr ausrecht zu erhalten. Die Gesellschaft erleidet also einen pekuniären Schaden durch den Ausstand nicht.

So ganz ohne Schaden ist der Streik für die Gesellschaft nun doch nicht; immerhin wird sie den Streik eine geraume Zeit aushalten können. Bekanntlich haben aber auch die Hafenarbeiter eine internationale Organisation. Möglicherweise entwickelt sich aus dem Vorgeben der „Hamburg-Amerika-Linie“ eine sofortige Aktion der Arbeiter aller nordeuropäischen Hafenstädte.

Die Zigarrenarbeiter in Halle a. S. ersuchen wegen ausgebrochener Differenzen den Zutrag dorthin vorläufig zu unterlassen.

In Krefeld haben gegen 800 Färber der Firma C. E. Pulter wegen Lohn-differenzen die Arbeit eingestellt. Zutrag ist fernzuhaltend!

In der Weberei Schein u. Reiß in Kachen streikten 200 Weber.

In der Fahrrad-Fabrik von Bruno Ziergiebel in Leipzig-Kudnig sind Differenzen ausgebrochen, weshalb die Arbeiter um Vermeidung des Zutrags bitten.

Ueber den Gasarbeiterstreik in Bordeaux sind von diesem Orte aus die lägenhaftesten telegraphischen Nachrichten in Umlauf gesetzt worden, wobei wieder einmal das Sprichwort bestätigt wurde: Gelogen wie Telegraph. Gelogen war vor allem, daß der radikal-sozialistische Gemeinderath sich gegen die Streikenden erklärt habe. Das Gegentheil ist wahr. Der Gemeinderath hat ausdrücklich die Forderungen der Gasarbeiter im wesentlichen für begründet erklärt, und den Arbeitern seine Vermittlung angeboten. Es ist denn auch ein Vergleich zu stande gekommen, der den Arbeitern die Erfüllung der meisten ihrer Forderungen sichert. Zum Schluß sei bemerkt, daß nicht der Gemeinderath, sondern die Gasarbeiter-Gesellschaft mit Genehmigung des Präfecten Soldaten als Streikbrecher requirirt hat. Der Gemeinderath ordnete die Zurückziehung des Militärs an und bedrohte die Gesellschaft mit der Entziehung der Konzession, worauf diese nachgab.

Soziales.

Gegen den Maximal-Arbeitstag in Bäckereien, beziehentlich gegen die betreffende Bundesraths-Verordnung hatte die Berliner Bäcker-Zunftung Germania eine Umfrage veranstaltet. Das Resultat soll so ausgefallen sein, daß von 500 eingegangenen Fragebogen nur vier im Sinne des Maximal-Arbeitstages ausgefallen sind, und im ganzen wollen nur zehn Meister, darunter fünf bei Schichtwechsel, innerhalb der festgesetzten Zeit mit der Backwaare fertig geworden sein.

Wenn die Umfrage wirklich ein Resultat gereicht hat, daß den Vertriebsverhältnissen der Innungsbräuer entspricht, so würde dadurch nicht die Unmöglichkeit des Maximal-Arbeitstages, sondern lediglich die Unfähigkeit der Herrn Innungsmeister bewiesen, mit der Art und Weise ihrer Produktionseinrichtungen dem Bedarf an Backwaaren zu genügen. Aber Berlin würde sein Gebäud auch ohne die Innungsbäcker in ausreichender Menge bekommen. Nöthigenfalls brauchten nur ein paar Gemeindegäbete reien errichtet zu werden, und die „Frage“ der Lebens-mittel-Versorgung wäre gelöst, zugleich auch die, ob der Maximal-arbeitstag durchführbar ist oder nicht.

Italiensische Auswanderung. Aus Genoa wird berichtet, daß am Sonntag 150 Italiener nach Amerika gereist sind. Am Donnerstag würden 3000 nach Argentinien auszuwandern. Es giebt kein größeres Armutsergebnis für die herrschenden Klassen Italiens, als daß aus diesem verhältnismäßig dünnbesiedelten Lande fortgesetzt Tausende auswandern. Der Italiener gilt als bedürftiglos. Trotzdem gewährt ihm die Wirthschaftsverfassung seiner Heimath nicht einmal die bescheidene Existenz, die er beansprucht.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Hamburg, 24. November. (W. H.) Seitens der Ausständigen sind heute Mittag den Rhedern folgende Forderungen unterbreitet worden: Der Heuerlohn für Matrosen soll 70 Pf., für Reizer 85, für Teimer und Stewards 75 betragen; Ueberstunden sollen mit 50 Pf. bezahlt werden. Außerdem wird die Gründung eines eigenen Heuerbureaus gefordert. Von der englischen Sailer-Union ist ein Telegramm hierher gelangt, daß hampburger Schiffe in England nicht gelöst werden. Bisher sind 4270 Streikkarten ausgegeben worden, davon an Verheirathete 3108.

Hamburg, 24. November. (W. T. S.) Der „Hamburgische Korrespondent“ veröffentlicht folgende Mittheilung vom Vorstand des Vereins hampburger Rheder: Heute Nachmittags fand in der Handelskammer unter Leitung des Vorstehers des Vereins hampburger Rheder, Paris, eine zahlreich besuchte Versammlung von Rhedern, Schiffsmaklern, Stauern und Gewerführer-Baasen von Rhedern, Schiffsmaklern, Stauern und Gewerführer-Baasen statt, in der einstimmig beschlossen wurde, diejenigen Arbeiter, welche bis Donnerstag Morgen sich wieder zur Arbeit stellen, zu den alten Sätzen ohne die vor 8 Tagen als Kompromiß zugestandene Erhöhung, wieder anzustellen; diejenigen Leute dagegen, welche sich bis dahin nicht wieder gestellt haben sollten, nicht mehr zu beschäftigen.

Vom Präsidenten der Vereinigten Seeleute“ Wilson, in London, sei die telegraphische Meldung eingetroffen, daß die „Vereinigten Seeleute“ beschloßen hätten, von Hamburg kommende Schiffe nicht zu lösen.

Bremen, 24. November. (W. T. S.) Die Lohnkommission hat der Bremer Lagerhaus-Gesellschaft jetzt bestimmte Forderungen überreicht. Der Hauptpunkt dieser Forderungen ist zunächst eine Lohn-erhöhung. Die Direktion erklärte, auf die in dem Schriftstück gestellte Bedingung, sich bis heute Abend 6 Uhr zu entscheiden, nicht eingehen zu wollen, sondern behielt sich eine breitaugige Bedenkzeit vor.

Wien, 24. November. (W. H.) Ein heute Vormittag im hiesigen Thiergarten mit dem Reinigen des Käfigs eines Jaguar's beschäftigter Wärter wurde von dem Thiere angefallen und schwer verletzt.

London, 24. November. (W. H.) Bei einem Brande in der Corset-Fabrik sind drei Frauen in den Flammen umgekommen; eine andere Frau ist infolge eines Sprunges aus dem Fenster gestorben.

Reichstag.

131. Sitzung vom 24. November 1896. 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: Niederding.
Die zweite Beratung der Novelle zur Strafprozessordnung wird fortgesetzt.

Die Debatte über den von der Kommission neu eingefügten Absatz 8 des § 152 (subsidäre Erweiterung der Privatklagen) war gestern noch nicht zu Ende geführt worden. Nach der neuen Vorschrift soll die Staatsanwaltschaft berechtigt sein, die Erhebung der öffentlichen Anklage wegen mangelnden öffentlichen Interesses bei folgenden Vergehen abzulehnen: 1. Hausfriedensbruch (§ 123 des Strafgesetzbuchs), 2. Körperverletzung (§ 223a), 3. verbrochene Bedrohung (§ 241), 4. strafbarer Eigennuß (§ 289), 5. Sachbeschädigung (§ 303).

Abg. v. Buchka (L.) hat die Streichung des ganzen Absatzes beantragt.

Abg. Stadthagen (Soz.) ist mit der Rechts gegen die von der Kommission vorgeschlagene Aenderung, die ihm bloß aus dem Rücksichtnahme des Begriffs der Privatklage entsprungen erscheint. Wird sie Gesetz, so ergibt sich daraus eine noch viel größere Benachteiligung der Minderwohlhabenden, und außerdem wird das Legalitätsprinzip dadurch in ganz unberechtigter Weise durchbrochen. Läßt man einmal die Staatsanwaltschaft bestehen, so ist sie auch verpflichtet, wegen aller gerichtlichen strafbaren und verfolgungswürdigen Handlungen einzuschreiten. Zweckmäßigkeitsgründe dürften hier nicht entscheidend sein. Der Grund für die Ueberbürdung der Staatsanwaltschaft liegt doch nur darin, daß die Strafgesetze jede Lappalie mit Strafe bedrohen. Würde hier Remedur geschaffen, so würde auch von Staatsanwalt Ueberbürdung nicht mehr die Rede sein. Wenn Pilger und Beerenstamm mit Strafe bedroht ist und die Unterschlagung von 10 Pf. gegenüber dem Eisenbahnschloß, so werden Sie mir zugeben, daß es berechtigt wäre, in solchen Fällen keine Strafmöglichkeit zu stabilisieren. Aber an Stelle der Verpflichtung der Staatsanwaltschaft ihre Belieben, ihr freies Ermessen treten zu lassen, heißt die Willkür statt des Rechts etablieren. Schon das Recht der Ablehnung der öffentlichen Anklage, soweit es heute besteht, ist eine Gefahr für die arme Bevölkerung. Handelt es sich um die Ehre eines armen Arbeiters, so wird der Staatsanwalt kein öffentliches Interesse für vorliegend erachten, dagegen gegen jede Beamtenbeleidigung einschreiten. Was die Arbeiter von dieser Bestimmung zu erwarten haben, kann ich Ihnen schon auf Grund des bestehenden Zustandes an einem flagranten Beispiel nachweisen. Hier in Berlin fuhr ein Rechtsanwalt mit seiner Wirtschaftlerin Rad, mehrere Kinder spielten mit Steinen. Der Rechtsanwalt steigt ab und schlägt das eine Kind mit einem Weizenstiel so, daß dieses eben vom Krankenlager aufgestandene Kind nach dem gerichtlichen Erkenntnis wahrscheinlich dauernd erblindet. Die Staatsanwaltschaft wurde angerufen, gegen den Rechtsanwalt vorzugehen, lehnte aber die Verfolgung ab, da kein öffentliches Interesse vorliege, mit Unrecht, denn es handelt sich um das dauernde Siechtum eines Menschen, wo schon jetzt jahre- oder monatelange Gefängnisstrafe festgesetzt ist. Wie soll der arme Arbeiter, der Steinträger, der früher einmal im Betriebe verletzt ist und eine schmale Unfallrente bezieht, seine Rechte durch eine Privatklage wahrnehmen? Redner schildert, wie der Vater des mißhandelten Kindes vergeblich beim Amts- und Landgericht und Kammergericht Recht gesucht hat. Rus da nicht das Vertrauen des kleinen Mannes zu der Justiz geschwächt werden? Und ist es richtig, die Allmacht der Staatsanwaltschaft noch zu vergrößern? Kurzlich wacht sie darüber, daß um Gottes willen nicht dem Sohne eines Wohlhabenden etwas Schlimmes passieren könne. Ein Mann hat dafür zu sorgen, daß bei einem Karoussel alles in Ordnung ist, er wird von einigen Jungen geneckt, seinen Stock haben die kleinen Weigel weggenommen, er schneidet sich eine Ruthe ab und züchtigt die Jungen. Daraus wird er unter Anklage gestellt, weil er die Ruthe einer öffentlichen Anklage entnommen hat. Der Werth der Ruthe beträgt ja nicht einen Pfennig. Minima non curat praetor, sagte gestern der Regierungsvortragende Lukas. Wenn aber diese Ruthe in einer öffentlichen Anklage steht, dann ist es nicht minima, sondern wenn es sich um die Gesundheit eines armen Jungen handelt; handelt es sich um die Rechte eines Mittellosen, dann sind es für die Staatsanwaltschaft Bagatelien, handelt es sich um Reserveleutenants, so ist von minima nicht die Rede. Vom politisch-agitatorischen Standpunkt könnte ich ja dem Antrage der Kommission freudig zustimmen, vom sachlichen Standpunkte aus muß man jedoch dieses Mittel bekämpfen. Das Vergehen des strafbaren Eigennußes ist das einzige, abgesehen vom Sittlichkeitsverbrechen, wo neben Geldstrafe oder Gefängnis auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden kann, und es betrifft das sogenannte „Rüden“ und das nennt der Regierungskommissar eine Bagatelle!

Es wäre viel berechtigter, die Staatsanwaltschaft abzusuchen, und eine Art allgemeiner Klage, eine Popularklage einzuführen. Die Fälle der Körperverletzung, der Bedrohung mit einem Verbrechen, der Sachbeschädigung betreffen fast lediglich Bestloze. Diese Güter sind genau so hoch wie die Ehre; die Ehre, die nicht durch eigene Handlungen, sondern durch andere verletzt werden kann, ist nur eine Scheinehre, aber der Bestloze, der Arbeiter hat das Recht auf Anerkennung seiner Persönlichkeit, auf Anerkennung seiner persönlichen Ehre auch seitens anderer. Die Staatsanwaltschaft geht aber so gut wie nie zum Schutze der Ehre eines Mittellosen vor; allerdings kann ja die Staatsanwaltschaft davon ausgehen, daß die Ehre der mittellosen Leute höher steht als bei anderen.

Sie wissen, daß in Erfurt unsere sozialdemokratischen Redakteure den Verfolgungen des, wie ich annehme, in Unzurechnungsfähigkeit verstorbenen Staatsanwalts Lorenz ausgesetzt waren. Dieser Staatsanwalt hatte grobe Beleidigungen unter Mißbrauch seiner Stellung während der Sitzung ausgesprochen; er hat einem sozialdemokratischen Redakteur entgegengerufen, er sei ein gewerdmüßiger Verleumbler. Der Redakteur hätte verlangt den Schutz des Gerichts. Mit Recht mußte ihm der Vorsitzende sagen: Das Gesetz giebt dem Gericht kein Recht, Ausschreitungen des Staatsanwalts gegenüber irgend etwas zu thun. Der Staatsanwalt ist Herr des Strafverfahrens. Der betreffende wandte sich nunmehr mit einer Privatbeleidigungsklage an die Behörden. Der Oberstaatsanwalt erklärte sich für unzuständig und erhob den Kompetenzkonflikt. Vor dem Ober-Verwaltungsgericht gab der Staatsanwalt Auf-sagen ab, die direkt im Widerspruch mit allen Aussagen der vernommenen Richter standen. Es wurde gegen den Staatsanwalt weiter vorgegangen im Privatlagewege. Der Staatsanwalt wurde verurtheilt, er legte Revision ein, die Revision bleibt bestehen. Natürlich nur Geldstrafe, weil der Redakteur selbst sagte, seine eigentliche Ehre könne natürlich vom Staatsanwalt nicht irgendwie beleidigt oder verletzt werden. Gleich darauf klagte der Staatsanwalt denselben Redakteur wieder an, weil er die Staatsanwaltschaft in Erfurt beleidigt habe. Jahr aus, Jahr ein werden dem „Vorwärts“ gegenüber unberechtigterweise, wie nachher vom Gericht anerkannt wird, die Nummern vom 18. März konfisziert. Nach Monaten kommt endlich ein Beschluß, daß die Beschlagnahme ungerichtlich ist, die Nummern freizugeben seien. Die Buchhandlung be-

kommt nach Monaten erst die Ballen zurück, und weil dieser Vorgang wahrheitsgemäß aber etwas abfällig besprochen wird, fühlt sich der Staatsanwalt beleidigt und erhebt die Anklage. Die Staatsanwaltschaft erklärt, sie habe die Herausgabe der Sachen sofort verfügt, aber das Polizeipräsidium habe die Bummellei begangen. Deshalb wurde der Redakteur wegen des Vorwurfs, der Staatsanwalt habe es abfichtlich gethan, wegen Beleidigung bestraft, selbstverständlich mit Gefängnis, er ist ja Sozialdemokrat und der Beleidigte ist die Staatsanwaltschaft. Und da sollen wir noch das Ermessen der Staatsanwaltschaft erweitern? Es steht allerdings nicht direkt davor, daß der Staatsanwalt nicht für Mittellose einzuschreiten braucht, aber erfahrungsgemäß hält der Staatsanwalt ein öffentliches Interesse nur dann für verletzt, wenn es sich um die Wohlhabenden handelt. Ich bitte Sie dringend, dem Antrage Buchka entsprechend, allerdings aus ganz anderen Gründen als der Antragsteller, den Kommissionsantrag abzulehnen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Geh. Rath Lukas tritt den gestrigen Ausführungen des Abg. Gumburg entgegen. Es handle sich ja nur um geringfügige Fälle, in denen es kein Unglück sei, wenn dem Kläger der Beweis durch seinen eigenen Eid abgeschnitten werde. Was der Abg. Stadthagen vorgebracht, hänge mit der neuen Vorschrift nur lose zusammen. Die Staatsanwaltschaft entscheide nicht nach Willkür, sondern nach Recht und Gesetz (Lachen bei den Sozialdemokraten); gegen eine falsche Entscheidung stehe die Beschwerde offen. Gerade für die Armen habe der Weg der Privatklage keine Schwierigkeit; dem Armen werde ja das Armenrecht verfaßt. Wenn dem Beamtenthum und der Staatsanwaltschaft der Vorwurf gemacht werde, daß sie den jiviten lateinischen Satz anwende, wenn es sich um die Gesundheit eines armen Jungen handle, so fenne der Vortredner die Pflichttreue des deutschen Beamtenthums schlecht. Der verstorbene Staatsanwalt Lorenz hätte allerdings in seinen Meinungen gegen einen Angeklagten das Maß der Mäßigung überschritten, er war aber sonst ein pflichttreuer und gewissenhafter Mann; mit dieser Anerkennung lasse er das Andenken des Todten ruhen.

Abg. v. Salisch (L.) fürchtet von der Annahme der Kommissionsbeschlüsse eine schwere Beunruhigung der friedliebenden Bevölkerung. Der Mittelstand und der Arbeiter, der noch einige Grosche übrig habe, und der kleine Landwirth würde das Armenrecht nicht bekommen. Auch die Auswahl der Vergehen, welche unter die Bestimmung fallen sollen, scheint dem Redner nicht glücklich gewählt; so namentlich beanstandet er die Hineinziehung des § 241, die Bedrohung mit einem Verbrechen.

Abg. v. Büllingen (Rp.): Das bürgerliche Gesetzbuch mit seinen 2400 Paragraphen haben wir in 8 Sitzungen erledigt; an dieser Vorlage beraten wir in zweiter Lesung schon 10 Sitzungen und noch ist das Ende nicht abzusehen. Es wird hier wieder eine Aenderung von der Kommission vorgeschlagen, für welche jetzt sogar der Vertreter der Justizverwaltung eintritt, obwohl in dieser Frage die verbündeten Regierungen durchaus uneinig waren. Das „minima non curat praetor“ (um ganz kleine Dinge hat sich der Richter nicht zu kümmern) wird hier sehr unpassend zitiert, denn der Spruch bezieht sich auf dasjenige, was vom Jivtrecht dem praetor unterstellt war; auch war der praetor kein Staatsanwalt. Die Erweiterung der Privatklagen ist ein bedenkliches Verfahren. Die subsidäre Privatklage sei 1876 allgemein verworfen worden, es sei kein Grund vorhanden, jetzt eine andere Anschauung maßgebend zu machen. Wie solle der Verletzte zum Organ der Strafverfolgung gemacht werden? Daraus sei keine Auskunft zu geben.

Staatssekretär Niederding: Der Kommissionsvorschlag gehört gewiß nicht zu den Bestimmungen, welche für das Schicksal des ganzen Werkes von ausschlaggebender Bedeutung sind. In dessen liegt darin doch eine erhebliche Fortbildung unseres Strafrechts, deren Vorzüge hier in der Debatte unterschätzt werden. Als 1879 zum allgemeinen Legalitätsprinzip übergegangen wurde, es also nicht mehr in der Hand des Staatsanwalts lag, ob er einschreiten wollte oder nicht, erblickte man allgemein darin einen großen Fortschritt. Das Vertrauen zur Staatsanwaltschaft ist damals zweifellos gehoben worden; aber die Sache hatte auch ihre großen Schattenseiten. Eine kleine Erfahrung wird allerdings eintreten; es wird hinfort nicht mehr wegen jeder Lappalie das Gericht beklagt werden können. Auch der Vorwurf ist unbedeutend, daß die Fälle, welche unter diese Bestimmung begriffen sein sollen, willkürlich herangezogen seien, daß sich darin kein System erkennen lasse. Die sehr überwiegende Mehrzahl der verbündeten Regierungen hat den Vorschlag für zweckmäßig und angemessen erachtet. Es handelt sich ja auch gar nicht mehr um die unbedingte, sondern nur noch um die subsidäre Privatklage. Gegen diese Gestaltung der Vorschrift sind von keiner Regierung erhebliche Bedenken geltend gemacht worden.

Abg. Broekmann (Z.) geht auf die Verhandlungen der Kommission, welche zu dem vorliegenden Vorschlag geführt haben, näher ein.
Auf die Anträge des Abg. Pieschel (natl.) erklärt Geh. Rath Lukas, daß die Zurücknahme der Privatklage und die Zurücknahme der Strafklage zwei verschiedene Dinge schon jetzt seien und auch in Zukunft bleiben würden.

Stadthagen (Soz.) wendet sich noch einmal dagegen, daß an die Stelle des Strafgesetzes der Verwaltungsbeamten, der Staatsanwalt gesetzt würde, daß die Legalität durch die Opportunität ersetzt werden solle. Die Verleitung des Armenrechts schähe die kleinen Leute nicht, denn wenn die Klage abgewiesen wird, haben sie trotzdem die Kosten zu tragen und verlieren dadurch ihre letzte Habe. Das muß verhehrend wirken. Es handelt sich nicht um die Pflichttreue der Beamten. Worin bestand die Pflichttreue des Beamten in dem Falle Hülle-Lorenz? In der Beleidigung des Redakteurs oder in der eifrigen Verfolgung der Sozialdemokraten? Es handelt sich einzig und allein um die Verunehrung der Willkür der Staatsanwaltschaft.

Abg. Salisch (bl.) erklärt sich nochmals gegen den Kommissionsantrag.
Derselbe wird aber gegen die Stimmen der Konservativen und Sozialdemokraten sowie einiger Zentrumsmitglieder angenommen.

Die Debatte geht nunmehr zurück auf den § 27 des Gerichtsverfassungsgesetzes betr. die Erweiterung der Zuständigkeit der Schöffengerichte. Derselbe wird ohne Debatte nach dem Antrage der Kommission angenommen.

§ 176 der Vorlage bestimmte, daß die Voruntersuchung bei Strafsachen vor dem Landgerichte nur stattfindet, wenn der Staatsanwalt sie beantragt. Die Kommission hat aus dem bestehenden Gesetze die Bestimmung aufgenommen, daß die Voruntersuchung auch stattfinden soll, wenn der Angeklagte sie unter Geltendmachung erheblicher Gründe beantragt, und ferner hinzugefügt, daß die Voruntersuchung stattfinden muß, wenn es sich um ein Verbrechen handelt, soweit dasselbe nicht eine strafbare Handlung im Rückfalle darstellt.

Abg. Pieschel (natl.) empfiehlt die Annahme des Kommissionsvorschlags, während
Abg. v. Buchka (L.) die Streichung des letzten Absatzes beantragt.

Geh. Rath v. Lenz erklärt, daß die Annahme dieses Antrages den Wünschen der verbündeten Regierungen entsprechen würde.

Nachdem Abg. Broekmann (Z.) für den Beschluß der Kommission eingetreten, wird derselbe gegen die Stimmen der Konservativen angenommen.

Zum § 209, welcher der Staatsanwaltschaft das Recht zuspricht, gegen die Ablehnung der Eröffnung des Hauptverfahrens Beschwerde zu erheben, beantragt
Abg. Munkel (fr. Vg.), dem Verlehten, welcher den Antrag auf Strafverfolgung gestellt hat, das Beschwerderecht zu geben.

Geh. Rath v. Lenz hält eine solche Verschärfung des Verfolgungsrechts nicht für nöthig.
Der Antrag wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Freisinnigen abgelehnt.

§ 211 trifft Bestimmungen über das summarische Verfahren gegen die auf freier That ergriffenen bezw. verfolgten Personen.

Abg. Schmidt-Warburg (Z.) hat bei Annahme des Fünfmänner-Kollegiums nicht mehr so große Bedenken gegen das summarische Verfahren, beantragt aber, wenn der Angeklagte verhaftet ist und die Sache verurteilt wird, daß dem Angeklagten dann innerhalb zweier Tage eine schriftliche Anklage zugestellt wird.

Geh. Rath Lukas: Ein Nutzen der schriftlichen Anklage, die der Angeklagte schon gehört hat, ist nicht einzusehen. Unpraktisch ist die Frist von zwei Tagen, weil die Verurteilung vielleicht eine längere Zeit betragt. Wegen der Annahme des Antrages würde aber die Vorlage wohl nicht fallen.

Der Antrag wird angenommen und mit ihm § 211.
Im § 211c wird auf Antrag v. Strombeck hinzugefügt, daß der Amtsrichter ohne Zuziehung von Schöffen verhandeln kann, nicht bloß wenn der Angeklagte sich schuldig bekennt, sondern auch wenn er auf die Zuziehung von Schöffen verzichtet.

Nach dem neu eingefügten § 221a kann auf Grund neu hervorgetretener Umstände die Staatsanwaltschaft die Aufhebung des Eröffnungsbeschlusses und eine anderweitige Beschlußfassung beantragen.

Abg. v. Strombeck beantragt, die Worte „auf Grund neu hervorgetretener Umstände“ zu streichen.
Abg. Weich (fr. Vp.) will auch dem Angeklagten das gleiche Recht zugeschiehen.

Geh. Rath v. Lenz spricht sich gegen beide Anträge aus; die neue Vorschrift bezweckt, im Falle sich z. B. herausgestellt hat, daß der Angeklagte geistesgestört ist, oder daß ein anderer der Thäter war, das Verfahren ohne weiteres aufzuheben. Dem Angeklagten dasselbe Recht zu geben, sei nicht angängig, denn wenn er für seinen Antrag nicht die Zustimmung der Staatsanwaltschaft finde, werde das Gericht auf diesen Antrag doch nicht eingehen.
Abg. Weich (fr. Vg.) hält seinen Antrag aufrecht im Interesse der Angeklagten, für welche neue Umstände eingetreten sind, die der Staatsanwaltschaft nicht für der Berücksichtigung werth hält, während das Gericht vielleicht Werth darauf legt.

§ 221a wird nach dem Antrage von Strombeck angenommen.
Zu § 239 beantragt Abg. von Strombeck (Z.), auch den Schöffen und Geschworenen das Recht zu geben, den Angeklagten direkt zu befragen.

Geh. Rath v. Lenz erklärt sich gegen den Antrag.
Abg. Stadthagen (Soz.) beäurwortet den Antrag, weil dadurch der Ueberhebung, welcher sich die Staatsanwälte in Verhandlungen schuldig machen, Abbruch gethan werde.

Abg. v. Buchka (L.) hält es für das einzige Mittel, die Leitung des Verfahrens in der Hand zu behalten, daß nur der Vorsitzende den Angeklagten befragt. Redner spricht sich gegen den Antrag aus.
Abg. Schmidt-Warburg (Z.) will für den Antrag stimmen, obgleich er nicht ohne Gefahr für den Angeklagten sei.
Abg. Munkel (fr. Vp.) erklärt sich gegen den Antrag, weil derselbe an der Stellung des Staatsanwalts und Verteidigers nichts ändere, während er die Lage des Angeklagten absichtlich verschlimmere. Schöffen und Geschworene sollen in Zukunft fragen können. Der Angeklagte kann die Antwort verweigern, aber eine solche Verweigerung macht immer einen schlechten Eindruck.

Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und desentrums wird der Antrag abgelehnt.

Um 5 1/4 Uhr wird die weitere Debatte auf Mittwoch 1 Uhr vertagt.

Abgeordnetenhaus.

3. Sitzung vom 24. November 1896. 11 Uhr.

Am Ministerische Thieslen und Kommissarien, später auch Fürst Hohenlohe und Dr. Miquel.

Erste Lesung des Gesetzentwurfs, betreffend den Erwerb des Hessischen Ludwigsbahn-Unternehmens und die Bildung einer Eisenbahn-Betriebs- und Finanzgemeinschaft zwischen Preußen und Hessen.

Minister Thieslen betont die hohe wissenschaftliche und politische Bedeutung der Vorlage, die hoffentlich auch für die Zukunft von bahnbrechender Bedeutung sein werde. Durch die Verstaatlichung der Anschlußlinien wurde das selbständige Betreiben der Ludwigsbahn zu einem Anachronismus. Die Verhältnisse drängen zu einer Aenderung. Schon bei oberflächlicher Prüfung ergab sich, daß es unthunlich war, etwa einzelne Linien dieser Bahn den Anschlußlinien anzugliedern; damit hätten sich vielleicht die drückendsten Verkehrsüberstände beseitigen lassen, allein die hessische Regierung wäre dabei in eine für sie sehr ungünstige Position gedrängt worden. So kam man nach langer mühevoller Arbeit zu dem Entschlusse einer Betriebs- und Finanzgemeinschaft und es gebührt den Männern, die dieses Werk gefördert haben, Dank und Anerkennung. Freilich hat man Stimmen vernommen, als hätte mit diesem Vertrage Preußen das goldene Vließ aus Kolchis geholt; das ist eine unzutreffende Darstellung. Wir hoffen, daß beide Regierungen im vollen Vertrauen zu einander künftig die Verwaltung der Geschäfte führen werden. (Bravo.)

Abg. v. Pappenheim (L.) erklärt, daß seine Freunde der Vorlage sympathisch gegenüberstehen.

Abg. Dr. Haunshofer (natl.) erblickt einen verheißungsvollen Schritt preussisch-deutscher Eisenbahn-Politik in der Vorlage. Die Aussichten der hessischen Aktionäre hält er infolge des Vertrages für günstige; das finanzielle Ergebnis werde für beide Theile vorthellhaft sein. Würde auch für die notwendige Erhöhung der Beamtengehälter eine Mehrausgabe erforderlich, so werde diese reichlich aufgewogen durch die Mehreinnahmen infolge der Vereinfachung der Verwaltung. Als Freund von Reichs-Eisenbahnen sei ihm die Vorlage besonders sympathisch.

Abg. v. Tiedemann-Born (fr.) hat wegen einzelner Bestimmungen des Vertrages Bedenken und bittet diese bei der Kommissionsberatung besonders in Erwägung zu ziehen.

Abg. Kircher (Z.) meint, daß mit dem Vertrage beide Theile zufrieden sein können.

Abg. Graf Limburg-Stirum (L.): Was wir vor wenigen Jahren noch für unmöglich hielten, daß ein Mittelstaat mit Preußen in ein Eisenbahn-Vertragsverhältnis trete, das hat sich jetzt verwirklicht. Es ist dies die Folge der groß angelegten

Eisenbahn-Vollzug des Fürsten Bismarck, dem dankbar hierfür zu sein wir alle Ursache haben. (Lebhafter Beifall.)
Abg. vom Rath (natl.) und Cahenitz (Z.) sprechen für Kommissionsberatung, worauf die Vorlage der Budget-Kommission zur Vorberatung überwiesen wird; ebenso geht der dazu gehörige Nachtrags-Bat an diese Kommission.

Es folgt die erste Lesung der Konvertirungs-Vorlage.

Minister Dr. Miquel: Den schon früher erfolgten Anregungen zur Konvertirung glaubte die Regierung nicht früher folgen zu können, bis die wirtschaftlichen Verhältnisse, die hieraus einwirken, sich fest gestaltet haben würden. Das ist jetzt geschehen und die Finanzberatung hat sich überall thätig und schon vollzogen. Die finanziellen Verhältnisse lassen erkennen, daß wir es bei dem Verabsagen des Zinsfußes mit einer Erschwerung zu thun haben, die — von vorübergehenden Unterbrechungen abgesehen — einen festen und dauernden Charakter angenommen hat. Wir erkennen die äble Lage der Rentier und Anstalten nicht, aber sie sind nicht äbler daran, als andere, die ihr Vermögen in Hypotheken und anderen Werthen angelegt haben. Jede längere Verzögerung würde die Lage der Inhaber 4prozentiger Rente für die Zukunft nur noch ungünstiger gestalten. Indem wir die 3½prozentige Verzinsung auf 8 Jahre garantieren, gehen wir weiter als alle anderen Staaten. Zwar kann ich nicht wissen, ob der Zinsfuß noch weiter heruntergehen wird, aber nach dem schnellen Sinken desselben glaube ich es nicht. Eine Konvertirung auf 3 pCt. erschien uns gewagt wegen der Umwälzung, die sie auf dem Geldmarkte hervordringen muß. Angesichts der bevorstehenden Ausgaben — Erhöhung war die Konvertirung empfehlenswert; der knappe augenblickliche Geldstand ist kein Grund gegen die Konversion. Auch die Inhaber der vierprozentigen Rente werden einsehen, daß eine längere Verzögerung der Konvertirung auch ihnen später nachtheilig werden müsse.

Abg. Ehlers (fr. Vg.): Den Vorwurf der Rücksichtslosigkeit gegen die Staatsgläubiger braucht man nicht angesichts der Vorlage zu widerlegen; der entgegengesetzte Vorwurf wäre berechtigter. Es ist auch gar nicht wahrscheinlich, daß die Inhaber der 4prozentigen Papiere der Berücksichtigung besonders bedürftig sind. Man hat durch die Verzögerung der Konvertirung manchen Landmann gehindert, billigere Hypotheken zu bekommen. Für die achtjährige Garantie der 3½ pCt. liegt gar kein Grund vor; das Haus würde dieser Bestimmung der Vorlage widersprechen.

Abg. Freiherr v. Erffa (L.): Wenn auch nicht eine besondere Rücksicht gegen die Inhaber der 4prozentigen Rente in der Vorlage zu erblicken ist, so erwarten meine Freunde doch von derselben eine günstige Rückwirkung auf den ländlichen Hypothekar-Kredit. Die Landwirtschaftskammern mögen diese Seite der Angelegenheit noch in nähere Erwägung nehmen. Die Rücksichtnahme gegen die Renten-Inhaber mißbilligen wir nicht; wir hätten nur gewünscht, daß die gleiche Rücksicht auch auf die Landwirtschaft genommen worden wäre bei Abschluß der Handelsverträge. Landwirtschaft, die noch 8 pCt. Rente aus ihrem Gute herauswirtschaften, sind selten. Bis auf wenige Ausnahmen sind meine Freunde mit der Vorlage einverstanden.

Abg. Friese (Z.): Die Vorlage wird in viele Verhältnisse tief und bitter eingreifen, namentlich werden milde Stiftungen und kleine Rentner schwer betroffen. Da die Vorlage aber einmal da ist, müssen wir sie schnell erledigen. Die Zinsfuß-Garantie ist unbedenklich, denn acht Jahre sind im Leben der Staaten eine kurze Frist. Auch von sozialpolitischer Bedeutung wird diese Garantie sein. Meine Freunde wünschen, daß die Vorlage möglichst schnell erledigt wird und stehen derselben wohlwollend gegenüber.

Abg. Dr. Sattler (natl.) ist mit der Konversion einverstanden, wünscht aber auch, daß dieselbe möglichst schonend durchgeführt werde, namentlich billige die Konvertirung auf 3½ pCt. Die Rechtsfrage, ob diejenigen Inhaber 4prozentiger Rente, welche diese für Eisenbahn-Obligationen verstaatlichter Bahnen empfangen haben, einen Rechtsanspruch auf diesen höheren Zinsfuß haben, bedarf noch der Prüfung.

Minister Dr. Miquel: Nach Ansicht der Staatsregierung befinden sich von den 4 und 3½prozentigen Rente nur wenige im Auslande. Preußen hat seine 7 Milliarden für Eisenbahn-Verstaatlichung selbst bezahlet. Nur von den 3prozentigen Rente sind größere Beträge im Auslande. Von den vom Abgeordneten Ehlers vertretenen Standpunkt theile ich nicht; der Staat soll stets der nobelste Schuldner sein; das ist von Wichtigkeit, wenn er in einem Nothfalle Kredit in Anspruch nehmen muß. Ich theile auch nicht die Meinung, daß dieser Konvertirung alsbald die weitere Zinsherabsetzung auf drei Prozent folgen werde. Es wäre bedauerlich, wenn sich die Kapitalanlage exotischen Werthen zuwenden wollte, wozu diese Konvertirung gewiss keinen Grund bietet. Die Regierung wünscht eine Beschleunigung der Vorlage, so daß diese noch vor Weihnachten publiziert werden kann.

Abg. v. Willisen (L.) begründet die ablehnende Haltung eines Theiles seiner politischen Freunde, welche der Meinung sind, daß namentlich eine erhebliche Anzahl kleiner Beamten durch die Vorlage schwer getroffen wird, weil diese Leute ihre Rationen in 4prozentigen Papieren hinterlegt haben; für diese wünscht er Kompensationen.

Abg. Stiengel (L.) wird mit seinen Freunden zu stimmen, ist auch zur Beschleunigung bereit.

Abg. Rickert (fr. Vg.) will der Vorlage zustimmen und hofft, daß sich der Finanzminister auch über ihn freuen werde (Heiterkeit.), was ja schon lange nicht mehr der Fall gewesen; das habe aber an den Verhältnissen, nicht an des Redners guten Willen gelegen.

Abg. Schmidt-Warburg (Z.) schildert die harten Folgen, welche die Vorlage für kleine Leute haben wird, die solche 4prozentige Rente besitzen. Die Kommission möge sich dieser wirtschaftlich Schwachen annehmen.

Die Debatte wird geschlossen. Die Vorlage geht an die Budgetkommission.

Morgen (Mittwoch) 11 Uhr: Staatsschulden-Zinsungsvorlage. Schluß 2½ Uhr.

Kommunales.

Der Ausschuss, welcher zur Vorberatung der vom Magistrat beabsichtigten Reorganisation der offenen Armenpflege von der Stadtverordneten-Versammlung eingesetzt ist, hielt am Dienstag unter dem Vorsitz des Stadts. Vorsitz 1 seine erste Sitzung ab. Als Magistratsvertreter waren die Stadträte Tourbie und Vertram anwesend. Es handelt sich nach der Magistratsvorlage um die versuchsweise Zusammenfassung der innerhalb eines Standesamts, Bezirks beziehungsweise Armenkommissionen zu einem Armenamt, an dessen Spitze ein beförderter Beamter stehen soll. Durch die neue, zwischen der Armenverwaltung und den Armenkommissionen liegende Instanz soll eine bessere und ausgiebigere Kontrolle der Armenkommissionen geschaffen werden, und gleichzeitig die Entscheidung über einzelne Fragen, z. B. Entziehung der Unterstützung, oder Anrechnung von Alters- und Invaliditätsrenten auf die Armenunterstützung den einzelnen Kommissionen entzogen und auf die Gesamtheit der allmonatlich zu einer Konferenz zu vereinigenden Kommissionen, bei welcher der Vorsitz der neu zu bildenden Armenämter den Vorsitz führt, übertragen werden. Der Magistrat schlägt vor,

zunächst zwei solcher Armenämter im Norden und Nordwesten der Stadt zu bilden und zu Vertretern derselben Magistrats-assessoren zu berufen. Die beiden Ämter sollen bis zum 1. Oktober 1897 eingerichtet werden und wenn der Versuch sich bewährt, soll die Einrichtung innerhalb fünf Jahren auf die ganze Stadt ausgedehnt werden. Der Ausschuss beschloß, zunächst in eine Generaldiskussion der Vorlage einzutreten. In dieser etwa drei Stunden dauernden Besprechung wurde es von dem Stadtverordneten Dr. Friedemann als eine Aufgabe der Reform des Armenwesens bezeichnet, durch zweckmäßige Gestaltung des Pflegekörpers (Armenkommissionen) eine Entlastung des Armenamts gleichzeitig aber auch eine Erhöhung der Armenpflege herbeizuführen. Redner empfahl Verbindung der Armenpflege mit der Privatwohlfährigkeit, Vermeidung der Armenkommissionen mit den Arbeitsnachweisen und namentlich die Heranziehung von Frauen zur Armenpflege. Durch eine dem Elberfelder System angepaßte Organisation — für jeden Pfleger eine geringe Zahl von Unterstügten zur Ueberwachung — meinte der Redner, werde es möglich sein, den Armen erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken und wo nöthig, durch Ausdehnung nicht notwendiger Unterstügungen die dadurch verfügbar werden Mittel zur Erhöhung der Unterstügungen zu verwenden. Ohne die Magistratsvorlage zu bekämpfen, will der Redner eine weitergehende Reform und meinet sich auch gegen das langsame Tempo, in dem die Vorlage die Angelegenheit zu behandeln vorschlägt. Die von der sozialpolitischen Gesehung erhoffte Verringerung der Armenlast sei für Berlin nicht eingetroffen. Diefür sowie für seine Ausführungen, betreffend die Einführung des sogenannten Elberfelder Systems, bringt Redner statistisches Material aus einer Anzahl kleiner und mittlerer Städte bei. Stadts. Singer wünscht die beabsichtigte Reform der Armenpflege nicht dadurch als calendas gracias zu vertragen, daß er auf das Gebiet der theoretischen Erörterung darüber, welches das beste System sei, übergeht. Nach seiner Ansicht würde es mindestens noch zehn Jahre beim alten bleiben, wenn die städtischen Körperschaften darüber in Verhandlung träten, ob die Anschauungen des Vorredners zur Grundlage der nach den heutigen Verhältnissen dringend notwendigen Reform gemacht werden sollen. Es sei erforderlich, die öffentlichen Verhältnisse der heutigen Organisation zu beseitigen und hierzu gehöre vor allem eine andreiernde Kontrolle der Armenkommissionen durch die Zentral- oder durch die neu zu schaffende Zwischenstelle. Es sei den Kommissionen zum Bewußtsein zu bringen, daß ihnen die Armen nicht auf Gnade und Ungnade ausgeliefert sind. Die Kommissionen haben sich nicht als die Wächter der Armen zu betrachten und namentlich müsse darauf gedrungen werden, daß niemals persönliche Interessen der Mitglieder in Frage kommen könnten. Anszählung z. B. von Armenunterstützung in Geschäften (Material-, Back- und Fleischwaren, Viktualien, Branntwein u. s. w.) sowie durch Hauswirthe, bei denen die Unterstügten Miethschulden hatten, dürften nicht gebudet werden. Diefür giebt die Schaffung von größeren Verbänden einen sehr praktischen Weg. Was die sozialpolitische Gesehung anlangt, so sei es durchaus nicht ihr Zweck gewesen, die Armenlasten zu erleichtern, sondern dieselbe sollte den Invaliden der Arbeit zu gute kommen. Die Verbindung mit den Arbeitsnachweisen werde zu keinem irgendwie erheblichen Refultat führen können, denn die meisten der Armengeldempfänger seien alt oder erwerbsunfähig. Die Mittheilungen des Vorredners aus anderen Städten können keine wesentliche Beachtung beanspruchen. Die genannten Städte seien nicht zum Vergleich geeignet. In der Großstadt herrschen andere Verhältnisse; wolle man auf andere Städte exemplifizieren, so müsse man Paris, London, Newyork u. s. w. in betracht ziehen und Vergleich anstellen. Die Hauptsvierigkeiten für die Bildung der Kommissionen zeigen sich an der Peripherie Berlins. Mit diesem Uebelstand haben kleine und mittlere Städte überhaupt nicht zu kumpfen. Die Heranziehung von Frauen zur Armenpflege hält Singer für sehr notwendig. Viefach sei die Frau viel geeigneter zur Armenpflege als der Mann. Die Begeisterung des Vorredners für die bürgerlichen Frauenvereine könne er zwar nicht theilen, gar manches Mal werde von diesen Damen die Sache als Sport betrieben. Man habe alle Ursache, die Frauenthätigkeit auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens heranzuziehen und den Frauen die Gelegenheit zur Arbeit im allgemeinen Interesse nicht zu verschließen. Redner behält sich diesbezügliche Anträge für die Spezialdiskussion vor und vertritt die Ansicht, daß ein Gemeindebeschluss herbeizuführen sei, der nicht nur in den versuchsweise einzurichtenden Armenämtern, sondern in allen Armenkommissionen den Frauen die Mitarbeit in der Armenpflege als gleichberechtigte Mitglieder ermöglicht, wie dies jetzt schon bei den Waisenhäusern der Fall sei. Die Magistrats-Assessoren hält der Redner nicht geeignet für das Amt der Armenraths-Vorsitzer; ihm wären aus der Wahl der Bürgerschaft hervorgegangene Personen lieber. Da dieser Posten die volle Arbeitskraft in Anspruch nehmen werde, so muß natürlich ein besonderes Amt geschaffen werden. Man könnte analog des Instituts der beforderten Stadträte Stellen für Armenämter-Vorsitzer schaffen. Redner sieht seine Ausführungen dahin zusammen, daß die Vorlage eine Grundvorlage für die Spezialberatung biete und wünscht, daß gegenüber vielsachen Vorcommissionen, die er schon früher mitgetheilt hat, als einziges maßgebendes Prinzip für eine Unterstügung aus öffentlichen Mitteln die Bedürftigkeit zu gelten habe, und daß die kontrolirten Miethstände durch unaufgesehte Kontrolle durch die Kontrollinstanzen beseitigt werden. Nachdem die Stadtverordneten Vergemann und Sachs I ihre Abneigung, Frauen in der Armenpflege zu beschäftigen, zum Ausdruck gebracht und verschiedene Redner die Magistratsvorlage verteidigt hatten, wurde die Generaldiskussion beendet und der Beschluß gefaßt, am nächsten Sonnabend in die Spezialberatung der Vorlage einzutreten.

lokales.

Die Verwilderung der großstädtischen Jugend — der Jugend des Proletariats natürlich, nicht etwa der Bourgeois-jugend — ist in den letzten Wochen, aus Anlaß der Einordnung des Justizraths Leon, in der bürgerlichen Presse und in Versammlungen in den dunkelsten Farben geschildert worden. In rosigem Lichte erschienen dagegen in manchen Zeitungsaufstellungen und Reden die Einrichtungen zur Erziehung oder Beaufsichtigung der schulpflichtigen oder schulpflichtigen Jugend, die von Vereinen der verschiedensten Art unterhalten werden. Man wollte sich die willkommene Gelegenheit, für diese Unternehmungen Klame zu machen, was bei dem anbauenden Mitglieder- und Geldmangel allerdings sehr nöthig ist, nicht entgehen lassen. Etwas spät, nachdem das Interesse für die Sache bei unserer schnell vergehenden Bourgeoisje schon wieder erheblich abgenommen hat, erscheint jetzt auch der Verein „Kinderhort“ auf dem Plan, um — ebenfalls unter Hinweis auf jene Noth und mit der üblichen Wille um Mitglieder und Geld — seine Anstalten als Mittel gegen die Verwilderung der Jugend zu empfehlen. Werkwürdig könnte bei der ganzen Gesehichte das eine erscheinen, daß die Erziehung durch Vereine und Anstalten als Ersatz für die Erziehung durch die Familie gerade von denjenigen Leuten angepriesen wird, die sonst das Familienleben die Grundlage der ganzen Erziehung und aller Sittlichkeit nennen. Der Widerspruch erklärt sich daraus, daß alle diese Kinderbewahranstalten, Kinderhort, Jugend- und Mädchen-, Lehrpläne, und Gesellenheime u. s. w. ja nur für das Proletariat bestimmt sind. Wolte nämlich die Bourgeoisje, dem von ihr aufgestellten Prinzip getreu, den Versuch machen, dem Proletariat ein geordnetes Familienleben — das heute für viele Proletarier unmöglich ist — zurückzugeben, so müßte sie sich zu einer so radikalen „Sozialreform“ entschließen, daß ihr sehr bald die Puste dabei ausgehen würde. Darum verlassen diese bürgerlichen „Volkserzieher“ lieber nach dem Grundsatz: und die

Familie, dem Proletariat die Anstalt, — und schimpfen daneben weidlich auf die „familiengröckende“ Sozialdemokratie.

Die Kosten der Straßenreinigung Berlins, einschließlich Sprengung, erforderten 1895/96 einen Zuschuß von 2 191 227 M. (in den 4 Vorjahren rückwärts: 3 043 231, 1 748 045, 2 404 771, 1 808 987 M.). In Paris, wo die zu reinigende Straßenfläche doppelt so groß ist wie in Berlin, erfordert die Straßenreinigung jährlich 5/6 Millionen Mark. In Wien, dessen Strafengebiet dem Berliner an Größe gleichkommt, betragen 1893 die Straßenreinigungskosten 3/4 Millionen Mark, wovon jedoch noch etwa 160 000 M. für Müllabfuhr aus den Häusern abzuziehen sind. In New-York kostet die Straßenreinigung jährlich 12 Millionen Mark, obwohl das Stadtgebiet etwa demjenigen Berlins entspricht; doch wird in New-York die Müllabfuhr von der Stadt mitbefordert.

Bei Gelegenheit eines Vortrages, den Frau Sanitätsrath Schöwerin am Montag über die öffentliche Armenpflege hielt, sprach sich der in der Versammlung anwesende Stadtverordnete-Vorsitzer Dr. Langerhans dahin aus, daß die Ansicht der Referentin, wonach Berlin in diesem Punkte weit hinter anderen Städten zurücksteht, durchaus zutrefte. Die Noth in Berlin sei erschreckend groß und das heutige System der Armenpflege ungenügend. Bei den Reformen, die so schnell wie irgend möglich vorgenommen werden müßten, sei es unbedingt erforderlich, daß die Frauen zur Mithilfe herangezogen werden. Ähnlich sprachen sich auch Stadtverordnete Mendel und Bezirksvorsteher Kändler aus. Das Komitee, welches die Versammlung leitete, wurde schließlich von derselben beauftragt, bei den Behörden entsprechende Schritte zu thun, um für die Zukunft die Mitwirkung der Frauen bei der öffentlichen Armenpflege zu sichern. Die Zahl der Stadtverordneten, welche die Berliner Armenpflege für unzureichend hält, ist leider durchaus nicht so groß, wie man nach den trefflichen Ausführungen des Herrn Dr. Langerhans denken sollte. Auch in der vorletzten Sitzung der Stadtverordneten glaubte Herr Vergemann die „mühsamste“ Berliner Armenverwaltung gegen die Angriffe unseres Genossen Singer emphatisch in Schutz nehmen zu müssen.

Der von manchen Zimmerföhen ansgehende üble Geruch wird in dem hiesigen Hausbesitzerblatt „Grundbesitzer“ zum theil auf das Brennen schlechter, schwefelhaltiger Preßkohlen, zum theil auf die Einführung luftdichter Ofenhäfen und auf die Gewohnheit, die Ofen zu früh zu schließen und dadurch die Kohle am Ausbrennen zu verhindern, zurückgeführt. Dadurch werde die Bildung von Holzgasen und Kresof (Wangruß) in Ofen und Rauchrohren bewirkt; diese Stoffe dringen aber durch stark poröse Steine mit der Zeit hindurch, durchsagen Schornsteinwände und Ofen und verbreiten in den Wohnräumen zeitweilig einen kloakenartigen Geruch. Der Uebelstand, der in Berlin in einigen Jahrzehnten allgemein zu werden drohe, sei schon jetzt in einigen Fällen so unerträglich geworden, daß man die Ofen abreißt und die Schornsteine von oben bis unten austemmen und in Zement und Kalkstein neu aufmauern mußte. Der „Grundbesitzer-Verein Südwest und Süd“ hat sich bereits früher (1889) mit dieser Frage beschäftigt und das Reichs-Gesundheitsamt, ohne Erfolg, um Prüfung der Geruchentwidelung der verschiedenen Sorten Preßkohlen ersucht. Das „Grundbesitzer“ empfiehlt unter anderem, die Miether vor zu frühem Schließen der Ofen zu warnen und zur Verwendung guter Kohle anzuhalten, eventuell sogar eine auf den zweiten Punkt bezügliche Bestimmung in den Miethverträgen aufzunehmen. Für diesen Ausweg dürften die meisten Hauswirthe sich eher erwärmen als für die anderen, kostspieligen Vorschläge, z. B. Anbringung von Rauchfangsaugern, Ausheizung und Ausrothnung der Schornsteine, schlußendlich Erneuerung der Ofen und Schornsteine, der letzteren aus bestem, eventuell glasirtem Material.

Im Treptower Park ist bei oberflächlicher Betrachtung noch kaum viel vom Fortschreiten der Abrucharbeiten zu bemerken. Dennoch wird mit großer Mäßigkeit namentlich an der Niederlegung des Industriegebäudes gearbeitet. Die Bedachungen, Seiten- und Zwischenwände der Hauptthalle sind vollständig abgetragen, sodas mit dem Abriß der Eisenkonstruktionen in kürzerer Zeit begonnen werden kann. Ebenso ist jetzt die Niederlegung des Wohlfahrtsgebäudes in Angriff genommen und wird in höchstens vierzehn Tagen beendet sein. Die Brücke nach dem Ausstellungsbahnhof sowie die Uebergänge über die Park-Allee sowohl innerhalb der Kolonial-Ausstellung als auch nach dem Vergnügungspark sind in der verfloffenen Woche abgetragen worden. An Ausstellungsgeländen befindet sich im Parte die „Schwertdämmerin“, die den dritten Hauptgewinn der Ausstellungslosterie bildete und von dem Gewinner bisher immer noch nicht reklamirt worden ist. Die Zahl der auf dem Ausstellungsgelände beschäftigten Arbeiter ist in letzter Zeit auf 800 zurückgegangen. Seitens der Aufsichtsbehörde in Treptow finden zur Zeit genaue Erhebungen darüber statt, welche Gebäude bereits abgerissen bezw. sich im Abriß befinden. Es möge auf dem Gelände noch etwa 120 Pavillons vorhanden sein, an denen Hake und Stimmleisen noch nicht gearbeitet haben. Zu diesen gehören die Kuppelhalle, das Hauptrestaurant mit dem Wasserturm, sowie das Theatergebäude von „Alt-Berlin“. Dauernd erhalten bleiben im Treptower Park bekanntlich das Riesen-Berühre und das Gebäude des Vereins für Feuerbestattung.

Auf dem Gelände der Gewerbe-Ausstellung in Treptow wird in nächster Zeit ein Kommando der Eisenbahnbrigade Sprengungen von festem Mauerwerk und Schornsteinen vornehmen. Die Sprengungen werden polizeilich vorher bekannt gemacht, da die angrenzenden Straßen gesperrt werden sollen.

Übermalls hat die Regierung nach dem oft von uns gekennzeichneten Brauch einen Staatsanwalt zum Richter gemacht. Der Staatsanwalt Otto Haken in Elbing ist zum Landrichter bei dem Landgericht I in Berlin ernannt worden. Er ist seit 1884 Gerichtsassessor und seit 1889 Staatsanwalt.

Am Sonnabend, 5. Dezember, wird im Deutschen Theater Gerhart Hauptmann's neue Bühnendichtung „Die versunkene Glocke“ in Szene gehen. Für den gleichen Tag ist im Schauspielhause die Aufführung der beiden Oskar Blumenthal'schen Stücke „Abu Seid“ und „Das zweite Gesicht“ in Aussicht genommen.

Die Berliner Unfallstationen lassen jetzt, wie uns berichtet wird, eine größere Anzahl Kranken-Transportwagen mit neuen und zweckmäßigen Einrichtungen bauen. Die Kräfte der über die Stadt gleichmäßig vertheilten Unfallstationen werden dann solche Wagen mit Bepannung in besonderen Depots Tag und Nacht zur Verfügung haben. Es wäre zu wünschen, daß hiermit auch Einrichtungen getroffen würden, welche den Kranentransport, der sich jetzt noch recht kostspielig stellt, deccart verbilligten, daß er wirklich der Bevölkerung zum Nutzen gereicht.

Nachdem unter den Schweinen auf dem hiesigen Viehhofe Klauenentzündungen in erheblichem Umfange festgestellt worden ist, wird amtlicher Mittheilung zufolge vom Mittwoch, 25. d. M., ab bis auf weiteres die Ausfuhr von Schweinen vom hiesigen Viehhofe nur nach solchen Orten gestattet, die öffentliche Schlachthäuser besitzen und deren Polizeibehörden sich mit der Zuführung der Thiere ein für allemal oder auf vorherige Anfrage ausdrücklich einverstanden erklärt haben.

Eine Stadtverordneten-Sitzung findet in dieser Woche nicht statt, da nicht genügender Stoff vorhanden ist.

An einen jener stehenden Wursthändler, die die mysteriösen Produkte einer manchmal noch mysteriöseren Fleischherkunft um die mittelmäßige Stunde in der Friedrichstraße feilhalten, und dessen Kundschaft sich jumeist aus Nachschwärmern zusammensetzt, trat ein Student, um sich für 2 Nickel ein Paar jener appetitlichen „Warm sind sie noch“ zu erwischen. Anstatt

sch aber an dieser Deklaratsion zu erlauben, bot der menschenfreundliche Bruder Studo, wie ein hiesiges Blatt meldet, dem Verkäufer die Wäsche unter der Bedingung zum Geschenk, daß er sie in seiner Gegenwart verseehe. Dieser dankte ebenso höflich wie bestimmt dem zuvorkommenden Käufer seiner Wäsche selbst dann noch, als dieser ihm noch 20 Pf. extra bot. — Der Vorgang hatte eine größere Menschenansammlung zur Folge, und dem so schwer auf die Probe gestellten Wurfhändler blieb nichts weiter übrig, als das Schlachtfeld schleunigst zu räumen.

Die von der Eisenbahn-Verwaltung den Beschwerden des Publikums über ungenügende Verkehrsmittel und Ueberfüllung der Vorort-Züge gegenüber die Frequenzziffern festgestellt werden, das ist jetzt in einem besonderen Falle von dem Vorsitzenden des „Vorort-Vereins“, Amtsgerichts-Sekretär Freise ermittelt worden. Seit langer Zeit schon haben die Vororte an der Görlicher Bahn die Eisenbahn-Direktion dringend ersucht, die Zahl der Vorort-Züge erheblich zu vermehren, namentlich aber an den Sonn- und Feiertagen, an denen im Sommer bei schönem Wetter kaum mehr mitzukommen ist. Infolge solcher ercenten Klagen wurden am zweiten Pfingstfeiertage von der Eisenbahn-Verwaltung die mit den Vorortzügen der Görlicher Bahn von Berlin hinaufreisenden Passagiere beim Einsteigen in den Zug gehindert. Obgleich nun aber die weitaus meisten dieser Vorortzüge von Charlottenburg aus über die ganze Stadtbahn gehen, auf sämtlichen Stationen sind durchreisende Passagiere bejehet werden und dies besonders an schönen Festtagen in solchem Maße geschieht, daß bereits auf dem Schlesischen Bahnhof die ganzen Züge dicht besetzt, ja zum Teil überfüllt sind, hat dennoch die Eisenbahn-Verwaltung am 2. Pfingstfeiertage die erwähnte Zählung der einsteigenden Fahrgäste erst vom — Schlesischen Bahnhof aus vorgenommen und die sämtlichen übrigen Stationen der Stadtbahn dabei gänzlich unberücksichtigt gelassen. Auf diese Weise ist selbstverständlich das Ergebnis der Zählung, über welches man in den beliebigen Vororten aufs höchste erstaunt war, da es der tatsächlichen Besetzung der Züge nicht entfernt entspricht, ein so geringes geworden, daß auf Grund desselben die Verinerhöhung der Züge an maßgebender Stelle abgelehnt wurde. Es kann also hiernach kaum mehr ein Zweifel darüber bestehen, welcher Wert auf die Frequenzfeststellungen zu legen ist, die von der Eisenbahn-Verwaltung vorgenommen werden, wenn es gilt, die Forderungen des Publikums auf Abheilung der Zugüberfüllungen etc. mit „amtlichen Ziffern“ abzuwehren.

Einen unerwartet glücklichen Ausgang hat der Unfall genommen, der am 15. v. M. dem 4 Jahre alten Söhnchen Otto des Gastwirthes Wolff aus der Wallstraße 30 zufließ. Der Kleine fiel, wie wir seinerzeit mittheilten, nachts aus dem Fenster der elterlichen Wohnung auf den Hof hinab und wurde von den Eltern, als sie von einer Festlichkeit heimkehrten, mit gebrochenem Schädel auf dem Pflaster liegend gefunden. Längere Zeit schien der Tod dem Schwerverletzten sicher zu sein, dennoch aber ist es der ärztlichen Kunst gelungen, sein Leben zu erhalten. Bereits am Sonnabend Nachmittag konnte der Kleine aus der königlichen Klinik entlassen und vollständig wiederhergestellt seinen Eltern übergeben werden.

Die Todesursache der Arbeiterfrau Wilhelmine Philipp, Gneisenaustraße 101, wird zwar erst durch die am Donnerstag stattfindende Obduktion völlig aufgeklärt werden können, indem ich der Chemann des Nordes so verdächtig, daß er der Staatsanwaltschaft vorgeführt werden mußte. Neupere Verletzungen an dem Körper der Frau Philipp sind zwar außer tothen Flecken am Hals nicht wahrgenommen worden, doch erscheint ein natürlicher Tod der ganz gesunden Frau nicht wahrscheinlich. Andererseits ist festgestellt, daß Philipp seine Frau in rohester Weise gemißhandelt hat, so daß sie wiederholt, nur mit dem Hemde bekleidet, aus der Wohnung flüchtete, auch hat er seine Frau, wenn er im trunkenen Zustande abends nach Hause kam, mit dem Tode bedroht.

Mord. Der hier in der Fürbringerstraße wohnende Wankbeamte V. erstattete gestern der Kriminalpolizei die Anzeige, daß er heute früh ein Telegramm erhalten hat, wonach sein Grobvat, der Bankier Wilhelm Rohm in Pless in Ober-Schlesien, ermordet worden sei. V. nimmt bestimmt an, daß der Grobvat auch herauf worden sei und weiß, daß derselbe unter anderem nachstehende Werthpapiere besessen hat. 85 000 Gulden Ungarische vierprozentige Goldrente, 20 000 M. Warfdan-Wiener Prioritäten, 840 Pfd. Sterl. 1893, an Mexikanern Nr. 29 065 über 500 Pfd. Sterl., Nr. 27 083, 27 084 und 27 085 à 100 Pfd. Sterl., Nr. 14 970 und 14 971 à 20 Pfd. Sterl.

Bei den Arbeiterarbeiten in der Ausstellung ereignete sich am Montag der erste schwere Unglücksfall. Der bei der Freilegung der Bedachung des Industriegebäudes beschäftigte Arbeiter St. glitt von der Eisenkonstruktion des Daches, auf der er kniete, ab, stürzte durch das Dach in das Innere des Gebäudes und blieb auf dem zementirten Fußboden besinnungslos liegen. Nachdem dem schwer Verletzten, der eine Gehirnerschütterung erlitten hat, auf der Sanitätswache die erste Hilfe zu theil geworden war, wurde er in hoffnungslosem Zustande nach dem Krankenhaus Bethanien überführt.

Ein räthselhaftes Verbrechen, dessen Ausführung noch rechtzeitig vereitelt wurde und dessen Held ein einjährig-freiwilliger vom hiesigen Kaiser-Franz-Garde-Grenadier-Regiment ist, wird aus Hannover gemeldet. Dort wurden am letzten Todtensonntag der einjährig-freiwillige H. des vorgenannten Regiments und der Arbeiter W. aus Berlin verhaftet, weil sie angeblich in der Absicht nach dort gekommen waren, den dort wohnhaften Schauspielers S. und dessen Geliebte, die geschiedene Frau G. aus Berlin, zu erschließen. H. führte bei seiner Festnahme, die in dem Augenblick erfolgte, als er in dem Zimmer eines dortigen Hotels die G. zur Rede stellte, einen geladenen sechsstümmigen Revolver bei sich. Der mitverhaftete W. hatte, wie festgestellt wurde, von dem Vorhaben seines Kameraden, des einjährig-freiwilligen H., Kenntnis gehabt und war von diesem nach Hannover mitgenommen worden, um die Wohnungen der genannten Personen zu ermitteln. Ferner wollte er nach dem Tode des H., welcher letzterer sich nach vollzogener That selbst erschossen wollte, dessen Persönlichkeit rekonstruieren und einen von diesem zurückgelassenen, an dessen in Berlin lebende Mutter gerichteten Brief befördern. Die Veranlassung zu der geplanten schrecklichen That scheint Eifersucht zu sein, weil die G., welche bis vor kurzem seine Geliebte gewesen war, sich neuerdings dem Schauspieler S. angeschlossen hatte.

Auf der Sanitätswache gestorben ist am Montag Abend der 25 Jahre alte taubstumm Schneider Wilhelm Zeilig aus der Wienerstraße 19. Der Mann verübt abends kurz nach 9 Uhr auf der Straße Unfug und wurde, zumal er betrunken war, von einem Schutzmännchen auf die Wache des 25. Reviers in der Naunynstraße 88 gebracht. Hier bekam er bald nach der Entlieferung Krämpfe, an denen er starb.

Wegen Betruges hat gestern der Engros-Butterhändler P. in der Landwehrstraße seinen Kompanon N. bei der Bedröbe angezeigt. Letzterer soll geschäftliche Veruntreuungen begangen haben.

Der Schlächtermeister Throck aus der Bogenstraße 17, der sich Montag Nachmittag auf einer Bank in der Zeltenallee im Thiergarten eine Revolververletzung in die rechte Schläfe schoß, ist noch im Laufe des Abends der Verletzung erlegen.

Nach einem Streit mit seiner Braut hat der Kavaliersstraße 14 wohnende dreiundzwanzigjährige Kaufmann J. Selbstdmord begangen. Der junge Mann war seit einiger Zeit mit der Tochter eines hiesigen Handwerkers verlobt. Am letzten Sonntag

kam es zwischen den beiden jungen Leuten zu einem Streit, der damit endete, daß die Braut die Verlobung aufhob. J. begab sich sofort nach seiner Wohnung, wo er sich am Spiegegeladen erhängte. Als er bald darauf von seinem Bruder aufgefunden wurde, erwiesen sich Wiederbelebungsversuche als erfolglos.

Gestern Vormittag 10 Uhr brach in der Gemeinde-schule in der Rindowstraße während des Unterrichtes Feuer aus. Die Kinder konnten ohne Unfall unter Anleitung der Lehrer die Schule verlassen, während die Feuerwehr die Flammen löschte.

Erkroffen hat sich am Montag Abend der in einer hiesigen Buchdruckerie beschäftigte Maschinenmeister Lenbach auf dem Fluß der Gemeindegasse in der Höchststraße. Er war mit der Tochter eines Schuldieners verlobt und soll von dieser seines unordentlichen Lebenswandels wegen eine Absage erhalten haben.

Aus dem Polizeibericht vom 24. November. In der Nacht zum Dienstag wurde der Pförtner des Hauses Kronprinzengasse 5, Heinrich Adelt, von drei anscheinend angetrunkenen jungen Leuten durch längeres Klopfen an die Fenster aus dem Schlafe gestört, und, als er, sich vor die Thür begebend, mit einem Stöße auf die Ruhestörer einwirkte, von einem derselben durch einen Schlag mit einem scharfen Gegenstande im Gesicht erheblich verletzt. Er erhielt auf der Sanitätswache in der Mauerstraße einen Verband. — Montag früh fiel in der Bötcherstraße der 49 Jahre alte Kutcher Wilhelm Benzell in Krämpfen von seinem Bierwagen und trug außer einer leichten Verletzung am Kopfe eine Gehirnerschütterung davon. Er wurde nach der Unfallstation I gebracht. — Auf dem Güter-Bahnhof der Anhalter Eisenbahn entgleiten vor dem Vormittag aus noch nicht festgestellter Veranlassung zwei Wagen eines Güterzuges. Hierbei erlitt der Rangierer Wilhelm Georg, der sich auf dem Zuge befand, eine schwere Quetschung des linken Unterarmes, sodaß seine Ueberführung in das Elisabeth-Krankenhaus erforderlich wurde. — Bei der durch die Kriminalpolizei angeordneten Festnahme des obdachlosen Schuhmachers Georg Kruppa leistete dieser den beiden Schutzeuten beständigen Widerstand und griff sie thätlich an, so daß sie von ihrer Waffe Gebrauch machen mußten. Hierbei wurde Kruppa an den Armen und Schultern so erheblich verletzt, daß er nach Anlegung eines Verbandes nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht werden mußte. Der eine Beamte, dem die Uniform völlig zerrissen war, trug leichte Verletzungen im Gesicht und an den Händen davon.

Aus den Nachbarorten.

In Nixdorf hat der Gastwirth G. Wirsing, Knebeckstraße 113 seinen Saal zu allen politischen und gewerkschaftlichen Versammlungen wieder zur Verfügung gestellt. Die Sperre über dieses Lokal ist somit aufgehoben. Die Solidarität der Arbeiterschaft wird sich auch ferner in der Lokalfrage bewähren. Der Vertrauensmann.

In Neu-Weikensee steht der Arbeiterschaft das Lokal von Gustav Philipp, Prenzlauner Chaussee 3-4 zur Verfügung. Die Lokalkommission.

Kongress der National-Sozialen.

Erfurt, 23. November 1896.

Nach der Mittagspause nimmt das Wort Professor Marx Weber aus Freiburg. Er würde die Schaffung einer nationalen Arbeiterpartei an sich gut heißen; die Arbeiter würden dadurch von Marx befreit. Das Marx'sche System liege nach der Herausgabe des dritten Bandes des „Kapitals“ theoretisch am Boden. Es soll hier aber eine Partei der Wählerigen und Bekleideten gegründet werden. Was soll denn mit denen geschehen, die erst zur „Arbeit“ gehören und denen es später besser geht? Mühen sie aus der neuen Partei auszutreten? Eine solche Partei, die die Besitzenden ausschließt, ist unmöglich, rücksichtslos. Heute fragt es sich in Deutschland, ob das Bürgerliche oder das Feudale herrschen soll. Die Sozialdemokratie hat der Reaktion gedient, weil sie ihren Einfluß gegen das Bürgerthum in die Waagschale wirft. Die neue Partei müßte das Bürgerthum stärken und die bürgerliche Freiheit. — Die Stellung der „Zeit“ zur Polenfrage ist grundfalsch. Wir haben die Polen nicht unterdrückt, sondern sie aus Thieren zu Menschen gemacht. Die Entsaltung der Macht des Reiches kann nur auf Kosten anderer erfolgen. Seien sie in politischen Dingen nicht sentimental sondern hart; sonst können sich viele Gebildete der Bewegung nicht anschließen. — Frau Dr. Gnauck-Köhne bebauert, daß der neue Entwurf Naumann's die Frauenfrage nicht aufnimmt. Der Entwurf erwähnt zwar die „arbeitenden“ Frauen, aber auch für die Kommerzrentiersöhner besteht eine Frauenfrage: die Frage der Ausfüllung des Lebens mit nützlicher Arbeit. — Die weitere Debatte beschäftigt sich wiederum fast ausschließlich mit der Frage, ob irgend ein Hinweis auf Christenthum in das Programm soll. — Ein christlich-sozialer Arbeiter wünschte, daß der Name Christlich-Sozial beibehalten werde. Jedenfalls müsse man energisch das Christliche betonen. Dann werde man auch Arbeiter bekommen. Der Stamm dazu sei vorhanden. Aus den Reihen der Sozialdemokratie dagegen werde man sobald keine Anhänger gewinnen, — und damit wird der Mann recht haben! Mehrfach wird dagegen betont, daß die sozialpolitischen Forderungen nicht aus dem Christenthum stammen, sondern aus wirtschaftlichen und historischen Ueberlegungen. Prof. Sohm meint, daß die „Gebildeten“ allein die geistige Beherrschung des Volkes bilden. Darum kommt es auf deren Stellung zu uns an. Sie sind „das Volk“, die anderen sind die geistig ohnmächtigen Massen. Wir vertreten die Interessen des Arbeiterstandes nicht seinerwegen, sondern der Gesamtheit wegen. Arbeiter Ros aus Frankfurt meint, es gäbe zahlreiche fromme Arbeiter, aber die Vorkommnisse in den höheren Ständen nähmen dem Arbeiter das Christenthum. — Professor Souffet schlägt vor, folgendes zu beschließen: „Bei unseren Arbeiten wissen wir uns bestimmt vom Geist des Christenthums, ohne daß uns dies hindert, jeden als willkommenen Mitarbeiter anerkennen, der unsere Ziele sozialer Erneuerung als die seinen anerkennt.“ Dadurch soll auch Katholiken und Nichtchristen die Thür geöffnet werden. — D. v. Erschlag wendet sich gegen Prof. Weber. Sowohl das eigentliche Bürgerthum als auch der Feudalismus seien reaktionär. Man könne sich weder dem einen noch dem anderen anschließen. Die Politik des Bemitleidens können wir nicht verlassen, am wenigsten das Reich'sche Herrenmenschen-thum kultivieren. Der frühere Sozialdemokrat Lorenz aus Leipzig ist ebenfalls für das Christenthum. An den Ausführungen Webers hat er manches Gute gefunden. Das Großkapital sei häufig zu sozialen Reformen geneigt. Der mittlere Unternehmer könne das gar nicht, es gehe dabei zu grunde. Dies sei aber kein Schade, wenn tausende von Arbeitern dadurch in ihrer Lebenslage gehoben werden.

Die Versammlung beschließt hierauf, an den gemakregelten Pfarrer Werner ein Telegramm zu richten, in dem man der Hoffnung Ausdruck giebt, daß die Zeit kommen werde, wo auch den evangelischen Geistlichen die staatsbürgerlichen Rechte garantiert seien. — Redakteur Oberwindt wendet sich ebenfalls gegen Prof. Weber. Im Gegensatz zu Erschlag vertritt er das Naumann'sche Programm, nicht das des Ausschusses. — Der abends stattfindende Volksversammlung wegen werden die Verhandlungen 7/7 Uhr abgebrochen. Die Diskussion erregt trotz ihrer ermüdenden Länge bis zum Schlusse das lebhafteste Interesse der Versammlung. — Im Laufe des Tages liefen zahlreiche Begrüßungstelegramme ein. — Es sind offiziell erschienen 114 Delegirte aus 55 Wahlkreisen.

Auch die Presse ist sehr zahlreich durch Berichtskatter, darunter mehrere ausländische, vertreten.

Die abends stattfindende öffentliche Versammlung von Delegirten und Gästen ist gefüllt. Ruskische wechseln ab mit einigen Ansprachen. Nach einer kurzen Rede von Frau Gnauck, schließt Professor Sohm die Sozialdemokratie auf. Morgen, Dienstag, ist eine geheime Besprechung der Geldgeber der „Zeit“, worauf am 9 Uhr die Programmberatung fortgesetzt werden soll.

Erfurt, den 24. November 1896.

Nachdem heute morgen eine geschlossene Versammlung der Geldgeber der „Zeit“ stattgefunden hat, beginnen um 9 Uhr die Weiterverhandlungen über das Programm.

Pastor Kröber aus Leipzig: Wir müssen zur Klarheit kommen, wollen wir eine Interessenpartei oder eine Volkspartei? Wir wollen dem vierten Stande helfen, um der Nation willen. Das Volk verelendet unter dem heutigen System. Die Einwände, die gegen die Ausnahme des Christenthums gemacht worden sind, kann ich nicht theilen. Weil wir die Nation wollen, wollen wir das Christenthum. Freilich möchte ich das Christenthum nicht zur Voraussetzung der Zugehörigkeit zu unserer Vereinigung machen, aber erwähnt muß es im Programm werden. Ich würde es nicht für gut halten, wenn sich die Juden auch unserer Bewegung bemächtigen, wie sie es beim Freisinn gethan haben.

Pastor Götze: Es giebt keine Brücke zwischen Christenthum und Politik. Ich würde das Christenthum vielleicht nicht ins Programm nehmen. Aber wir müssen auf unsere Vergangenheit Rücksicht nehmen. Wir sind vom Christenthum zur Sozialpolitik gekommen. Wir sollten daher unserer christlichen Weltanschauung Ausdruck im Programm geben, schon als Merkmal des Gegensatzes zur Sozialdemokratie. Weiter empfiehlt er die Ausnahme der Frauenfrage. Den 24 des Naumann'schen Entwurfes (Vergewaltigung des Arbeiters durch die Volkswirtschaft) empfehle ich. Indem wir die „Arbeit“ dienen, dienen wir dem nationalen Ganzen. Im vierten Stande liegt die Zukunft unseres Volkes. Die Kraft der Zukunft liegt im Sozialismus. Dieser beginnt sich in der Form des Marxismus zu überleben. Wir wollen aber den fortgeschrittenen Sozialismus vertreten. — Schneider-Geselle Eichentopf aus Sangerhausen meint, mit dem christlichen Paragraphen werde man die Arbeiter nicht gewinnen. Diese würden erklären, vom Christenthum können wir nicht leben. Ziehen Sie die Glacehandschuhe des Bekehrten aus und arbeiten Sie praktisch für die Arbeiter, dann werden sie Ihnen folgen. Werkmeister Bärn aus Frankfurt am Main will Entgegenkommen gegen die evangelischen Arbeitervereine und daher Beibehaltung des Christenthums. Die Sozialdemokraten sind noch zum großen Theil christlich; streichen Sie aber das Christenthum, dann werden wir die Sozialdemokraten erst recht nicht gewinnen. — Professor Sohm, der abgerufen ist, läßt durch den Vorsitzenden erklären, daß er von der Ausnahme des Christenthums seine weitere Mitarbeit abhängig macht.

Vor der Abstimmung spricht noch Naumann. Er hat den Professor Weber so verstanden, daß man im Programm aussprechen soll „wir wünschen die grohndustrielle Entwicklung Deutschlands.“ Dem Gedanken ganz im Einklang zu sein, aber ins Programm gehört dies nicht. Auch mit den Ausführungen über Feudalismus und Bürgerthum sympathisire ich. Er beantragt sodann mehrere Aenderungen seines eigenen Entwurfes. Die Frauenfrage sollte aufgenommen werden, meine Fassung der die Religion betreffenden Paragraphen halte ich für die beste, glaube aber nicht damit durchzudringen.

Es folgt nun die Abstimmung über die Ausnahme des Christenthums. Alle die zahlreichen Anträge, die auf dessen Ausschließung aus dem Programm zielen und nur betonen, daß die sämtlichen Paragraphen aus christlichem Geiste fließen, werden abgelehnt. Unter lebhaftem Beifall einstimmig angenommen wird der Antrag Naumann-Kröber:

„Im Mittelpunkt des geistigen Lebens unseres Volkes steht uns das Christenthum, das nicht zur Parteisache gemacht werden darf, sich aber auch im öffentlichen Leben als Macht des Friedens und der Gemeinschaftlichkeit bewähren soll.“

Bei der nun folgenden Spezialberathung wird der neue Naumann'sche Antrag zu grunde gelegt. Die Berathung desselben wird voraussichtlich bis zum Abend dauern. § 1 wird nach längerer Debatte unändert angenommen, worauf um 1/2 Uhr die Mittagspause eintritt. Für den Abend ist eine gesellige Zusammenkunft der Delegirten, für Mittwoch die Berathung der Organisation beabsichtigt.

Gerechts-Beitung.

Ein Freudenfest in der Preußenküipe. Eine wilde Sache bildete den Ausgangspunkt einer unangenehmen Strafsache, die am Dienstag vor dem Schwurgericht des Berliner Landgerichts I zur Verhandlung kam. Unter der Anlage der wiederholten schweren Urkundenfälschung sah auf der Anklagebank der erst 20 Jahre alte Justizanwärter Erich Zimmer, neben ihm saßen die Restaurateurfrau Bertha Schiefer und die Kellnerinnen Anna Thunig und Helene Sellin unter der Anklage der Hehlerei. Der erste Angeklagte, der ein Opfer des Leichtsinns und der Vergnügungssucht geworden ist, hat in recht vermüthiger und dreistiger Weise 16 Urkundenfälschungen begangen und sein ganzes Leben dadurch verpfuscht. Er war als Justizanwärter am Amtsgericht II thätig und hat durch mehrere Urkundenfälschungen den Justizfiskus zunächst um 345 M. und dann um 4500 M. geschädigt. Letztere Summe war in einer Zwangsvollstreckung von einem Bieter hinterlegt worden; durch Fälschung von Unterschriften verschaffte der Angeklagte sich das Geld. Er wollte mit dem Gelde nach Amerika durchbrechen, vorher aber noch die Freuden Berlins durchkosten. Er ging in die in der Friedrichstraße belegene Preußenküipe und traktirte dort in unglücklich spendabler Weise Birtkin und Kellnerinnen. Es entwickelte sich ein ganz unglaubliches Gelage. Der junge Mann bestellte 18 Portionen Abendbrot und hatte in kurzer Zeit vier Flaschen Rothwein und 20 Flaschen Sekt zu bezahlen. Seine Rechnung betrug 324 M. Das störte ihn aber nicht. Mit der Brandzeuga eines kleinen Rothschild nahm er einen Tausendmarktschein aus seiner Brieftasche, ließ wechseln und zahlte 500 Mark der bedienenden Kellnerin, welche die überfließenden 176 Mark Schmunzeln als Trinkgeld einsteckte. Der Geist des Weines brachte sowohl bei J. als auch bei den übrigen Theilnehmern des Gelages das Blut heftig in Wallung und besonders der Spender wurde immer übermüthiger. Er sah nichts davon, daß die lebenswürdige Frau Birtkin, wie behauptet wird, beim Entlocken der in Massen aufmarschirenden Flaschen mit der Marke Rödterer carte blanche die Hälfte des theuren Rasses in den Gistabell laufen ließ; er hatte auch nichts dawider, daß die Frau Birtkin aus seinem Portemonnaie die Kaffe führte und den Kellnerinnen reichliche Trinkgelder zuwendete. Die höchsten Trics bebielt er sich selbst vor. Die Angeklagte Thunig hatte es ihm besonders angethan, als sie als Kellnerin „Zoni“ in seiner Nähe weilte. Er schenkte ihr mit Gönnermiene plötzlich einen Tausendmarktschein als Trinkgeld. Darob aber wurden die anderen Kellnerinnen neidisch, sie erzählten den Vorgang der Birtkin und auf deren Weisung mußte Fräulein Zoni den schönen braunen Schein wieder herausgeben. Der junge Mann meinte aber, daß er mit seinem Gelde machen könne, was er wolle, und so steckte er denn den Schein mit graziöser Verbeugung „seiner Braut“ — wie er sich ausdrückte — ins Nieder. Sehr eigenthümlich war

es der letzten Angeklagten gegangen; sie hatte an jenem Tage ihr Kindchen begraben und trat erst am späten Nachmittage ihren Dienst an. Sie ließ sich sehr bald überzeugen, daß es seine Pflicht sei, das arme Mädchen aus der Trübsal zu reißen, er kam dieser Pflicht voll und ganz nach, und als man sich in den Garten begab und dort nach Rogna und Nolla fahndete, schenkte er auch ihr einen Taufendmarkschein, nachdem sie vorher schon 5 M. erhalten hatte. Sie mußte ihn aber zu ihrem großen Leidwesen auf Befehl der Frau Schleifer wieder herausgeben. Das Verschleudern so großer Geldsummen machte schließlich einige im Lokal anwesende Gäste stutzig, sie machten Kriminalbeamten von ihren Wahrnehmungen Mitteilung und J. wurde in demselben Augenblicke verhaftet, als er das Lokal verlassen wollte. Von den 4500 Mark wurden in seinem Besitze noch 2961 Mark vorgefunden. Als der Schuttmann im Lokal erschien, hat ihn Frau Schleifer selbst darauf aufmerksam gemacht, daß die Angeklagte Thunig 1000 M. in ihrem Kieder verberge. — Der Angell. Zimmer war in vollem Umfange geständig. Der von ihm angerichtete Schaden ist von seinem ehrbaren Vater unter großen Opfern voll ersetzt worden. Die drei weiblichen Angeklagten bestritten ihre Schuld und behaupteten, daß sie den J. für einen leichtlebigen, sehr reichen und deshalb in ihrem Sinne guten Gast, keineswegs aber für einen Verbrecher gehalten hätten. Die Zahl der Fragen, die der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Densö den Geschworenen vorlegte, betrug 85. Staatsanwalt Hagen beantragte das Schuldig im vollen Umfange der Anklage.

Die Geschworenen sprachen den Angeklagten Zimmer unter Zuhilfenahme von mildernden Umständen schuldig der Urkundenfälschung in 15 Fällen und der Beiseiteschaffung einer amtlichen Urkunde in einem Falle, die Angeklagte Schleifer schuldig der Hehleri, die Angeklagten Kellnerinnen Thunig und Sellin der Hehleri nicht schuldig.

Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten Zimmer fünf Jahre Gefängnis und vierjährigen Ehrverlust, gegen die Angeklagte Schleifer zehn Monate Gefängnis und zwei-jährigen Ehrverlust, gegen die beiden Kellnerinnen Freisprechung.

Das Urteil lautete gegen Zimmer auf vier Jahre Gefängnis und Erklärung der Unfähigkeit zur Bekleidung eines Amtes während der Dauer eines Jahres, gegen die Angeklagte Schleifer auf neun Monate Gefängnis. Bei beiden Angeklagten wurden drei Monate durch die erlittene Untersuchungshaft in Abrechnung gebracht.

Vorwürfe gegen die Staatsanwälte im allgemeinen hatte in einer öffentlichen Versammlung der Zimmerer in Essen (N.) der Saxeiner Franz Kunisch erhoben, indem er etwa folgendes sagte: „Wenn wir etwas thun, ist der Staatsanwalt gleich da, aber die Besitzenden können thun, was sie wollen. Da schreitet weder der Staatsanwalt, noch sonst jemand ein; im Gegenteil heißt es: schlagt die Unzufriedenen todt.“ Die Staatsanwaltschaft in Essen sah hierin eine Verletzung des ersten Staatsanwalts Peterien in Essen und erhob gegen Kunisch Anklage. Das Landgericht Essen stellte indessen in der Verhandlung vom 17. August das Verfahren ein, weil nicht Herr Peterien, sondern die preussische Staatsanwaltschaft, eine Behörde, beleidigt sei, Herr Peterien selbst auch keinen Strafantrag gestellt habe. Die Neuerung des Angeklagten wolle den Geist kennzeichnen, der die Staatsanwaltschaft im allgemeinen (nach Ansicht des Angeklagten) befehle, sie sei aber ohne jede Beziehung auf die Staatsanwaltschaft an einem besonderen einzelnen Gerichte, speziell bei dem Landgerichte Essen, und noch viel weniger auf Herrn Peterien. — Gegen dieses Urteil hatte die Staatsanwaltschaft Revision eingelegt. Es wurde ausgeführt, daß nach den Bestimmungen des Landgerichts der Angeklagte der Meinung Ausdruck gegeben habe, die Staatsanwälte handelten durchschnittlich in der angeordneten Weise. Dann aber müsse sich jeder Staatsanwalt durch eine solche Neuerung beleidigt fühlen. — Das Reichsgericht erkannte im Sinne der Revision auf Aufhebung des Urteils und verwies die Sache an das Landgericht zurück.

Für Gastwirthe ist eine Entscheidung des Kammergerichts, die der Strafenat in seiner letzten Sitzung gefaßt hat, von großer Bedeutung. Es handelte sich um die Zulässigkeit von Polizeiverordnungen, die mit Rücksicht auf die Anwohner von Gastwirtschaften das Regelschießen in der Zeit von 10 Uhr abends bis 5 Uhr morgens verbieten. Der Gastwirth Reikner, der sich gegen solch eine Polizeiverordnung vergangen hatte, war von der Strafkammer zu einer Geldstrafe verurteilt worden. In der Revisionsbegründung löst A. die Rechtsgültigkeit der Polizeiverordnung an, während der Oberstaatsanwalt am Kammergericht energisch den entgegengesetzten Standpunkt vertrat. Der Strafenat hob die Vorentscheidung auf, sprach den Angeklagten frei und erklärte die Polizeiverordnung für ungültig. Höchstens könnte, führte der Vorsitzende aus, § 6 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung in Frage kommen. In dessen Sinne liegt auch eine solche Polizeiverordnung nicht stän, denn es sei wohl kaum anzunehmen, daß das Regelschießen während der Nacht das Leben und die Gesundheit der Anwohner von Restaurants gefährde. Werde zu großer Madam gemacht, dann könne ja immerhin noch auf Grund des Strafgesetzbuches wegen ruhestörenden Lärms gegen die Gastwirthe vorgegangen werden.

Verksamlungen.

Die gegenwärtige Lage der Metallarbeiter, die neuesten Maßnahmen der Metallindustriellen und unsere Aufgaben für die Zukunft, lautete das Thema einer von über 1500 Metallarbeitern besuchten Versammlung, die am Montag im „Kongreßhaus Sanssouci“ tagte. Wie der Referent, der Vertrauensmann der Berliner Metallarbeiter O. Raether ansprach, ist die gegenwärtige Geschäftslage in der gesamten Metallindustrie außer in der Beleuchtungsbranche, wie alljährlich um diese Zeit, eine verhältnismäßig klauere, trotzdem der Absatz infolge des Exports weit größer als in den Vorjahren ist und die Berichte gleichlautend eine steigende Tendenz sogar für die letzten Monate verzeichnen. Die Maschinenbau-Aktiengesellschaft vorm. Schwarzloppf hatte nach dem Bericht an die Aktionäre einen Umsatz von 7 898 854 M., wobei ein Reingewinn inkl. der 140 478 M. von der Fabrik in Venedig von 988 508 M. erzielt wurde. Die Aufträge für das nächste Jahr belaufen sich bereits jetzt in Berlin auf 9 828 208 M., in Venedig auf 949 620 M. Im Vorjahre betrugen dieselben in der gleichen Zeit insgesamt nur 8 102 200 M. An Arbeitslöhnen wurden in Berlin 2 243 027 M., und wie in dem Bericht besonders hervorgehoben wird, durchschnittlich pro Mann und Woche 27,90 M. bezahlt. Der Bericht betont wohl, daß der Lohn gegen das Vorjahr um 8 Pf. pro Woche gestiegen ist, Lehrlinge und Hofarbeiter mit eingerechnet, verschweigt aber die Thatsache, daß auch die Gehälter der Techniker, Ingenieure, Meister etc., welche den Durchschnitt bedeutend erhöhen, mit einbegriffen sind; ebenso wenig erhält man Auskunft über die Dauer der Arbeitszeit. Ueber die Löhne in Venedig schweigt sich der Bericht aus naheliegenden Gründen aus. Aber auch für Berlin mußte kürzlich in einer Versammlung, ohne daß ein Widerspruch von den anwesenden höheren Beamten erfolgte, konstatiert werden, daß Löhne von 12 und 15 M. pro Woche für gelernte Arbeiter keine Seltenheit sind. Wie im allgemeinen die Rechenschaftsberichte für das letzte Jahr Aufkommen von Reingewinnen aufweisen, so haben sich trotz der Prosperität die Arbeitsverhältnisse für die Arbeiter bedeutend verschlechtert. Fortwährende Reduzierung der Akkordsätze, Verlängerung der Arbeitszeit, schlechte Behandlung, sanitäre Mängel bilden die Veranlassung zu den berechtigten Klagen der Arbeiter. Der Redner führt eine ganze Reihe von Fällen an, in welchen Rathgeboten in herausfordernder Weise stattgefunden haben, willkürliche Lohnreduzierungen

vorgenommen wurden, und schildert sodann die gegenwärtige Situation des Auslandes bei der Firma Hartung, wo sich noch 100 Mann, wovon alle bis auf 16 organisiert sind, im Auslande befinden. Obwohl die Firma bereits kurz nach Beginn des Auslandes in alle Welt hinausgeschickte, daß die Plätze besetzt sind, werden die Arbeiter auch jetzt noch in anderen Giebereien fertig gestellt und durch Inserate in Provinzialblätter versucht, Farmer heranzuziehen, da die Ausständigen durchaus keine Neigung verspüren, soweit sie überhaupt noch nicht anderswärts Beschäftigung gefunden haben, die Arbeit unter den gegebenen Umständen in dieser Fabrik wieder aufzunehmen. In Berlin scheint allerdings, nach den neuesten Maßnahmen der Rahnemänner, für die Former und Gieberei-Arbeiter ein Unterkommen nicht möglich zu sein. Nach einer Bekanntmachung im Arbeitsnachweis der Metallindustriellen werden Former, Fuher, Kernmacher und sonstige Gieberei-Arbeiter in keiner dem Ring angehörigen Fabrik bis zur Beendigung des Streiks bei Hartung eingestellt. Das heißt, alle gegenwärtig beschäftigungslosen Arbeiter genannter Branche werden durch diesen Akt, der ein Muster von der vielgerühmten Arbeiterfreundlichkeit der Unternehmer darstellt, vielleicht auf Monate hinaus von allen Fabriken, bis auf zwei, die dem Ring nicht angehören, ausgesperrt, um sie durch die Hungerpeitsche lerne zu machen. Der Redner setzte sodann in längeren Ausführungen der Versammlung die Motive auseinander, die das Unternehmertum, das sich zur Zeit ebenfalls fühlt, veranlaßt, in so brutaler und rigoröser Weise vorzugehen, und erörterte die Maßnahmen, welche die Arbeiter zu treffen haben, um den Rahnemännern zur gelegenen Zeit in geeigneter Weise entgegenzutreten. Ohne Zweifel geht das Bestreben des organisierten Unternehmertums dahin, durch alle möglichen Chikane die Arbeiter in der seigen Zeit in einen gewaltigen Streit zu treiben, um sie für eine längere Dauer kampfunfähig zu machen, die Organisationen zu zerhören und jede Bewegung, die auf eine Verbesserung der Lage hinführt, zu ersticken. Deshalb die systematischen Maßregelungen der Vertrauensleute, die durch nichts gerechtfertigten Reduzierungen und die weiteren provozierenden Maßnahmen seitens einer großen Anzahl von Firmen. Der Redner macht auf die Beschlüsse, welche seitens der Vertrauensleute gefaßt worden sind, aufmerksam mit dem Hinweis, daß es thöricht sei, jede Provokation soweit wie möglich zu ignorieren, alle Differenzen zu vermeiden, um eine Zersplitterung der Kräfte zu verhindern und ein planvolles Vorgehen, wie es in Aussicht genommen ist, zu ermöglichen. Unter lebhaftem Beifall der Versammlung forderte der Redner, nachdem er noch darauf hingewiesen hatte, daß den Arbeitern durch die Maßnahmen der Unternehmer keine Wahl bleibt, daß der von ihnen gewünschte, wenigstens eine Zeit anhaltende Frieden unmöglich ist, die Anwesenden auf mehr wie je die Beschlüsse zu beachten, für die Sammlungen zum Fonds einzutreten und für den Zusammenschluß in der Organisation zu wirken. In der hierauf folgenden Diskussion kritisiert Litsch zunächst die Zustände bei Schwarzloppf, wo wiederholt eine Arbeitszeit von 90, 102, sogar 117 Stunden pro Woche konstatiert worden ist. Ein Arbeiter, der eine Maschine zu bedienen hat, soll auf seinem verantwortungsvollen Posten hinter einander 61 Stunden gearbeitet haben. Trotz aller Kunststücke, durch Abschreibungen die Dividende nicht allzu hoch erscheinen zu lassen, hat z. B. die Deutsche Gasglühlampen-Aktiengesellschaft einen Reingewinn von 2 162 815 M. erzielt und erhalten die Aktionäre für ihr „mühevoll“ Wirken nicht weniger als 100 pCt. Dividende. Auch dieser Redner führt verschiedene Vorkommnisse an, die zur Evidenz die Absicht der Unternehmer beweisen, die Arbeiter zum Generalstreik zu veranlassen. Entlassungen von Arbeitern auf Grund der Nichtzahlung, daß die betreffenden für die Organisation thätig sind, Verbote und Strafbestimmungen aller Art, sogar was bisher erlaubt war, eine falsche Bier zu trinken, ist in Fabriken den Arbeitern verboten worden. Will man den Schein wahren, so erhalten die misshandelten Arbeiter, bei welchen sie so wenig verdienen, daß sie von selbst die Arbeit niederlegen, um dann brotlos umherzuirren, da sie durch den Strohbrief, der ihnen nachgeschickt wird, in anderen Fabriken nicht angenommen werden. Das ist die gegenwärtige Situation, wie sie von verschiedenen Rednern geschildert wurde. Dagegen wurde weiter auf die Beschlüsse des Rahnemänner-Verbandes, Abtheilung II, der mit der Abtheilung I im Kartellverhältnis steht. Nach § 4 des Statuts sind die Mitglieder verpflichtet, die Arbeiten einer Firma, bei der gestreikt wird, auszuführen, und werden die Arbeiter, die sich weigern, als Streikende betrachtet und danach behandelt. In dieser Abtheilung, die bei ihrer Gründung vorgab, eine aggressive Thätigkeit gegen die Arbeiter nicht zu entfalten, soll kürzlich in einer Versammlung angeregt worden sein, allen Arbeitern am Weihnachtspfeilstabend zu kündigen und den bekannten Beschluß zur Durchführung zu bringen, wohl auch um einen Teil Löhne und Krankenkassen-Beiträge für die betreffende Woche zu sparen. Nachdem noch wiederholt von den einzelnen Rednern zur Einigkeit und zur regen Agitation aufgefordert worden war, wurde eine Resolution einstimmig angenommen, wonach der Beschluß vom 7. Mai d. J. pro Woche 50 Pf. an den öffentlichen Fonds abzuführen, erneuert wurde und die Versammlung alle Metallarbeiter verpflichtet, für die Stärkung der Organisation zu wirken. Hieraus wurden die in den nächsten Tagen stattfindenden Versammlungen bekannt gegeben, und sodann die imposante Versammlung mit einem begeisterten Hoch auf die Metallarbeiter-Bewegung geschlossen.

Der neueste Angriff auf unsere Existenz und auf unsere Selbstständigkeit und wie verhalten wir uns demgegenüber? lautete die Tagesordnung einer am Montag, den 23. d. M. tagenden außerordentlichen Versammlung der Berliner Zeitungspediteure und Verleger. Vom Verlag des „Berliner Tageblatt“ (Rudolf Wofse) ist am 16. d. M. durch Zirkular den Speditoren mitgeteilt worden, daß, da durch die Zeitungspeditionen die Interessen des Verlegers in bezug auf Gewinnung neuer Abonnenten nicht genügend gewahrt werden könnten, sich der Verleger genöthigt sehe, einen eigenen Betriebsapparat (Privatpedition) einzurichten. Den Speditoren werden vom 1. Januar 1897, an welchem Tage die Privatpedition für „Tageblatt“ und „Morgen-Zeitung“ in Funktion tritt, folgende Bedingungen gestellt: Fortfall der bisher gewährten Rabattexemplare und Erhöhung des Bezugspreises um 8 Pf. pro Exemplar und Monat bei zweimaliger täglicher Bestellung. Bei der „Morgen-Zeitung“ tritt eine Preiserhöhung für die Speditoren nicht ein. Ferner verlangt der Verleger in dem Zirkular, daß die Speditoren an die Expedition des „Tageblatt“ und der „Morgen-Zeitung“ die Namen und Adressen aller von ihnen bedienten Abonnenten der genannten beiden Blätter angeben. Die Speditoren sehen in diesen Maßnahmen eine Gefährdung ihrer Existenz voraus und wurde das Zirkular einer gründlichen Besprechung unterzogen. Nach längerer Debatte wurde sodann einstimmig beschlossen: „Daß die Speditoren mit Herrn Wofse auf dem Wege der friedlichen Verständigung unterhandeln sollen, damit die geplanten Maßnahmen wieder rückgängig gemacht würden. Vor allem ist die Auslieferung der Abonnenten zu verhindern. Sollten aber die Verhandlungen ein befriedigendes Resultat für die Speditoren nicht ergeben, so ist dies unverzüglich den Speditoren mitzutheilen, und soll an das lesende Publikum ein Flugblatt verbreitet werden, worin dasselbe Auffklärung über diese Maßnahmen erhält. Ferner sollen mehrere Volksversammlungen einberufen werden. Eine aus der Mitte der Versammlung gewählte Kommission wird diese Beschlüsse durchführen.“

Vermischtes.

Des Vaternordes verdächtigt ist in Greifswald der Student der Chemie Erich Claus verhaftet worden. Die

„Greifsw. Ztg.“ berichtet darüber: Bereits am Mittwoch durchschwirren Gerüchte unsere Stadt, daß der am Dienstag Abend als Leiche aufgefundenen Kaufmann eines natürlichen Todes nicht gestorben sei. Freitag Vormittag ist sein Sohn, der stud. chem. Erich Claus verhaftet worden. Er ist an dem betreffenden Abend mit seinem Vater zusammen in Pothagen gewesen. Die Leiche des Verstorbenen ist nach dem Gerichts-Obduktionslokal übergeführt worden.

In Adelsbach im Kreise Waldenburg wurde die Gutsbesitzer Familie durch Arsenit, das unter den Acker aus einem Acker genötigt war, vergiftet. Nur der Mann, welcher nicht davon gegessen, blieb verschont. Die Frau erlag den Leiden. Bisher schwebt über der Angelegenheit noch völliges Dunkel. Bemerkenswert an der Papiertumhüllung war eine Veränderung, doch wurde diese nicht beachtet.

Der Befreier Schleswig-Holsteins. Wie in Dukenen anderen preussischen Städten, so hat auch Kiel ein Denkmal Wilhelm I. erhalten, welches gestern unter militärischem Gepränge eingeweiht worden ist. Bei dieser Gelegenheit hielt der Oberbürgermeister von Kiel an den in der Stadt anwesenden Kaiser eine Rede, in der nach einem hiesigen Lokaltalt folgende Worte vorliefen: „Was Wilhelm der Große, der Befreier Schleswig-Holsteins, geschaffen, konnte nicht mit seinem Schöpfer sterben“ u. s. w. — Um den Werth dieser Worte würdigen zu können, muß man wissen, wie 1866 gerade in bürgerlichen Kreisen Schleswig-Holsteins die ungeahnte „Befreiung“ ausgenommen worden ist, die Wilhelm I. nach dem freiwilligen Bürgermeister vollbracht haben soll. Von einer Verpfehlung Schleswig-Holsteins wollte damals fast niemand etwas wissen, und erst in den siebziger Jahren begann die Bourgeoise Schleswig-Holsteins einzusehen, daß ihr die Bismarck'sche Politik in demselben Maße dienlich sei, wie sie das auch in Schleswig-Holstein jugendstark aufstrebende Proletariat unterdrückte.

Es sei noch eine Rede erwähnt, die der Kaiser am gestrigen Tage bei der Beerdigung der Rekruten in Kiel gehalten hat: „Matrosen! Der Eid, den Ihr geschworen, ist die Grundlage der Disziplin. Ohne Gott und Religion giebt es keine Disziplin. Macht Euren Vorfahren in des Kaisers Rod Ehre. Ein Feind ist vorläufig nicht zu fürchten, kommt aber einer, dann werdet Ihr ihm unerschrocken, ohne Furcht gegenüber stehen.“ Früher erwähnte der Kaiser beinahe bei ähnlichen Gelegenheiten lebhaft den inneren Feind. Das ist neuerdings seltener vorgekommen.

Die Helgoländer wollen gegen den Marinefiskus einen Prozeß anstrengen. Infolge der Festungsanlagen auf Helgoland sind die Bewohner vielfach auf Grund des Reichsgesetzes von 1871 über die Beschränkung des Grundeigentums in der Nähe von Festungen in ihren Eigentumsbesugnissen beschränkt worden, resp. sind Expropriationen vorgekommen. Die Helgoländer sind nun nicht mit den dafür vom Marinefiskus ausgeworfenen Entschädigungen zufrieden, sondern machen bedeutend höhere Ansprüche geltend. Ungefähr 250 Bewohner Helgolands haben sich nun darüber verständigt, als Streikgenossen gemeinsam in einem Prozeß ihre Ansprüche gegen den Marinefiskus durchzuführen. Insgesamt belaufen sich ihre Mehrforderungen auf reichlich zwei Millionen Mark. Mit der Führung dieses Prozeßes sind zwei Altonaer Rechtsanwälte betraut worden.

Aus Zürich wird der „Frankfurter Zeitung“ gemeldet, daß der Ehrfährer Fleischhändler aus Greif, welcher die Zentralbank um 27 000 Franks beschuldigte, in New-York verhaftet wurde. Er hatte sich dort bereits ein Haus mit einer Wirtschaft gekauft.

Gundelkollen. Eine charakteristische Illustration zu dem Luxus, den manche Londoner Damen mit ihren Hunden treiben, giebt die „Social Gazette“ der Heilsarmee. Sie verübrigt sich für die Schtheit folgender Rechnung, die eine Dame jüngst einem fashionablen „Gundelknecht“ gezahlt hat: „Beschlagener Kragen und Silberbracelet 17 M., sechs Nachthemden 12 M., zwei Paar braune Schuhe 8 M., zwei Paar Gummschuhe 8 M., ein „Seaside“-Rock 6,50 M., ein Morgenrock 7 M., ein Gesellschaftsanzug (goldbeschlagen) 30 M., ein pelgefütterter Ueberrock 20 M., Summe 108,50 M.“ Alles göttliche Weltordnung. Das Proletariat muß am dunklen Wintermorgen hungrig und in zerrissenen Schuhen die Straßen entlang und die „Damen“ weiß vor Langerweile nicht, durch welchen Blödsinn sie das Geld los werden soll, das aus dem Proletariat herausgepreßt ist.

Nach dem Ergebnis der letzten Zählung beläuft sich die Bevölkerung Griechenlands, abgesehen von den im Auslande lebenden Griechen, auf 2 418 000; die Vermehrung seit 1889 beträgt 230 000 Seelen, Athen zählt 128 000 Einwohner.

In der indischen Präsidentschaft Madras sind im Jahre 1895 1923 Personen von wilden Thieren getödtet worden, 277 von Raubthieren und 1648 von Schlangen. Andererseits wurden von Menschen erlegt: 4 Elefanten, 177 Tiger, 64 Panther und Leoparden, 12 Wären, 10 Wölfe, 2 Hyänen und 8 andere Raubthiere.

Witterungsübersicht vom 24. November 1896.

Stationen.	Barometerstand in mm. reduziert auf d. Meeresh.	Windrichtung	Windstärke (Stk. 1-12)	W	Temperatur nach Celsius (°C.)
Swinemünde	779	WSW	1	wolkig	1
Hamburg	780	EO	1	Nebel	1
Berlin	779	NO	2	bedeckt	2
Wiesbaden	776	NO	2	bedeckt	3
München	774	NO	3	bedeckt	0
Wien	776	NO	2	Schnee	-0
Papayanda	765	WS	2	wolkenlos	-2
Petersburg	777	EW	2	bedeckt	1
Gort	778	NO	1	wolkig	8
Aberdeen	777	W	1	bedeckt	4
Paris	776	NO	2	wolkig	-1

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 25. November 1896.
Ein wenig kälter, theils beiter, theils neblig bei schwachen östlichen Winden; keine wesentlichen Niederschläge.
Berliner Wetterbureau.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Adresse (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Dienstag, Freitag und Sonnabend abends von 6-7 Uhr statt.

Hartmann. 1. Nein; aber im Land der Obodriten geht's auch so. 2. Ja.

Z. Gf. Lassen Sie doch das Kreis- und Wochenblatt schwänzen. Und wenn Ihnen Einer mit ähnlichen Dumheiten kommt — so zeigen Sie ihm die betreffende Stelle im Programm.

100. Vorstand der Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter, Hamburg-Eimsbüttel, Wisnardsstr. 10.

Danzigerstraße. Nein. Briem. Die Auskunft ist beliebig häufig zulässig. M. G. 60. Beide Scheine sind erforderlich.

zur Orientpolitik des „Vorwärts“. (Entgegnung.)

Kraft einer seltsamen Vogli des Schicksals hat die an den „Vorwärts“ gerichtete Interpellation einer Berliner Versammlung in der armenischen Frage zur Folge gehabt, daß Genosse Liebknecht mit meinen Artikeln in der „Säch. Arb.-Ztg.“ über das gleiche Thema streng zu Gerichte zog und mich zum Schluß aus der orientalischen Frage ausgewiesen und in das Gebiet der „polnischen Greuel“ verbannt hat. — Meine Artikel bieten nach Genossen Liebknecht einerseits nichts Neues, da es „jedem ABC-Schützen des Sozialismus klar sein dürfte, daß der armenische Zustand mit wirtschaftlichen Verhältnissen zusammenhängt“, andererseits aber stellen sie nichts als eine sozialistische Schablonisierung der Angaben der Gladston'schen und der russischen Presse dar, welche jeder Genosse auch in Deutschland hätte fertig bringen können.

Was den Zusammenhang der politischen und nationalen Bewegungen mit wirtschaftlichen Verhältnissen betrifft, so wage ich keinen Augenblick zu zweifeln, daß es dem Genossen Liebknecht überhaupt klar ist, da ja nach Liebknecht „fogar (?) die Raubzüge der rüstlichsten afrikanischen Stämme auf wirtschaftliche Ursachen zurückzuführen sind“. Nur erweist ihm offenbar der ökonomische Faktor „hinten in der Türkei“ in einer eigentümlichen Gestalt, nämlich nicht als die innere wirtschaftliche Entwicklung der Türkei, sondern als — der russische Rubel. Denn so lesen wir in einer Notiz des „Vorwärts“ vom 6. September dieses Jahres wörtlich: „Die nationalen und religiösen Gegensätze, von denen früher nichts zu verspüren war, spitzen sich mehr und mehr zu und die Griechen und Armenier, die im Laufe der Jahrhunderte in den Besitz fast allen Reichthums und fast aller Aemter gekommen waren, sind aus einmal unterdrückt! ... Und das alles, seit die europäische Diplomatie sich in die türkischen Angelegenheiten eingemischt hat und in der Türkei ein Beute-Objekt und einen Spielball politischer Intriguen erblickt.“ Oder in einer anderen Notiz, wo uns versichert wird, daß die Armenier ein lumpiges Volk sind, welches überall verhöhnt ist; in einer dritten, daß die Türkei überhaupt nur auf dem Papier existiere; in einer vierten, daß Salisbury der einzige Mann wäre, im Orient Ruhe zu schaffen u. s. w. u. s. w. Der russische Rubel ist unweifelhaft an sich etwas kein „ökonomisches“. Wenn ihm der „Vorwärts“ jedoch zum historischen Grundfaktor macht, so reduziert er die ganze moderne Geschichte des Orients auf eine einzige große Bestimmung, auf ein diplomatisches Intriguenenspiel, d. h. auf etwas, das nur in einem dichten Nebel, wo alle Fragen gleich grau sind, für „ökonomische Verhältnisse“ angenommen werden kann.

Es kam aber überhaupt nicht darauf an, die wohlfeile Entdeckung zu machen, daß der armenische Bewegung irgend etwas „ökonomisches“ zu Grunde liegt. Da es wäre in der That nichts als eine „Schablone“. Es kam darauf an, aus den bekannten, aber gewöhnlich zerstreut und ohne Zusammenhang dargestellten historischen Thatfachen des sozialen Lebens der Türkei ihre ökonomische und gesellschaftliche Entwicklung zu rekonstruieren, die inneren Triebfedern derselben und die Richtung aufzuzeichnen und daraus einerseits die politischen Folgen, andererseits die Interessen der Sozialdemokratie im Orient abzuleiten, kurz — nicht die Geschichte der Türkei aus dem russischen Rubel, sondern umgekehrt den russischen Rubel aus der Geschichte der Türkei zu erklären, und nicht die Ereignisse in unsere verklärten Lösungen einzugewängen, sondern umgekehrt, unsere Lösungen den lebendigen Ereignissen anzupassen. Von diesen Standpunkten ausgehend, mußte man zu dem Schluß gelangen, daß der Zerfall der Türkei nur eine naturnotwendige Folge ihrer ökonomischen Zersetzung ist, welche ihrerseits von der Geldwirtschaft und dem modernisierten Staatsapparat herbeigeführt wurde; daß uns ferner dieser Prozeß, den wir nicht aufhalten können, sehr nützlich ist, da er uns in der von den (?) christlichen Völkern befreiten Türkei, wie in den von ihr befreiten Balkanstaaten eine starke Waffe gegen die russischen Götze bereitet. — Es mag wohl sein, daß meine Artikel — wie Genosse Liebknecht meint — kein Licht auf die Frage geworfen haben, das ist auch nicht wichtig. Wichtig ist es aber, daß der „Vorwärts“ jedenfalls in dieser Richtung nur ein langes Sündenregister aufzuweisen hat.

Die ganze Schwäche seiner Haltung in der orientalischen Frage scheint uns nämlich gerade in dem zu liegen, worin Genosse Liebknecht ihre härteste Seite erblickt: er hat die orientalische Frage — im Gegensatz zu uns — aus eigener Anschauung (worumter er den Umgang mit Karl Marx und die Schule des genialen Urauhart in London versteht) und zwar zur Zeit des Krimkrieges studiert. Seit dem Krimkrieg sind aber volle 40 Jahre verfloßen und gar manches hat sich im Himmel und auf Erden verändert. Rußland ist seitdem aus

einem natural-wirtschaftlichen zu einem kapitalistischen Land, und aus einem politischen Aschenbrödel zum Herrscher Europas geworden. Die Türkei ist seitdem zur Geldwirtschaft übergegangen. Seitdem war der Krieg von 1877 und der Berliner Kongreß. Seitdem sind Rumänien, Serbien, Bulgarien, Bosnien und die Herzegovina von der Türkei abgefallen. Die eigentliche ökonomische Zersetzung der Türkei, welche zu der politischen Auflösung geführt hat, ist erst nach dem Krimkrieg zur vollen Entfaltung gekommen. Andererseits hat auch die russische Diplomatie erst aus der Erfahrung mit der Unabhängigkeit Bulgariens, Rumäniens, Serbiens, also erst in den achtziger Jahren die politische Lehre ziehen können, daß ihr die stufenweise Zerbröckelung der Türkei schädlich ist, dagegen die Integrität derselben bei der inneren Zerrüttung bis zu gewisser Zeit große Dienste leisten kann. Die Lage der Dinge in der orientalischen Frage hat also sowohl in materieller wie in politischer Beziehung seit dem Krimkrieg eine Verschiebung um volle 180 Grad erlitten und eine direkt entgegengesetzte Stellung zu derjenigen von dazumal eingenommen. Da aber so die Dinge aus der Zeit des Krimkrieges sich zu ihrer eigenen Antithese durchgemacht haben, mußten notwendig die Ideen aus jener Zeit in Gegensatz zu den heutigen Dingen und zugleich zu ihren eigenen ehemaligen Ausgangspunkten gerathen.

Die ganze ehemalige orientalische Politik der Sozialisten war auf Rußland abgestellt. Rußland strebte weiland den Zerfall der Türkei an, die Sozialisten wahrten daher ihre Integrität. Heute will umgekehrt Rußland einwillen die Integrität der Türkei wahrten. Da sich aber der „Vorwärts“ in die alte Politik verbeißt und bei jeder Reue in der Türkei für ihre Integrität Alarm schlägt, so verfallt er in die folgende originelle Lage:

Erstens nehmen Sozialdemokraten und die Zarentregierung in der orientalischen Frage die gleiche Stellung ein (!): aus der antirussischen Politik der Sozialdemokratie wird somit das direkte Gegenteil.

Zweitens erscheint die Frontänderung Rußlands vom Standpunkte der sozialistischen Politik von 1855 ganz unerklärlich; der „Vorwärts“ glaubt sie daher einfach für eine „falsche Vorsepiegelung“ annehmen zu müssen, und als alter Schlaumeier, der sich von niemandem hinter das Licht führen läßt, macht er behorlich das alte russische Diplomatenpiel in den ihm heute direkt widersprechenden Ereignissen immer wieder ausfindig.

Drittens ist ihm die ganze wirkliche Entwicklung in der Türkei, welche zu Rußlands und zur Auflösung führt, nichts als eine unliebsame, störende Thatsache, daher wird sie einfach gelugnet: die Meheleien werden als eine Lüge, die Rußlands als ein nichtswürdiges Volk und der Zustand als ein Theaterstück erklärt.

Mit einem Worte: aus lauter Feindschaft gegen Rußland ist der „Vorwärts“ in die gleiche Stellungnahme mit der russischen Diplomatie gerathen; indem er die eingebildeten Absichten Rußlands zu durchkreuzen sucht, wird er zum unbewußten Befürworter seiner wirklichen Absichten; und da die wirklichen Ereignisse seinen Einbildungen nicht in den Kram passen, erklärt er einfach die Wirklichkeit für Einbildung. Man sieht, in einer Beziehung entspricht wenigstens die Politik des „Vorwärts“ genau dem behandelten Gegenstand, indem er nämlich, statt in den erfahrenen Zuständen der Türkei ihre innere Ordnung herauszufinden, vielmehr ihre ganze Zersabrenheit in der eigenen Zersabrenheit seiner Ansichten über die Türkei widerspiegelt. — In letzter Linie läßt die Orientpolitik des „Vorwärts“ darauf hinaus, daß er die Ereignisse mit aller Energie am Schwanz nach hinten zieht, um sie auf die Stelle von der Zeit des Krimkrieges zurückzubringen, da sie aber stärker sind, von ihnen trotz allen Entgegenstemmen vorwärts geschleppt wird — in einer Richtung, die er weder wünscht, noch versteht. Und diese unbehagliche Lage glaubt eben Genosse Liebknecht so formulieren zu können, daß die Nichtigkeit seiner Auffassung der orientalischen Frage durch die Entwicklung der Dinge tagtäglich bestätigt wird. ... Es mag sein, daß vom Standpunkte dieser Politik, d. h. vom Standpunkte des Krimkrieges, meine Auffassung der Orientfrage russenfreundlich erscheinen kann. Daß aber die Orientpolitik des Genossen Liebknecht vom heutigen Standpunkte „ein Dienst wider Willen dem Fort des europäischen Absolutismus“ ist, scheint mir ganz zweifellos. Liebknecht und eine russenfreundliche Politik! ... Das klingt wie ein schlechter Scherz. Aber solche schlechte Scherze weiß einem die Geschichte zu machen, denn es ist wiederum, „jedem ABC-Schützen des Sozialismus klar“, daß mit der Zeit „Verunst wird Unstimm, Wohlthat — Plage.“

Genosse Liebknecht gibt mir am Schluß zu verstehen, daß ich, indem ich mich mit der orientalischen Frage befaßt habe, gewissermaßen in seine Domäne eingedrungen bin, und daß ich besser thäte, mich nur mit den „russischen Greueln“ zu be-

schäftigen. Dies wäre jedenfalls eine neue, den Geschichtsschreibern bis jetzt unbekanntes fatale Folge des Krimkrieges, daß in den Sachen, in welchen Genosse Liebknecht sich zu Zeiten derselben eine Meinung gemacht hat, seine Seele mehr den Mund aufsthan darf. Am allerwenigsten ist aber eine so strenge „Zerlegung der Gewalt“ bei Genossen Liebknecht angebracht, der ja gerade eine polnische Sozialdemokrat (?!?) so arg in die Suppe gespuht hat, indem er mit Redensarten aus der Zeit des Krimkrieges dem polnischen Nationalismus Besorchtub leistete und so in einer unter den polnischen Sozialisten streitigen Frage Partei ergriff, die er weder aus eigener, noch aus fremder Anschauung, weder aus der Gladstone'schen noch aus einer anderen Presse kennt.

Ich schließe mit der Hoffnung, daß die Redaktion des „Vorwärts“ die obige Notiz aufnehmen wird, sogar wenn sie den nabeliegenden Eindruck gewinnen sollte, daß auch diese Notiz „von jedem Genossen in Deutschland, der an Schablonenarbeit Gefallen findet, hätte geschrieben werden können“.

Zürich, den 14. November 1896.

Rosa Luxemburg.*)

So Fräulein Rosa Luxemburg.

Ein Glück, daß das Russische: Le style c'est l'homme seine natürliche Ergänzung in dem: Le style c'est la femme hat. Wie der Stil, so die Frau, und so auch das Fräulein. Da kann ich mich denn kurz fassen.

Zunächst sei festgestellt, daß meine erbotene Gegenerin — deren, trotz aller Bosheit liebenswürdige Scherzchen in mir einen aufrichtigen Bewunderer gefunden haben — auch diesmal von Armenien nichts Thatsächlich Vorbringt. Und da ich sie nicht für so lumpenhaft bescheiden halte, ihr Licht unter den Scheffel zu stellen, so muß ich schließen, daß sie nichts Thatsächlich weiß, außer was jedermann weiß, der die russisch-englisch-pfälzischen Pamphlete über die armenischen Greuel liest.

Wenn ich in betreff der armenischen Greuel etwas zweifelhaft bin, so habe ich meine sehr guten Gründe. Ich stütze mich auf glaubwürdige Gewährsmänner, während die Greuelberichte ausnahmslos von russisch-englischen Agenten herrühren, welche den Auftrag haben, möglichst zu übertreiben und schwarz zu malen. Auch in Bulgarien wurden seinerzeit „100 000“ Christen gemeldet; und hintennach hat sich gezeigt, daß ziemlich ebensoviel Türken wie Christen das Leben verloren haben — und zusammen höchstens ein Zehntel soviel. Insbesondere die Griechen, von denen die Greuel-Nachrichten meist ausgehen oder doch hauptsächlich verbreitet werden, haben von altersher die Gewohnheit, bei Zahlen immer eine 0 hinzuzufügen, oft auch mehr als eine.

Wie ich — und beiläufig auch ein gewisser Marx und ein gewisser Engels, die orientalische Frage aufgefaßt haben, daß — so meint Fräulein Rosa Luxemburg sehr gnädig — mag vor 40 Jahren richtig gewesen sein, zur Zeit des Krimkrieges; seitdem — und das ist der Kernpunkt der Differenz — habe Rußland sich sehr verändert und auch die russische Politik gegen die Türkei und Europa sei eine andere geworden. Nun, Fräulein Rosa Luxemburg sieht da etwas gar zu rosafarben. Und beiläufig wurde, was sie heute über Rußland und die „unterdrückten Nationen“ sagt, schon in den fünfziger Jahren von Napoleonicen Demokraten gesagt.

Seit dem Krimkrieg hat sich in Rußland gewiß viel verändert, obgleich in der inneren Verwaltung und namentlich auch in der Militärverwaltung noch so ziemlich dieselbe Korruption und Lotterwirtschaft besteht wie zur Zeit des Krimkrieges. Im letzten Türkenkrieg vor 19 Jahren war die russische Armee ebenso miserabel wie vor 40 Jahren, und ohne den Rubel wäre sie von den Türken schmählich besiegt worden. Doch halt — an den Rubel glaubt ja Fräulein Rosa Luxemburg nicht. Daß die Montenegriner, vom Fürsten abwärts bis zum bescheidensten Vretuolen der Hummel-Annexion, russische Staatspensionäre sind und jederzeit bereit, für einen Rubel per Tag ein paar Türkenköpfe abzuschneiden — das sind Kleinigkeiten, welche die rosafarbene materialistische Russen-Weltanschauung des Fräulein Rosa Luxemburg nicht erschüttern — ebenso wie dies die Rubel nicht thun können, mit denen die Taschen der national-bulgarischen und national-armenischen Helden vollgepfropft waren, die 1886 den Battenberger abgingen, und dann noch in Bulgarien Duhende von Nordverrückten anstifteten, anarthische Dynamitattentate vorbereiteten, Stambulow, der die Beweise veröffentlicht hatte, vor zwei Jahren am hellen Tage in den Straßen von Sofia abschlachten, und vor einem Vierteljahr in Konstantinopel die Ottomane Bank stürzten. Auch die Millionen Rubel der serbischen Ratake — alles Phantasien oder Kleinigkeiten — nach Fräulein Rosa Luxemburg.

*) Infolge Stoffandrangs mußte der Brief leider zurückgestellt werden. Red. d. „V.“

Kunst und Wissenschaft.

Das Theater des Westens, das bereits jedes Genre durchprobiert hat, ist nunmehr zum Volkstheater heruntergestiegen und führt den „Schiedmann Hempel“, das neueste Werk der Firma Keller und Hermann auf. Die widrige, lächerliche Bezeichnung „Volkstheater“ verschwindet also noch immer nicht auf der deutschen Bühne. Sie enthält eigentlich eine Unverschämtheit in sich und sie kommt noch aus jenen Tagen, da der Dichter aus besseren Bürgerkreisen sich herabließ, mit dem „Volk“ sich gemein zu machen. In lehrhafter Absicht natürlich. Heute ist das Wort Volkstheater nur noch ein Dekumantel, unter dem man zurückgeliebene Anschauungen und noch schlimmeres mit erheblicher Nüchternheit verbreitet. — Herr Hempel wohnt am Kreuzberg und ist zeitweise ein reicher Buchbinder, zeitweise Schiedsrichter, immer aber ein kompletter Giel. Wie solcher Kretz, wenn er je in der Nähe des Viktoriaparkes gelebt hat, irgend ein humoristisches Interesse erwecken soll, das werden einzig und allein die Herren Verfasser wissen. Dieser Herr Hempel haßt die reichen Proben und liebt die Armen. Seine eigene Tochter soll nur einen Armen heirathen; das ist so die Spezialität dieses reichen Buchbinders. Dazu hat er ein goldenes Berliner Herz. Er wirft nur so um sich mit Wohlthätigkeit. Das machen sich aber schlechte Kerle zu nütze und rupfen den braven Hempel tüchtig, bis ihm endlich die Augen aufgehen und er von seiner Wohlthäter-Kante geheilt ist; zum Erzählen aller Bürger, die sparsam sind und wirtschaftlich. Ein paar Kouplets, darunter eines zum Frauenkongreß, ganz im Sinne der Rückwärtskammer, bilden den Auspus der traurigen Hempthiade! — Herr Hohlant kann ja mehr, als er in der Rolle des Hemptle zeigt; aber für seine Kouplets fand er lebhaften Beifall, ebenso wie Fr. Berger und Herr Löwe für ihre scharf pointierten Strophen.

Ein „Karl Löwe-Abend“ veranstaltet die Zeitung des „Sch.“ er-Theaters in der Reihe ihrer Dichter- und Ton-dichte-Abende im Bürger-Anne des Rathhauses zur Feier des 100. Geburtstages des Balladen-Komponisten. Karl Löwe ist am 30. November 1798 geboren; Sonntag, den 29. soll die erwähnte Feier stattfinden. — Im Schiller-Theater findet heute eine Wiederholung von „Der Pfarrer von Kirchfeld“ statt.

Heilung von Lupus. Die „Nat.-Ztg.“ schreibt: Geheimer Rath Prof. Liebreich und seine Patienten halten mit seltener Ausdauer an der Lupusbehandlung mit lautaridinurem Natron fest; dafür werden sie aber auch durch Erfolge belohnt, wie sie bisher weder durch operative, noch durch innere Behandlung erzielt wurden. In der letzten Sitzung der Berliner Huseland-Gesellschaft konnte Prof. Liebreich wieder vollständig geheilte Patienten vorstellen. Der eine, in der Person eines achtjährigen Kleinen, wurde von den Ärzten als ein wahrer Wunderknaub betrachtet. Er befindet sich schon seit 1891 in Behandlung. Der Knabe hatte Lupus an der Wange und am Körper; beide Stellen sind jetzt glatt vernarbt und auch die genauesten Untersuchungen mittels Durchleuchtung und Glasdruck bieten keine verdächtigen Rudimente mehr dar. Der Knabe vertraut das lautaridin auch in größeren Dosen ausgegeben, so daß niemals Störungen eintreten. Die Behandlung zeigt in den ersten Wochen einen rapiden Heilverlauf; derselbe geht alsdann nur langsam und kaum merklich vor sich, so daß lange Zeiträume zur endgültigen Heilung notwendig sind. Die Patienten, besonders solche, die vorher chirurgisch behandelt wurden, sind mit der wenig eingreifenden Methode sehr zufrieden. Professor Liebreich hat augenblicklich einen Patienten mit ausgedehntem Lupus in Behandlung, der zwei Jahre lang bei dem Prälaten Kneipp zur Kur gewesen war und dessen Gesicht in dieser Zeit schreckliche Verwüstungen durch die Kränktheit erlitten hat.

Ueber die Ergebnisse der wissenschaftlichen Ballonfahrten, die in der dritten Stunde des 14. November ziemlich gleichzeitig in verschiedenen Städten des europäischen Continents veranstaltet worden sind, wird jetzt im „Reichs-Anzeiger“ berichtet. Das Resultat der Fahrten läßt sich in folgendem zusammenfassen: Von den vier gleichzeitig aufgestellten unbemannten Registrierballons erreichte der französische, der bei Graide in Belgien aufgefunden wurde, die größte Höhe, gegen 15 000 Meter, und die niedrigste Temperatur, — 63 Grad; zunächst kam ihm der im Schwarzwald niedergegangene Straßburger Ballon mit gegen 8000 Meter Höhe und — 30 Grad Temperatur; beides waren völlig neue und erheblich größere Ballons als der unsrige, welcher bis 6000 Meter flog und eine Temperatur von — 25,6 Grad aufzeichnete. Der russische Ballon, wahrscheinlich ebenfalls ein älterer Militärballon, kam nur

bis 1500 Meter Höhe, wo er platzte. Von den bemanneten vier Ballons drang derjenige der Berliner Luftschiffer-Abtheilung am höchsten vor, bis rund 5700 Meter, und fand eine Temperatur von — 24,4 Grad; der russische, welcher in St. Petersburg aufstieg, kam bis rund 5000 Meter, wo — 27 Grad (oder — 24 Grad ?) beobachtet wurden; der Münchener Ballon, der bei Linz landete, erreichte 3400 Meter; von dem zweiten in Warchau aufgestiegenen Ballon ist die Maximalhöhe nicht bekannt. Interessant sind ferner die von den Ballons eingeschlagenen Richtungen und die entsprechenden mittleren Windgeschwindigkeiten. Der St. Petersburger Ballon wurde von einem Nordostwind mit einer durchschnittlichen Geschwindigkeit von 9 Metern in der Sekunde geföhrt. Der Warchauer Ballon hatte NNW-Wind; genau entgegengesetzt, SSW, wehte der Wind, welcher den Berliner Militärballon mit einer Geschwindigkeit von 5 Metern per Sek. föhrete. Der Münchener Ballon fand reinen Westwind von 8 Meter per Sek. Geschwindigkeit; ebenfalls Westwind der Straßburger Ballon, der Pariser aber Südwest von 12 Metern per Sek. Geschwindigkeit.

Der italienische Alpenklub hat beschlossen, auf der Guinetispitze des Monte Rosa (4569 Meter) ein wissenschaftliches Observatorium zu erbauen. Man verspricht sich von dem neuen Observatorium die Möglichkeit exakter wissenschaftlicher Beobachtungen als von dem Observatorium auf dem Montblanc, weil dieses letztere auf sich bewegenden Schneee- und Eismassen steht, während das erstere auf dem nackten Felsen errichtet wird.

Schwedische Polarexpedition. Vor einigen Tagen legte in der anthropologischen Gesellschaft zu Stockholm der Geologe Professor Nathorst den Plan zu einer schwedischen Polarexpedition im nächsten Sommer dar. Die Expedition, die aus einem Geologen, einem Botaniker, zwei Zoologen, einem Hydrographen, einem Meteorologen und einem Kartographen und Photographen bestehen würde, sollte einen Theil von Spitzbergen, das König Karls-Land, sowie die Gegenden östlich vom Nordostland ausforschen. Der Kostenanwand wird auf etwa 70 000 Kronen geschätzt. Die Expedition sollte womöglich im Herbst zurückkehren, sollte aber für eine eventuelle Ueberwinterung ausgerüstet sein.

Kleinigkeiten, die nicht zählen, weil die ganze russische Orientpolitik total gewechselt hat. Jetzt ist Rußland für die Erhaltung der Türkei — für ihre „Integrität“, freilich — sagt Fräulein Rosa Luxemburg, in deren Hirn, durch den Rebell ihrer materialistisch-optimistisch-rosafarbenen Geschichtsauffassung, doch ein verirrter Lichtstrahl gedungen zu sein scheint: bloß „einstweilen.“

Ich bitte Fräulein Rosa Luxemburg, einmal das Brodhaus'sche Konversations-Begikon zu studieren; sie wird darin entdecken, daß Rußland schon vor dem Krimkrieg wiederholt der Verbündete der Türkei war — gerade wie jetzt — und für „die Integrität der Türkei“ schwärmte, gerade wie jetzt, und auch „einstweilen“, d. h. bis zum geeigneten Moment der Verschlingung — gerade wie jetzt.

Daß Rußland seit 70 Jahren alle türkischen Reformversuche systematisch hintertrieben, der Türkei systematisch Verlegenheiten bereitet hat — nun, das sind ebenfalls Kleinigkeiten, die für Fräulein Rosa Luxemburg nicht bestehen. Und daß Rußland unmittelbar nach der endgiltigen Annexion von Elsaß-Lothringen die Verträge mit Europa, die ihrer Eroberungspolitik einen Zaum anlegten, für zerrissen erklärte, das ist Fräulein Luxemburg offenbar aus dem Gedächtnis verschwunden — gleich den Auslassungen, die ein gewisser Karl Marx 1870, nach der Schlacht bei Sedan, über die Folgen der Annexion von Elsaß-Lothringen machte.

Doch darum keine Feindschaft nicht. Daß ich für die russische Kulturmission blind bin, scheint an einem Erbfehler zu liegen. Auch mit Vis a r e t ist mir es einst ähnlich gegangen. Es gab Leute, die von Bismarck so rosafarben urtheilten wie Fräulein Rosa Luxemburg von Rußland, und die es fertig brachten, mir zu beweisen, daß ich mich in Bismarck irre, daß er sehr radikal und revolutionär sei und ich, der noch in den überwindlichen 48er Ideen stecke, ein Reaktionsär und Phylister. Was heute „die materialistische Geschichtsauffassung“ thut, die alles als notwendig begreift, das that früher die Hegel'sche Logik mit ihrem: „alles was ist, ist vernünftig.“ Und Herr Miguel, der Ex-Kommunist, jetzt preussischer Finanzminister und die Vorsehung der preussischen Junker, der seinen Marx und dessen materialistische Geschichtsauffassung gewiß so gut kennt, wie Fräulein Rosa Luxemburg, hat seinerzeit, während er im Wannensee der Gründerperiode herumplätscherte, und nicht „Kallierte“ als Phylister und Reaktionsär verspottet, weil wir den Gründerschwindel nicht mitmachten, „den Auflösungsprozeß der Gesellschaft dadurch nicht beschleunigten.“

Und nun verabschiede ich mich — nicht auf Wiedersehen im „Vorwärts“. Zum Schluß aber wiederhole ich ganz ernsthaft meinen Rath, Fräulein Rosa Luxemburg möge sich künftig mehr mit den polnischen als mit den armenischen Geueln beschäftigen. Sie kommt dann nicht in Gefahr, so ungerecht beurtheilt zu werden, wie es ihr schon geschehen ist, und namentlich bei ihren sozialistischen Bandelanten, — die beiläufig nicht mich im Verdacht haben, ihnen in die Suppe gespuckt zu haben, sondern u. a. einen gewissen Jemand, an dessen Nennung mich die Galanterie hindert. Sie erinnert sich doch wohl noch der fatalen Debatten auf dem Züricher Kongreß. Und sie hat doch wohl auch erfahren, daß sie ihre Aufnahme in die polnische Delegation des Londoner Arbeiterkongreßes nur der Intervention der beiden deutschen Bureau-Mitglieder verdankte: Paul Singer's und des Unterzeichneten.

B. Siebknecht.

Berlin, 20. November 1896.

Verfassungen.

Kylographen-Kongreß.

Sitzung Montag Nachmittag. Nach Schluß der Debatte wurde die Resolution Binder in folgender Fassung angenommen: „Der Kongreß hält, um die Konkurrenz der photomechanischen Reproduktionsarten zu bekämpfen, die künstlerische Ausbildung der Kollegen für notwendig und empfiehlt die Unterstützung aller dahingehenden Bestrebungen. Zur Wahrung der materiellen Interessen der Kollegschaft hält der Kongreß die Durchführung der achtstündigen Arbeitszeit, die Beschränkung der Ueberzeitarbeit auf das Mindestmaß und die Aufhebung der Sonntagsarbeit für notwendig. Ferner hält der Kongreß auch die Durchführung des Zeitlohnes gegenüber dem Akkordsystem für vorteilhafter, und ist als vorläufig durchführbares Mittel zur Beförderung unserer trübten Konkurrenzverhältnisse die Festschließung eines Minimallohnes sowohl für Zeit- wie für Akkordarbeit zu erstreben. Diese Forderungen sind auf dem Wege gütlicher Vereinbarung mit den Prinzipalen durchzuführen. Stellen sich dem Hindernisse entgegen, so sind alle jene Mittel in Anwendung zu bringen, welche geeignet sind, den genannten Forderungen Geltung zu verschaffen. Es ist Pflicht jedes Kollegen, diese Bestrebungen materiell und moralisch zu fördern.“

Es wurde nun zur Verathung der Belehrlingsfrage geschritten. Wie der Referent Dorn-Leipzig ausfuhrte, haben sich die Lylographen in den 70er und 80er Jahren durch das Uebernehmen von Lehrlingen geschädigt. Um die Zahl derselben festzustellen, wurde dann eine Stammliste der Belehrlinge aufgestellt, und den Prinzipalen der Wunsch nahegelegt, keine neuen Lehrlinge anzunehmen. Dies möge zwar als ein beschränkter, egoistischer Standpunkt erscheinen, jedoch sehr er (Medner) keinen gangbaren Weg, um den Gehilfen die Konkurrenz des neuen Zuwachses fern zu halten. Er empfahl daher, sowohl an der Stammliste festzuhalten, welche einen sicheren Ueberblick über den zu erwartenden Zuwachs gebe, und ferner auf der Forderung, keine neuen Lehrlinge einzustellen, zu beharren. Binder und Muller traten dieser Ansicht entgegen, da die Zunahme der Lehrlinge in den besser bezahlten Berufen eine Folge der industriellen Entwicklung sei, und sich durch Kongreßbeschlüsse nicht aus der Welt schaffen lasse. Nur durch eine feste Organisation könne man dem Sinken der Löhne entgegenzutreten. Strecker-Berlin empfahl, nur eine Beschränkung und Ueberwachung des Belehrlingswesens zu fordern. Für die Belehrlinger komme diese Frage nicht in Betracht, da wegen der Schwierigkeit der Ausbildung Lehrlinge in diesem Fach nur sehr vereinzelt vorhanden wären. In der technischen Branche habe dagegen die Zahl der Belehrlinge ganz bedeutend zugenommen. Nach weiterer Debatte wurde folgende Resolution angenommen: Der Kongreß hält die Devise: „Keine neuen Lehrlinge“ der heutigen geschäftlichen Lage nicht entsprechend. Er steht in der „Beschränkung der Zahl der Leh-

linge und in der künstlerischen Ausbildung“ die neue Devise. Entschieden bekämpft soll jene Massenabfertigung von Belehrlingen werden, welche es ermöglicht, durch diese billigen Arbeitskräfte unläuter Konkurrenz zu treiben. Die Beibehaltung der Stammliste wurde gleichfalls beschlossen.

Bezüglich der Arbeitszeit und des Lohnes wurde folgender Antrag der Techniker-Berlin angenommen: Achtstündige Arbeitszeit, 24 M. Minimallohn pro Woche, 10 Pf. Minimalpreis für den Quadrat-Zentimeter. Bei Arbeiten, die sich nicht zur Zahlung nach Quadrat-Zentimetern eignen, tritt Zeitlohn ein, d. h. der durchschnittliche Arbeitsverdienst und 25 pCt. Zuschlag. Die Festschließung eines Minimal-Akkordpreises für belletristische Arbeiten hielt der Kongreß für noch nicht spruchreif und empfahl diesen Punkt zur weiteren Diskussion in der Zeitschrift und in Versammlungen.

Hierauf wurde ein Antrag, der sich gegen die Heimarbeit richtet, zur Debatte gestellt. Binder-Berlin sprach gegen diesen Antrag. Zwar hält er die von anderen Rednern für denselben angeführten Gründe für zutreffend, meint aber, diese Forderung sei nicht durchführbar, da die Hausarbeit von vielen Kollegen der Atelierarbeit vorgezogen werde, umso mehr, da dieselben gewöhnlich für mehrere Geschäfte arbeiten. Der Kongreß beschloß, allen Berufsangehörigen dringend zu empfehlen, die Hausarbeit zu vermeiden und in allen Fällen die Atelierarbeit zu bevorzugen. Dem Kongreß lagen mehrere Anträge vor, welche dahin zielen, dem Publikum und den Verlegern die Vorzüge des Holzschnitts vor der Zinkographie vor Augen zu führen, um die Konkurrenz der letzteren einzubämmen und dadurch den Lylographen mehr Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Mehrere Redner machten geltend, daß die Zinkographie zweifellos den minderwerthigen Holzschnitt verdrängen werde. Das einzige, was man thun könne, sei, sich die wirklich künstlerischen Ausführungen zu sichern. Uebrigens sei die Bekämpfung der Konkurrenz nicht Sache der Gehilfen, das möge man den Prinzipalen überlassen. Von anderen Rednern wurde bemerkt, daß in diesem Punkte die Interessen der Gehilfen mit denen der Prinzipale zusammenfallen und daß man doch etwas zur Hebung des Holzschnitts und zur Bekämpfung der Zinkographie thun müsse. Nach lebhafter Debatte wurde beschlossen, den Verbänden die Beschickung von Ausstellungen zu empfehlen zum Zweck der Demonstration gegen die Zinkographie.

In der Sitzung am Dienstag wurde die Frage der Organisation behandelt. Der Referent Strecker-Berlin fuhrte aus, daß zuerst im Jahre 1874 ein Verband der deutschen Lylographen gegründet worden ist, der sich jedoch, weil damals die Lage des Berufs eine äußerst glänzende war, nur mit Nebenfragen beschäftigte. Dieser Verband mußte sich im Jahre 1885 auflösen, weil er nach Auffassung der Behörde den Bestimmungen der Besetze nicht entsprach. Dann bildeten sich in den großen Städten Lokalvereine, in denen sich ein recht gesundes Leben entfaltete, und die sich auch, veranlaßt durch die geschäftliche Krise im Jahre 1885 mit ernstlichen Fragen beschäftigten und die Arbeitslosen-Unterstützung einführten. Außerdem besteht in Stuttgart der Verband deutscher Lylographen, dessen Mitglieder sich über ganz Deutschland verbreiten. Die Lokalorganisation habe jedoch manche Mängel, weshalb eine Zentralisation vorzuziehen sei. Diese dürfte allerdings nicht so straff sein, daß die Bewegungsfreiheit der Kollegen an den einzelnen Orten gehemmt werde. Es sei deshalb rathsam, wenn man eine Eintheilung in bezug auf Beiträge, Leistungen und Karenzzeit der einzelnen Vereine herbeiführe, im übrigen aber die Organisation einweilen nicht zu ändern, sondern abzuwarten, was das in Aussicht gestellte neue Vereinsgesetz hinsichtlich der Verbindung von Vereinen vorschreiben werde. Nach kurzer Debatte, in der im großen und ganzen Uebereinstimmung mit dem Referenten hervortrat, wurde folgende Resolution angenommen: „Der Kongreß empfiehlt den Berufsangehörigen, die Frage der Zentralisation unserer Organisation erst nach Regelung der Vereinigungsverhältnisse zu bringen.“ Ferner gelangte zu diesem Punkt folgender Antrag zur Annahme: „Denjenigen Berufsangehörigen, welche an Orten thätig sind, wo keine Lylographen-Organisation besteht, empfiehlt der Kongreß dringend, sich der nächstgelegenen Organisation anzuschließen, wenn die Zahl der am Orte befindlichen Kollegen zu klein ist, um eine selbständige Organisation zu gründen.“ Zum nunmehr folgenden Punkt der Tagesordnung wurde beschlossen, in Zukunft je nach Bedarf einen Kongreß der Lylographen einzuberufen. Hierauf fand die Verathung über die „Zeitschrift für Lylographen“ statt. Diese wird herausgegeben vom Leipziger Lylographenverband und erscheint gegenwärtig acht Mal im Jahre. Der Referent Dorn-Leipzig bemerkte unter anderem, ein wesentlicher Mangel der „Zeitschrift“ bestehe darin, daß sie sich die Bekämpfung des Klassenbewußtseins der Gehilfen nicht angelegen sein lasse und überhaupt den Klassenstandpunkt der Arbeiter nicht energisch vertritt. Das liege aber daran, daß es unter den Lylographen erst wenige gäbe, die den Klassengegensatz begriffen hätten, und daß die für das Organ schreibenden Kollegen sich scheuten, den Klassenstandpunkt entschieden zu betonen, weil sie befürchten, infolge dessen ihre Stellung zu verlieren, was für einen älteren Lylographen, wenn er nicht eine besonders hervorragende Arbeitskraft sei, mit der Existenzlosigkeit gleichbedeutend sei. Damit schließt die Vormittags-Sitzung.

In der Nachmittags-Sitzung vom Dienstag wurde die Debatte über die Zeitschrift fortgesetzt. Mehrere Redner übten Kritik an der Redaktion, Meyer und Dorn-Leipzig hielten eine Verlegung derselben nach Berlin der Erwägung werth. Dagegen war Strecker-Berlin der Meinung, daß auch die Verlegung nicht geeignet sei, die gerügten Mängel dauernd zu beseitigen, so lange die Redaktions-Arbeiten von den Kollegen unentgeltlich neben ihren Berufsarbeiten gemacht werden müssen. Erst wenn man einen unabhängigen besoldeten Redakteur anstellen könne, sei eine Verlegung, auch hinsichtlich der Vertretung des Klassenstandpunktes, zu erwarten. Ein Kollege, der in diesem Sinne die Zeitschrift leitete, mache sich natürlich bei den Prinzipalen unbeliebt und schädige dadurch seine Existenz. Der Kongreß beschloß, jährlich zweimaliges Erscheinen, unentgeltliche Aufnahme der Publikationen und Vereinerung der Zeitschrift zum Selbstkostenpreis an organisierte Kollegen zu empfehlen.

Die Verlegung der Redaktion soll erst mit der entgeltlichen Regelung der Organisationsfrage gleichzeitig berathen werden. Ferner wurde zu diesem Punkt eine Resolution des Referenten Dorn angenommen, welche besagt, daß ein gedeihliches Fortleben der Zeitschrift nur möglich sei, wenn die Herausgabe und Redaktion nicht von einer Person, sondern von dem ge-

sammlten Ausschuss befohrt würden und die Kollegen sich als Mitarbeiter regen betheiligen.

Ohne Debatte nahm der Kongreß einen Antrag von Strecker-Berlin an, im Jahre 1897 eine umfassende Statistik über die Berufsverhältnisse der Lylographen aufzunehmen. Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Eine öffentliche Verammlung der Lylographen, Steinbrücker und Berufsangehörigen, die am 23. d. St., nahm den Bericht über die stattgefundenen Verhandlungen der Streikenden mit dem Ausschuss der Chromolithographen-Vereinigung entgegen. Aus den Verhandlungen ist hervorzuheben, daß unter der Bedingung, daß seitens der Streikenden der Ausstand offiziell für beendet erklärt wird, die Prinzipale für die gesamten Ringfirmen folgende Erklärung abgeben: 1. Eine Bezahlung der gesetzlichen Feiertage findet nicht statt. 2. Die Urtheile vor dem Gewerbegericht sollen nicht vollstreckt werden. 3. Die Arbeitszeit beträgt für Lylographen im Winter 8, im Sommer 8 1/2 Stunden, für alle in der Druckerei Beschäftigten 9 Stunden. 4. Eine Maßregelung findet nicht statt und werden sämtliche Ausständigen successive wieder eingestellt. 5. Alle diejenigen, welche nach Beendigung des Ausstandes im Arbeit treten, haben eine Unterschrift betreffend die Anfertigung der Streifenarbeit nicht zu leisten. Der Berichterstatter des Ausschusses schilderte eingehend den Gang der Verhandlungen und betonte, daß, nachdem aus den eigenen Reihen der Steinbrücker die Zahl der Streikbrecher täglich zunahm, die Aussichten für eine schnelle Beendigung des Ausstandes immer mehr schwanden. Die Kommission hielt es deshalb für ihre Pflicht, im Interesse der großen Zahl existenzloser Kollegen zu empfehlen, den Ausstand offiziell für beendet zu erklären. Medner schloß mit dem lebhaftesten Appell an die Anwesenden, durch den Auszug des Streiks nicht entauchtigt bei Seite zu treten, sondern mit erneuertem Eifer für ihre Interessen innerhalb der Organisation zu wirken. (Lebhafter Beifall.) Die nachfolgenden Redner bezeichneten den Erfolg der Fabrikanten als einen Pyrrhussieg und wiesen auf die aufopferungsfreudige Stimmung hin, mit der von der großen Mehrzahl der Berufsangehörigen der Kampf geführt wurde. Der Abschluß ist von den Fabrikanten mit empfindlichen Opfern herbeigeführt, für die Arbeiter aber ein Ansporn, Ausdauer in den Kreisen ihrer Kollegen zu verbreiten. Aus den Berichten über die einzelnen Werkstätten war zu entnehmen, daß nur ein Theil der Ausständigen in Arbeit getreten ist. Beschwerden über die Nichterfüllung der Vereinbarung möge man an das Mitglied des Ausschusses A. Schulz, Brunnenstr. 130, richten. Sodann gelangte die schon gestern im „Vorwärts“ wiedergegebene Resolution zur Annahme und wurden die in Arbeit stehenden Berufsangehörigen verpflichtet, zur Unterstützung der Arbeitslosen 5 pCt. ihres Verdienstes beizusteuern. Mit einem begeisterten aufgenommenen Hoch auf die Organisation erfolgte der Schluß der Verammlung.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der Gast- und Schaftwirths hielt am 20. November eine außerordentliche Generalversammlung ab. Zur Verathung standen einige Abänderungsanträge zu dem bisherigen Statut. R. S. h. n. theilt zunächst mit, daß der Vorstand und die Rechtsschutz-Kommission die Statuten eingehend durchberathen haben und nur wenige Veränderungen empfehlen. Eine Umgestaltung erfordern §§ 2, 3, 6 und 7 des Statuts, dagegen wurde das Rechtsschutz-Reglement in seiner Fassung beibehalten. Der § 6 machte in der neuen Fassung die Wahl eines Beisetzers notwendig und wurde Trittelwäh mit diesem Amt betraut. Uebam ersatete Gärtner den Bericht der Hünser-Kommission, die feststellen konnte, daß die gegen Schöning erhobene Anschuldigung auf Verleumdung beruhe, da von den acht Zeugen nicht einer in der Lage war, den Schaiten eines Beweisfah für die gegen Schöning erhobenen Verdächtigungen herbeizubringen. In einer zweiten Sache, die der Kommission zur Untersuchung vorlag, wurde behauptet, daß Luhn einen seiner Konkurrenten demüthigt habe. Luhn hat dies selbst zugegeben, aber damit entschuldigt, daß er gleichfalls zweimal von jener Seite demüthigt wurde. Die Verammlung beschloß mit allen gegen zwei Stimmen, Luhn für sein Benehmen, das nicht zu rechtfertigen sei, einen Beweis zu ertheilen. Der Verein gewährte sodann seinem Mitglied Grindel den Rechtsschutz, um den Konflikt mit der Polizei, der am Sußttag entstand, bis zur höchsten Instanz durchzuführen.

Die Staeker hielten am Montag eine öffentliche Verammlung ab, in der Genosse Jahn über Zweck und Ziele der Gewerkschafts-Organisation referirte. In der hierauf folgenden Diskussion wurden von Borchert, Franke, Graß und Huffe die Arbeits- und Lohnverhältnisse besprochen und alle Staeker aufgefordert, sich der bestehenden Organisation anzuschließen. Eine in diesem Sinne gefasste Resolution wurde einstimmig angenommen. Unter „Beschädigten“ wurden von mehreren Rednern die Lohnhinterziehungen und Betrügereien seitens der Pauschwindler, sowie die Schmutzkonkurrenz lebhaft besprochen. Nicht nur, daß ein Wochenlohn von 18 Mark gezahlt wird, die Arbeiter werden auch darum noch betrogen dadurch, daß man ihnen mehrfach nach drei Wochen 18 Mark auszahlt; durch Klagen ist nichts zu erlangen. Um diese Uebelstände zu beseitigen und die Kollegen vor Betrügereien zu schützen, sollen an Aufregung von Borchert künftig wieder die „Morgensprachen“ eingeführt werden. Die Vereinsversammlungen finden regelmäßig jeden Sonntag nach dem 1. des Monats im Lokal von Buse, Grenadierstr. 33, statt, wo auch die Beiträge entgegengenommen werden.

Arbeiter-Bildungsschule. Donnerstags Abends 9 Uhr bis 10 1/2 Uhr: Gebäudeschule, Waldemarstr. 14. Nebst-Verlesung (Die wichtigsten Lehrlingsgrundlagen für die Kunst des öffentlichen Rednens. Lehrer vom Institut des Reichs-Schulraths). Herr Heinrich Schulz. — Nordische Schule, Brunnenstr. 8. Unterricht (Alle Geschlechter). Vorst. Festschließung der Religionen. Orientalische Völker. Griechen und Römer. Herr Dr. C. Günz.

Arbeiter-Bundbesuch Berlin und Umgebungen. Vorsitzender Ad. Neumann, Potsdamstr. 3. Alle Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedrich Kottum, Montanstr. 49, v. 1. 2. r.

Arbeiter-Bundbesuch Berlin und Umgebungen. Vorsitzender Ad. Neumann, Potsdamstr. 3. Alle Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Otto Schulz, Kolonnen Platz 72.

Grund der gesetzlichen Arbeitsvereinerung Berlin und Umgebungen. Alle Aufschriften, den Bund betreffend, sind zu richten an Hermann Gahn, Schönhauser Allee 177 c.

Langfello w. English Conversational- & Reading-Club. Meeting every Wednesday, 9 o'clock at Tottenham, 91 Wall-Street. Guests are welcome.

Landsmannschaft der Schloßwieg-Geldmacher. Heute Abend 8 1/2 Uhr Zusammenkunft in G. Feuerstein's Behältnis, Alie Jakobstr. 76.

Chantierverein „Lata-Tele“. Heute Abend 8 1/2 Uhr Sitzung im Restaurant von Kattina, Jolysstr. 8.

Donnerstag, den 20. November: Großes Gänse-Ausspicken 1577b. Kochstr. 55, Leng.

Vereinszimmer, 80—40 Pers. fass., ist zu vergeben Kochstr. 4. 1579b

Ehrhartoffel am Nordhafen l. Kahn.

Kuaben-Anzüge u. Mäntel in größ. Auswahl sehr bill. **Otto Hoffmann,** 1580b Veteraansstr. 14.

Thetzahlungs. Monatl. 10 M., Ref. reale Anzüge nach Maß nur an sichere Kunden, gegen Baar zu jedem billigsten Preis. **Tompowski,** Schneidermeister. Berlin C., Zädenstr. 37, 1 Tr.

Regulat., Remontoir-Uhren. **Betten,** Spoth. Neanderstr. 6, Pfandl

Kinderwagen-Bazar Max Brinner, Jerusalemstr. 42, Brunnenstr. 6, Dresdenstr. 125.

Großartige Auswahl von Kinder- und Sportwagen, billigst. Theils gestattet.

Wuppenwagen (Weihnachtsausverkauf) außerord. billig.

Möbel auf Theilzahlung. J. Kellermann, Neue Jakob-Strasse Nr. 26.

Winterpaletots, Anzüge, Hosen, Goldw. Spottbillig. Neanderstr. 6, Pfandbleiche.

Kanarienhähne Oranienstr. 170 v. R.

Brockhaus', Meyer's Lexikon, Brehm's Thierleben, Wörter- und Bibliotheken jeder Wissenschaft beliebt und kauft Antiquariat Kochstr. 56.

Große Betten 12 M. (Oberbet., Unterbet. (weil Mitten) mit geräumigsten neuen Federn bei Gustav Laßig, Berlin N., Brunnenstr. 46. Brühlstr. 46. Telefon 1000. Diele Kartennummern abgeben.)

Möbl. Zimmer an 1 auch 2 Genossen (sol. bill. als Schlafst. 3. verum. 1583b) **Borchardt,** Streckerstr. 52, v. II.

Möbl. Schlafst., sep., Reichenbergstr. 142 D. I. III. Biv. Ballhausen.

Fedel. Schla-Zimmer mit Balkon für 1 Herrn, Pr. 12 M., bei Otto Müller, Leibstr. 170 v. R. 1578b

Arbeitsmarkt. Achtung, Holzarbeiter! Die Kollegen der Werkstatt von Neumann, Große Hamburgerstraße 4, haben wegen Differenzen und die Kollegen der Werkstatt von Peptner, Seydelstraße 29, wegen Lohnunterschieden die Arbeit niedergelegt. 79/2

Jung fernhalten! Die Ortsverwaltung des Holzarbeiter-Verbandes. Karton-Arbeiterinnen verl. 1574b Eigmund Mann, Neue Königstr. 11. Karton-Arbeiterinnen, geübte, verl. M. Wolff, Neue Friedrichstr. 48. 1578b

Tüchtige Vertreter werden von einer leistungsfähigen Zigarren-Fabrik Norddeutschlands für sofort an allen Orten gesucht. Gest. Offert. mit Angabe des ungefähren Umfanges u. A. A. an die Exp. d. Zeitung erbeten. 4482

Papierfortirerinnen verlangt, hntte, geübte Leute bevorzugt, 1584b **Schmied,** Fruchtstr. 74.

Wardiererin gefürchtete Dertmenneiken verl. **Kreitner,** Neue Königstr. 85, II.

Zusammenfäher und Umkleier wird verl. **Brieherr,** 7. 1582b

Ein tüchtiger Feiler u. Schleifer auf Tonkin verl. **Stockfabrik Ritterstr.** 15.

Ein persell. Kartonspappen-Zuschneider findet dauernde Stelle. Meldungen unter O. 21 Exped. d. Bl. 1572b

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Mittwoch, 25. November:
Opernhaus. Venenato Cellini.
Schauspielhaus. Was ihr wollt.
Deutsches Theater. Morituri.
Berliner Theater. Renaissance.
Essing-Theater. Der Abend.
Theater des Westens. Schiedsmann Hempel.
Neues Theater. Hochsprünge. Vorher: Die stillliche Forderung.
Residenz-Theater. Verschwunden.
Schiller-Theater. Der Pfarrer von Kirchfeld.
Thalia-Theater. Das Wetterhäuschen. Zwei Schwiegeröhne.
Elite-Alliance-Theater. Schwarze Diamanten.
Mend-Theater. Der deutsche Michel.
Volks-Theater. Der arme Poet. Das vierte Gebot. Don Juan von rückwärts.
Theater unter den Linden. Der Ehemann vor der Thür. Unter den Linden.
Zentral-Theater. Eine wilde Sache.
Friedrich Wilhelmstadt-Theater. Wohltätigkeits-Vorstellung.
Alexanderplatz-Theater. Nansen's Reise nach dem Nordpol.
Hausmann's Varietés. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater.
 (Wallner-Theater.)
 Mittwoch, abends 8 Uhr: Der Pfarrer von Kirchfeld.
 Donnerstag, abends 8 Uhr: Demetrius.

Ostend-Theater.
 Grosse Frankfurterstr. 132.
 Direktion: Carl Weisk.
 Heute und folgende Tage:
Der deutsche Michel.
 Anfang 8 Uhr.
 Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Lorbeerbaum und Bettelstab.

Friedrich Wilhelmstadt-Theater
 Schauffstr. 25/26. Dir. Max Samst.
 Wohltätigkeits-Vorstellung zum Besten d. Hinterbliebenen der mit d. Kanonenboot untergegangenen Seeleute.
Vrolag: Die Gelben des Alis.
 Von Victor Savarens.

Der Narr. Von Edgar Allan Poe.
Hönig King.
 Dramatisches Heldengedicht in 3 Akten von Victor Savarens.
 Anfang 8 Uhr.
 Donnerstag, Freitag und Sonnabend:
Wasspiel

des großen italien. Opern-Ensemble's vom Scala-Theater in Mailand unter Leitung ihres Intendanten G. Briziana.
Der Troubadour.
 Oper in 4 Akten von G. Verdi.
 Sonnabend, 28. November: Kinder-Vorstellung: Schneewittchen und die sieben Zwerge.
 Sonntag, 29. Novbr., nachm. 8 Uhr: Wilhelm Tell. Von Fr. von Schiller.
 Billets zu den angekündigten Vorstellungen sind ohne Vorbestellungsgebühr zu haben: an der Theaterkassa, außerdem im „Invalidendank“, Unter den Linden 24, und im Cigarrengeschäft von Paul Romeick, Leipzigerstr. 6.

Moabiter Stadttheater.
 Alt-Moabit 48.
 Heute, sowie jeden Mittwoch:
Stettiner Sänger
 (Moysel, Pietro, Britton, Steidl, Krona, Röhl und Schrader.
 Anfang präz. 8 Uhr. Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf. (siehe Plakate.)
Neues Programm.
 Donnerstag:
 Concerthaus Sanssouci.

Alexanderplatz-Theater.
 Größter Erfolg der Saison.
 Neue Dekorationen. Neue Kostüme.
Nansen's Reise nach dem Nordpol.
 Ausstattungsstück mit Gesang in 4 Akten (8 Bildern) von Hugo Basse. Musik von Albert Richter.
 Infolge des kolossalen Andranges sind Billets drei Tage vorher zu haben.
 Morgen und die folgenden Tage: „Nansen's Reise nach dem Nordpol“.
 Sonntag, nachm. 4 Uhr, zum letzten Male: Der Rattenlänger von Hameln.

Central-Theater.
 Alte Jakobstr. 30.
 Direktion: Richard Schultz.
Emil Thomas a. G.
 Zum 66. Male:
Eine wilde Sache.
 Große burleske Ausstattungsgosse mit Gesang und Tanz in 6 Bildern von W. Mannstädt und J. Freund. Musik von J. Gindshofer.
 Anfang 1/8 Uhr.
 Morgen und die folgenden Tage: Eine wilde Sache.

Thalia-Theater
 (vormals: Adolph Ernst-Theater)
 Dresdenstr. 72/73.
Das Wetterhäuschen.
 (Weather or no.)
 Musical Genrebild von Adrian Rof. Deutsch von Hermann Diefchel. Musik von Bertram Eward Selby.
 Darauf:
Zwei Schwiegeröhne.
 Schwan in 4 Akten von M. Boucheron. Deutsch von Max Schönanne.
 Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.

W. Noack's Theater
 Brunnen-Strasse 16.
 Täglich:
Konzert- und Spezialitäten-Vorstellung
 Käthe Riondi, Liedersängerin.
 Gustav Wehling, Langhumorist.
 Geschw. Strosow, Gesangsduettisten.
 Eli Herzig, Kostüm-Soubrette.
 Richard Wagner, Opernsänger.
 Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag nach der Vorstellung:
Tanzkränzchen.

Electrical Edison Scientific Theater
 Klostergasse 66, nahe Leipzigerstrasse.
 4-10 Uhr nachmittags stündlich:
Ein Tag in der Schweiz. — Eintritt 50 Pf. Kinder und Militär die Hälfte.

Alcazar.
 Variété und Spezialitäten-Theater I. Ranges.
 Dresdenstr. 52/53 (City-Passage) Annenstrasse 42/43.
 Bornehmster Familienaufenthalt.
Neu! Neu!
Förster's Wilhelm.
 Charaktergemälde in 1 Akt von Studenbrod. Musik von J. Tauwih.
 Auftreten sämtl. Spezialitäten.
Grand-Konzert der Elite-Kapelle unter Leitung des Kapellmeisters Martin.
 Sonntag 6 Uhr.
 Montag 8 Uhr.
 Entree 30 Pf.
 R. Winkler.

Circus Busch.
 (Bahnhof Börse.)
 Mittwoch, den 25. November, Abends 7 1/2 Uhr:
High life-Vorstellung.
 Nur noch einige Male:
Die Jagd nach dem Glück.
 Gesangs-Vortrag der Konzertsängerin Baroness d'Albor.
 Außerdem: Dir. Busch mit seinen bestbesetzten Freizeitspferden. Austr. der Schulreiterin Mlle. Eugenie, sowie der Schulreiter Herren Salamanski und Poottli-Burghardt. 4 gezähmte Zebbras, ein Wunder der Dressurkunst. Loptog-Trio, unübertreffliche Hochturnkünstler. Der Clown Bogdanowsky als Hitzborfer. Auftreten des Gigant-Clowns Mr. All Daniels. Spezialitäten ersten Ranges.
 Morgen: Die Jagd nach dem Glück.
 4 Zebbras. Loptog-Trio.
 Sonntag, nachm. 4 Uhr: Millennium.
 4 Zebbras.

Urania.
 Taubenstr. 48/49. Taubenstr. 48/49.
 Naturkundliche Ausstellung täglich geöffnet v. 10 Uhr vormitt. ab. Eintritt 50 Pf.
Wissenschaftl. Theater Sternwarte
 Invalidenstr. 57-62.
 Lehrt. Stadtbahnhof täglich geöffnet von 7 Uhr abends ab. Eintritt 50 Pf.
 Im Theater-Saale täglich 8 Uhr abends Vorträge, mit Experimenten und großen Lichtbildern ausgestattet. Näheres die Tagesausgabe.

Castan's Panopticum
 Neu! Die wunderbaren indischen Pygmäen
 Neu! Ur-Australier (Kannibalen).

Passage-Panopticum.
 Neu: Ein Jahrhundert der Mode.
 Im Theateraal: Traumbilder.
 Eine Weihnachtsphantasie in 18 lebenden Bildern m. Musik u. Gesang.
 Vorher: Théâtre variétés. Ohne Extra-Entree.

!!! Novität!!!
Schippanowsky's Internationale Konzerte
 Spandauer Brücke — Stadtbahnhof.
! Im Frühlingsglanze!
 Neue phänomen. Ausstattung.
 Heute konzertieren:
 Im Flödenhale: Wiener Damen-Kapelle „Wiener Herzen“.
 Rosenlaube: Elite-Orchester „Al Heil“.
 Obstgarten: Ital. Sänger-Gesellschaft.
 Rosenlaube: Instrument „Cacoy“.
 Weinberg: Tiroler Sänger- und Längergesellschaft „Eder“.
 Theater-Abhaltung:
 Allenfalls Auftreten von Humoristen, Komikern, Duettisten u. s. w.
 Anfang Sonntag 6 Uhr Nachm. Entree frei.
 Vorzügliche und billige Küche. Table d'hôte à Couvert 75 Pf.

Kinetographisch-Phonographische Vorführungen
 Lebende Photographien.
 21. Unter den Linden 21.
 Vorstellung v. 10-11 1/2 Uhr vorm. und 8-10 Uhr abends.
 Eintrittspreis 50 Pfennig.
 Sonntag v. 1/2-10 Uhr abends.
 Vorzugsbillets à 25 Pf. für Arbeitervereine und deren Mitglieder sind vom Kassier der Arbeiter-Bildungsschule, S. Königs, Berlin S., Dieffenbachstr. 90, und in den Schulkolonen zu haben.

Blendend weisse Wäsche
 ohne Bleiche erzielt man nur mit dem echten
Dr. Thompson's Seifenpulver.
 Dasselbe ist frei von jeder schädlichen, ätzenden Substanz und greift die Wäsche auch nicht im geringsten an.
 Man erhält Dr. Thompson's Seifenpulver in den meisten Kolonialwaaren-, Fein- und Droguen-Geschäften, jedoch nur echt mit Schutzmarke „Schwan“.

Lungenleiden a. sog. unheilbare beh. u. besond. bewährt. Methode m. vortreffl. Erfolg Dr. Thamm, Alexanderstr. 31.
Brunhilde, selbstgewebte, echtfarbige u. unzerwürrichte Hauskleiderstoffe. Ortrud und Rosalinde, neueste und M^e eleganteste Promenadenkleiderstoffe.
Portièren in größter Auswahl. Alle Aufträge von 20 Mark an und unter stets franko.
Carl H. Klippstein & Co. in Mühlhausen i. Thür. II.
 Weberei und Versand-Geschäft.

Ganz Berlin
 verbinden die elektrischen und Pferdebahnen zum Kottbusser Thor mit dem

Volks-Theater
 34 Reichenbergerstr. 34.
 Heute und die folgenden Tage:
 Der arme Poet.
 Schauspiel in 1 Akt von Koberne.
 Das vierte Gebot.
 Zeitbild von Max Bauermeister.
 Don Juan von rückwärts.
 Opernparodie von R. Thiele.
 Um 9 1/2 Uhr:
 Künstler ersten Ranges.
 Anf. 8 Uhr. Entree 50 Pf. bis 3 M.
 Sonnabend, den 28. November:
 Beginn der malerischen Weihnachts-Märchen-Abende in den Festsälen des Volks-Theaters außerdem zum 1. Male:
Robert und Gertram.
 Posse mit Gesang und Tanz von G. Räder.

Apollo-Theater
 Friedrichstr. 218. — Dir.: J. Glück.
Mlle. Fougère
The Troubadours
Kaufmann
Signor Bernardi
Fleury-Trio
 und 30 Kunstkräfte erst-n Ranges.
 Kaffeneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Vogler's Casino
 früher Welt-Restaurant, Dresdenstr. 97.
 Variété- u. Spezialitäten-Vorstellung.
 Auftreten von Kunstkräften nur I. Ranges.
 Im vorderen Saal täglich:
Größtes Konzert der unübertrefflichen italienischen National-Sänger- und Tänzer-Gesellschaft
Dominico Conti.
 Entree vollständig frei.
 Im großen Theateraal:
 Im Vorzimmer Fr. Excellenz
 Anfang Sonntag 7 1/2 Uhr.
 Sonntag 6 Uhr.
 Billards. 4 neue Kegelbahnen.
 Sorgfältig gepflegte Biere.
 anerkannt gute Küche.

„Englischer Garten“
 Alexanderstr. 27c.,
 1. Weihnachts-Feiertag,
 Sylvester-Abend, 1. Neujahrstag:
Saal frei.

Typographia
 Gesangverein Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer. 65/3
 Donnerstag: Übungsstunde.
Feen-Palast
 Burgstrasse 22.
 Direktion: Winkler & Fröbel.
 Neu! Elly und Alphons Thera.
 Neu! Flou Flou Neu!
 scheinbare Wunder von Prof. Kooberts.
 Nur noch kurze Zeit.
 Ballet-Gesellschaft Barbarina.
 Sochturner-Trio Niagara.
 Schwerkünstler Beaudot.
 Nasadowska. Ronnert. Bortolotto.
 Gschw. Weid u. f. w.
 Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntags 6 Uhr.
 Entree 30 Pf. Reserviert 50 Pf.

Zum Klosterstüb'l
 30 Königstr. 30.
 (Ecke der Neuen Friedrichstr.)
 Ganz neues Programm!
 15 internationale Damen.
 Auftreten berühmter Spezialitäten ersten Ranges.
 Ganz neu für Berlin!
 Auftreten der 8 elektrischen Nordberne. Fräulein Bagera Blume, Lieber und Walgerfingerin. Fräul. Martha Nolat, Tänzerin. Herr Polak, Charakter-Komiker und Gesangs-Humorist. Herr Barton, Charakter-Komiker.
 Anf. wochentags 8 1/2, Sonntag 4 1/2 Uhr.
 Entree für Herren gänzlich frei.
 1610b Die Direktion: G. Bergemann.

Deutscher Porter.
 Dessert- u. Malzkräftiger 1. Ranges.
 Brauerei Burghalter, Potsdam, gegr. 1736, bef. f. Blumene, Brustkr., Weichs, Wöschn, Rekonv. u. d. leicht bekömmlich, nahe köstliche Bier. — Ist blutbild., besch. best. Gefächtsfarbe u. Gewichts zun. überrasch. 14 Pf. drei, 50 Pf. zehn Mal. exkl. In Geb. (1/4, 1/8, 1/16) s. Selbstb. wesentlich billiger. Allein-Verkaufst. f. Berlin u. Prov.: Porterellerei Ringler, Berlin, Brunnenstr. 152.
 Nicht Flaschenzahl — Qualität entscheidet.

Für nur 9 Mark versende ich gegen Rücknahme an Jedermann meine von den ersten Künstlern als unübertrefflich erklärten **International-Patent-Harfen-Accordzithern**, 6 pedalg.
 Das Instrument ist innerhalb einer Stunde vollständig ohne Notenkenntnis zu erlernen und giebt auch bei Spaziergängen einen schönen klingenden Ton, ebenso stark, wie auf dem Zithertisch liegend. Alle Räder und Längen geben einen starken vollen Ton und Klang. Eine Schale, Zitherring, Schlüssel, Stimmstange u. liegt gratis bei.
 Zu beziehen von der
Musikinstrumenten-Fabrik Otto Meinel
 in Klingenthal i. S.

Portièren
 Restbestände:
 2 bis 8 Chais, à 250, 3, 4, 6 bis 15 Mark.
 Probe-Chais bei näherer Angabe franco zu Diensten.
 mit Portièren-Ausbildungen gr. u. fr.
Pracht-Katalog Emil Lefevre,
 Teppich-Haus Berlin S., Granienstr. 158.
Puppenwagen, Leiterwagen,
 Kinderstühle, große Hochstühle
 E. L. Hermann, Greifenauerstr. 112.

Bähne v. 2 M. ev. Theilz.
 Frau Olga Jacobson, Invalidenstr. 145
Barz-Bäse.
 Hochfeinste hellgelbe Waare, aus fettem Bernquart. Postlos!
 90 Stück 3 Mk. franko.
 500 Stück 12,50 Mk. / per Bahn,
 1000 Stück 24,00 Mk. / ab hier.
 Versandt gegen Nachnahme.
 Walter Fischer, Käferei, Butschditi 2b.

Das Schuhwaaren-Verkaufshaus (8 Schaufenster) von S. Selbiger, 40 Landsbergerstr. 40
 verkauft von heute ab:
 Herrenstiefel, gut und dauerhaft gearbeitet, Mk. 4,50, 5,50, 6,50 u. f. w.
 Damenstiefel zum Knöpfen, auch Gummizüge, Mk. 4, 4,50, 5,30, 6,20 u. f. w.
 Schuhmacher erhalten, wie immer bei ruhend-Abnahme, 5 pCt. Rabatt.
S. Selbiger, 40, Landsbergerstr. 40 (Ecke Siekmannstr.).

Deutscher Holzarbeiter-Verband

(Zahlstelle Berlin).
Heute, Mittwoch, den 25. November, abends 8 1/2 Uhr,
bei Cohn, Benthstraße 20-21:

Vertrauensmänner-Versammlung für sämtliche Bezirke.

Tages-Ordnung:
1. Unser Arbeitsnachweis und das „Umschauen“ der Kollegen. 2. Die
Bühnenbewegung der Verknüppelten. 3. Arbeitsverhältnisse in einigen Werk-
stätten. 4. Vertrauensangelegenheiten. — Die Kollegen jeder Werkstätte werden
ersucht, einen Vertrauensmann zu entsenden.
Die Mitglieder der Ortsverwaltung werden ersucht, um 8 Uhr
zu erscheinen behufs Besprechung von Vertrauensangelegenheiten.
79/7 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Ortsverwaltung Berlin.
Donnerstag, 26. November, abends 8 1/2 Uhr:
Bezirks-Versammlung
für Centrum und Süden
im Louisenstädtischen Klubhaus, Muenenstraße Nr. 16.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Herrn. Hohelack über: „Ökologische
Kultur“. 2. Diskussion. 3. Vertrauensangelegenheiten. — Gäste willkommen.
Zahlreiches Erscheinen erwartet Die Ortsverwaltung.

Gürtler!

Am Donnerstag, den 26. November, abends 8 Uhr, in
Senke's Salon, Rannhufstraße Nr. 27:

Große öffentliche Versammlung

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Theodor Metzner über: „Die Schule
wie sie ist und wie sie sein soll.“ 2. Diskussion. 3. Bericht des Vertrauens-
mannes und Neubähl desselben. 4. Verschiedenes.
Besonders sind die Kollegen aus den Werkstätten von Schubert,
Winkler, Jacoby & Co., Pfaff, Falbe und Dietrich eingeladen.
Erscheinen jedes Kollegen ist unbedingt Pflicht.
117/7 Der Vertrauensmann: Richard Heinrich,
Wienerstraße 61.

Achtung! Mitglieder der Allgem. Ortskranken-
kasse für gewerbliche Arbeiter
und Arbeiterinnen.
Donnerstag, 26. November, abends 8 1/2 Uhr, in Fiebig's
Ball-Salon, Gr. Frankfurterstr. 28:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
Die Geschäftsführung im Vorstand und das Ver-
halten der Dreizehner-Kommission dazu.
Der Vorstand sowie die Dreizehner-Kommission sind hiermit ein-
geladen. — Um zahlreichen Besuch ersucht
1578b Der Einberufer.

Jahresverein der Stellmacher Berlins und Umgegend.

Donnerstag, den 26. November, abends 8 Uhr, bei Babel, Rosenthalerstr. 57:
Vereins-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Der Kongress der lokalorganisierten Gewerkschaften. 2. Arbeitslosen-
Unterstützung. 3. Ergänzungswahl des Vorstandes. 4. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
159/3 Der Vorstand.

Spezial-Geschäft **Mohr'sche Margarine** **Spezial-
Geschäft**
Kaufen Sie täglich frisch Plan-Ufer 96 a. der Kottbusser Brücke
und Markthalle Dresdenerstraße, Stand 200-201.
Gegründet 1884. **Bothe.** Gegründet 1884.

Achtung! Maurer. Achtung!

Donnerstag, den 26. November, abends 8 Uhr:
Zwei große öffentliche Versammlungen der Maurer.
Für Charlottenburg im Lokale Bismarckshöhe, Wilmersdorferstr. 39.
Für Rixdorf im Lokale des Herrn Nummer, Berliner- und Jägerstraßen-Ecke.
Tagesordnung in beiden Versammlungen:
1. Unsere diesjährigen Errungenschaften und die Maßnahmen des Unternehmer-
thums. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
In der Versammlung in Rixdorf ist gleichzeitig Wahl zweier Kollegen zum
Gewerkschaftskartell.
Die Lohnkommission der Maurer Berlins und Umgegend.

Sozialdemokr. Wahlverein für Teltow-Beesdow-Storkow- Charlottenburg.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß
unser Mitglied, der Handelsmann
Otto Leue
am 23. d. M. verstorben ist. Ehre seinem
Andenken. Die Mitglieder werden er-
sucht, sich zur Teilnahme an der Be-
erdigung am Donnerstag, den 26. d. M.,
nachm. 3 Uhr, bei Wolter, Magazin-
straße 15, einzufinden.
250/3 Der Vorstand.

Former.

Den Kollegen zur Kenntnissnahme,
daß unser Kollege und Freund
Robert Noack
am 23. November verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Donnerstag
Nachmittag 2 1/2 Uhr von der Charité
aus statt.
Die Former und Hilfsarbeiter der Firma
H. A. Jost & Co. 1585b

Danksagung.
Hiermit sage allen lieben Verwandten
und Bekannten, dem Komptoir-Personal
und den Kollegen der Firma Bunge
u. Co., dem Ortsverein der Klempner
und Metallarbeiter Berlin I für die
rege Beteiligung und herrlichen Kranz-
spenden bei der Beerdigung meines
unvergesslichen lieben Vaters
Rudolph Nayman
unseren herzlichsten Dank.
Die Hinterbliebenen Gattin
Anna Nayman geb. Heinze
1581b nebst Tochter.

Ein Arzt gesucht,
Vorteilsoffene, in einer Stadt Thüringens
(ca. 30.000 Einwohner). Stellung bietet
gute Position! Anschluss wird aus-
südtlich erteilt. Offerten sub E. L. 100
dieses Blattes.

Medicin. Ungarwein
Sehr Cuiat. 3 Btl. 2.10, 5 Btl. 9.25
Mitt. Wein und 20 Jaga (Pajarete)
alsche Mart 1.50, 10 Aloman Mart 13.50
Medoc Praline (abgeriegter Wein) 4
u. 1/2 Mart 1.50. 10 Btl. Mart 14.
Eugen Neumann & Co., Berlin
S. W. 61.
Belle-Alliance-Platz 8a. Near Friedrichstraße 51
Cronenstr. 190. Senkenerstr. 29. Kruiser Weg 56.
Kraus-Ofenstraße, Rother Ardenstr. 45.

Achtung! Künstl. Zähne u. 8 M an, Teilw.
wöchentl. 1 M., wird abgeholt. Zahn-
ziehen, Zahnreinigen, Nervödten bei
Vestellung unsonst.
Gndel, Luisenplatz 2, Gfasserstr. 12,
Steglichstr. 71, I.
Klagen, Eingaben,
Unfalljahren, Puhger, Steglischerstr. 65

Klempner.

Am Donnerstag, den 26. November, abends 8 Uhr, im
Louisenstädtischen Klubhaus, Alte Jakobstr. 37:

Öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten W. Klein-Magdeburg über:
„Die Handwerkerfrage im Reichstage“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Aus folgenden Werkstätten sind die Kollegen dazu eingeladen:
Koch & Bein, Ritterstr. 43; **Fiedler**, Neue Grünstraße; **Vogler**,
Prinzessinnenstraße; **Danneberg & Quandt**, Große Frankfurterstraße;
Puppel & Schulz, Mängstr. 3. Der Inhaber **Puppel**, Mängstr. 3, ist
hierzu schriftlich eingeladen.
Die Kollegen werden ersucht, sich pünktlich und zahlreich einzufinden,
da sehr wichtige Sachen vorliegen. Auch werden die Vertrauensleute
sämtlicher Werkstätten ersucht, mit mir abzurechnen und neues Material zu
entnehmen.
117/6 **F. Zimmermann**, Vertrauensmann.

Genossenschafts-Bäckerei für Berlin und Umgegend.

(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.)
Wir machen die Mitglieder auf die heute, in Sing' Branerri-
Ausshank, Alte Jakobstr. 83, stattfindende **Besprechung** nochmals
aufmerksam.
88/4 **Der Aufsichtsrath.** **Der Vorstand.**

Belle-Alliance-Theater.

Sonntag, den 29. November, nachmittags 2 1/2 Uhr,
zum letzten Male:

Lumpacivagabundus.

Eintritts- und Abonnementskarten sind in allen Zahlstellen zu haben.

Konzerthaus Sanssouci, Kottbusserstraße Nr. 4a.

Sonnabend, den 28. November:
Gr. Vokal- u. Instrumental-Konzert,

Gesangverein Norddeutsche Schleife

(Mitgl. des A.-S.-B.)
Reichhaltiges Programm. Nachdem: **Tanz.**
Musikdirektion: Herr G. Schöner. — Gesangdirektion: Herr Bloß.
Anfang abends 8 Uhr. **Programms 25 Pfg.**

Programme vorher zu haben: Im Zigarengeschäft von O. Rasche,
Reichenbergerstr. 160, und bei den Restaurateuren: W. Meyer, Südbener-
straße 30 (Ecke Görlicherstraße); G. Beyer, Wangelstr. 136; Fr. Felgen-
treff, Alte Binde am Kottbusser Platz, sowie in allen mit Plakaten belegten
Lokalen.
85/9

Oranien-Bad, Oranienstr. 44,

zwischen Moriz- und Oranienplatz. 884L*
Wannenbäder, Dampfkastenbäder, medizinische Bäder.
Lieferant für sämtl. Krankenkassen Berlins u. Umgegend.

Warenhaus
A. Wertheim
Nur für **3**
Tage gültig
Ausnahme-Preise
Mittwoch Donnerstag Freitag.
25. 26. 27. November.
W., Leipzigerstr. 111. C., Rosenthalerstr. 27-29. S., Oranienstr. 53-54.
Versand von Proben und Preislisten Leipziger-Strasse 111.
Verantwortlicher Redakteur: August Jacoby in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Sabinus in Berlin.

Damen-Handschuhe

Tricot, schwarz, gefüttert	Tricot, farbig u. schwarz, gefüttert	Ringwoods
28 u. 40 Pf.	70 Pf.	35 u. 55 Pf.

Ringwoods für Kinder für ca

2-4	5-8	9-12 Jahre
23	25	33 Pf

Damen-Beinkleider, <small>Parchend, 3 Größen</small> 95 Pf. bis 1,50 M.	Wollene Schulterkragen 2,30 M.
Damen-Röcke, <small>Baumwolle, farbig</small> 1,35 M.	Herren-Socken, <small>meliert, gestrickt</small> 60 u. 90 Pf.

Damenstrümpfe

schwarz gestrickt **70 Pf. u. 1 Mk.**

Auf **Damen- u. Mädchen-Confection**
wird in dieser Woche ein **besonderer Rabatt** in Abzug gebracht.